Heft 1 Mai 2002
Fr. 6.– / € 4.50

Risse

Analyse & Subversion

Infoladen
Köburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 6 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

- **Bergier-Bericht**
  warum der erwartete Aufschrei ausbleibt
- **Zivilgesellschaft**
  das neue Schlagwort der Staatstreuen
- **Radikale Kunst**
  zwischen Widerspruch und falschem Trost

«Antisemitismus auf dem Vormarsch»

www.css-zh.ch
Centrale Sanitaire Suisse
CSS Zürich

Basismedizinische Solidarität

Basismedizinische Versorgung in Cuba, El Salvador, Eritrea, Guatemala, Nicaragua, Palästina und Vietnam

Medizinische und psychosoziale Unterstützung als Beitrag zur Befreiung aus Not und Unterdrückung

Unterstützen Sie unsere Projekte online

Centrale Sanitaire Suisse
CSS Zürich
Postfach 1215 · 8031 Zürich
Telefon 012731555
Fax 012731566
PC-Konto 80-7869-1
E-mail info@css-zh.ch

Buchhandlung am Helvetiaplatz
Stauffacherstrasse 60
8026 Zürich 4
Telefon 01 241 42 32
Telefax 01 291 07 25
helvetiabuch@smile.ch

Politik und Literatur | Von >Adorno bis >Zapata

Lesungen, Buchvernissagen und Gespräche in der Katakombe

Keine Risse ohne

RISS!

Zeitschrift für Psychoanalyse
Freud · Lacan
im Verlag Turia Kant,
erhältlich in der Fachbuchhandlung für
Lacan, Bakunin, Toni Negri und Dada
nebst den restlichen besten Büchern

Wer verrät uns nie?

Paranoia city!

Buchhandlung
Bäckerstr. 9 ★ CH-8004 Zürich
Mo - Sa ab 10.00 Uhr
Tel+Fax: 01 241 37 05
paranoiacity@paranoiacity.ch
www.paranoiacity.ch

Flyer Elektrobikes: lautlos, rauchlos, mühelos

VELOFIX

Velofix AG
Birmensdorferstr. 126
CH-8003 Zürich
Telefon 01 463 13 03
www.velofix.ch

Wäre es nach den „Kein Krieg in Afghanistan!"– Skandierern gegangen, würde die dortige Bevölkerung immer noch unter den Taliban leben – bestaunt von friedensseligen deutschen Kulturrelativisten, denen dieses Leben nichts weiter ist als eine interessante kulturelle Erscheinung im globalen Ethno-Zoo.

BAHAMAS

Nr. 37 Winter 2002:
Der Kampf um Befreiung ist international

Deutsche Pläne für Afghanistan ● Souverän durch innere Sicherheit ● „Antirassismus": Mit dem Turban nach Durban ● Islamischer und nationalsozialistischer Judenhaß ● Auf nach Amerika! ● V. S. Naipaul: Dialog mit dem Islam ● Dschihad und Werwolf ● *konkret* kaputt? ● Coole Kids tragen kein Pallituch u.a.m.

Pro Heft 4 EUR (Briefmarken)
BAHAMAS, Postf. 620628, 10796 Berlin
Tel./Fax: 030/6236944

Editorial

■ Im Schatten des internationalen Antiterrorkampfes sind die Gebiete der ehemaligen Sowjetunion vermehrt zum Tummelfeld territorialer Interessen geworden. Das Gerangel um den zentralasiatischen Raum ist nichts Neues. Die Stationierung von US-Truppenverbänden in der Ex-Sowjetunion jedoch ist neu, und die Realität hat diesen ersten Artikel bereits überholt: die Russische Armee ist jetzt schon teilweise aus Georgien verdrängt und wird von US-Truppen abgelöst. Wie es dazu kommen konnte, ist Gegenstand des ersten Artikels.

■ «Wir sind Antizionisten, keine Antisemiten», heisst es in der Linken allenthalben. Wes Geistes Kind dieser «Antizionismus» ist, zeigte sich jüngst in Berlin, wo eine Israel-Veranstaltung der linken Zeitschrift Bahamas unter «Juden raus!» Rufen angegriffen wurde. Die gleichzeitigen Boykottaufrufe gegen israelische Produkte, der Zynismus, mit dem menschenverachtende Selbstmordattentate in heldenhafte Verzweiflungstaten umgedeutet, brennende Synagogen und Angriffe auf Jüdinnen und Juden in Europa fröhlich zum Anlass für Diskussionen über die «Politik Sharons» genommen werden, sprechen dieselbe Sprache. Der Beitrag über die Theoriefeindlichkeit der «Globalisierungsgegner» und der Kommentar zu Israel zeigen auf, dass die jüngsten antisemitischen Ereignisse nicht vom Himmel gefallen sind.

■ Als 1994 das Auftauchen der zapatistischen Miliz in Mexiko Weltöffentlichkeit und Linke in Erstaunen versetzte, wurde in der Folge mit «Zivilgesellschaft» ein Begriff wiederentdeckt, den Antonio Gramsci schon 1934 zu einer Grundlage seiner Theorie machte. Anstatt aber den von Gramsci immer kritisch und genau definierten Begriff auch als solchen aufzugreifen, wurde er zu einer Projektionsfläche für Träumereien verschiedenster Couleur. Der Debattenteil greift diesen Begriff in seiner ursprünglichen Bedeutung auf und entwindet ihn seinen esoterischen und staatstreuen Apologeten.

■ Unter dem Begriff «Koalition der Vernunft» werden die gemeinsamen Reformbemühungen von Sozialdemokratie und gemässigten bürgerlichen Kräften zusammengefasst. Dieser parteiübergreifende Modernisierungsmotor hat nun auch die Geschichtsschreibung ergriffen. Die «Unabhängige Expertenkommission Schweiz – 2. Weltkrieg» hat eine Neubewertung von Weltkriegs- und Neutralitätsgeschichte formuliert, welche mit alten Mythen aufräumt und das Selbstbild der Schweiz grundlegend verändert.

■ Die von der Kulturindustrie angebotenen Produkte sind weder die Horte proletarischen Bewusstseins, als welche sie in der Linken oft missverstanden werden, noch sind sie von «den Mächtigen» verordnete Mittel zur Gehirnwäsche. Die in diesen Produkten deutlich werdende Regression der kapitalisierten Subjekte ist nicht zuletzt selbstverordnet. Sie zu durchbrechen kann mittels einer Annäherung an radikale Kunst geschehen.

Redaktion Risse

Inhalt

Zerbrechliche Liebschaften in Zentralasien – Machtgerangel um Hegemonie und Öl
Pascal Germann S. 2

AntisemitInnen auf dem Vormarsch – Der Kommentar zu Israel
Pascal Germann S. 5

Wie an der Uni Zürich Subjekte verknappt werden
Nicole Burgermeister S. 6

Bergier-Bericht – Warum der erwartete Aufschrei ausblieb
Alexander Hasgall S. 8

Das Elend auf Trab halten – Aufwertung von städtischem Raum durch Repression, Sicherheitswahn und Ausgrenzung
Yves Kramer S. 10

NGO – Die «Avantgarde der Zivilgesellschaft» und ihre objektive Funktion
Thomas Schwendener S. 12

Was tun gegen androgyne Androiden und grüne Männchen – **Die Grünen nach 68**
Jürgen Elsässer S. 13

Kein Schimmer von Aufklärung – Reaktionäre Tendenzen in der Antiglobalisierungsbewegung
Simone Wassmer und Lukas Germann S. 16

Tierli schützen und Menschen verachten – Zur Schächtverbotsinitiative des Schweizer Tierschutz
Lukas Germann S. 19

Folter als Exportartikel – Isolation und Hungerstreik in türkischen Gefängnissen
Peter Nowak S. 20

Zivilgesellschaft – Vom Begriff der Revolutionstheorie zur Floskel der Bornierten
Alex Riva S. 22

Begriff: «Leitfaden» – Vorabdruck aus dem historisch kritischen Wörterbuch des Marxismus
Wolfgang F. Haug S. 26

Kunst zwischen Widerspruch und falschem Trost – Der Aufbruch der künstlerischen Avantgarden im 20. Jahrhundert
Lukas Germann S. 29

Wo sind die Rebellen geblieben – Tendenzen des schweizer Films
Elvira Isenring S. 32

Es gibt keine richtige Rezeption im Falschen – Über ein Dilemma der Neuen Musik
Lukas Müller S. 35

Rezensionen S. 37

Zuschriften S. 38

Verrisse – Erheiterndes aus der Medienwelt S. 40

Zerbrechliche Liebschaften in Zentralasien

Zum ersten Mal in der Geschichte sind amerikanische Truppen auf dem Boden der ehemaligen Sowjetunion stationiert. Um den zentralasiatischen und kaspischen Raum tobt ein Machtkampf. Zwischenergebnisse eines imperialistischen Gerangels um Vormachtstellung und Rohstoffsicherung.

von Pascal Germann

Als die USA Afghanistan angriffen, beteuerten KommentatorInnen gebetsmühlenartig, dass der alleinige Zweck des Feldzuges die Bekämpfung des Terrorismus sei. Andere wiederum versuchten, in der manischen Art von VerschwörungstheoretikerInnen, das Naheliegende als das Unwahrscheinliche darzustellen: Nicht etwa islamische Fanatiker, sondern ein Geheimdienstkomplott oder andere obskure Mächte würden hinter den Anschlägen in New York stehen.

Beide Sichtweisen sind falsch. Verschwörungen existieren fast immer ausschliesslich in den Köpfen jener, welche diese für allgegenwärtig halten. Der US-Propaganda jedes Wort zu glauben, bringt einen der Wirklichkeit aber auch nicht näher. Die USA verbinden den Krieg gegen Al-Qaida mit einem Ziel, welches auf ihrer geopolitischen Traktandenliste schon lange weit oben stand: das Ziel, sich im strategisch wichtigen und rohstoffreichen Zentralasien militärisch festzusetzen.

Dauerhafte Militärpräsenz

Im Laufe des Afghanistankrieges haben die USA in den ehemaligen sowjetischen Ländern Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan Luftwaffenstützpunkte errichtet und Truppen von einigen Tausend Mann stationiert. Ende März haben sich zudem rund 200 Instruktoren einer Spezialtruppe im direkt an Russland grenzenden Georgien niedergelassen. Die russische Führung befürchtet, dass diese die Vorhut grösserer Einheiten darstellen. Die USA dementierten schnell.

Auch bei der Stationierung der Truppen in den anderen zentralasiatischen Ländern versuchten die USA den Kreml zu beruhigen. Die Administration Bush beteuerte, dass die Präsenz bloss vorübergehend sei. Im Januar wurden aber Berichte aus dem Pentagon öffentlich, welche das Gegenteil besagen: die Stationierung von Militär in den zentralasiatischen Ländern sei für mehrere Jahre geplant. Es kann also vermutet werden, dass die USA sich in den Ländern im kaspischen und zentralasiatischen Raum auf ähnliche Weise festsetzen, wie nach dem zweiten Golfkrieg in einigen arabischen Staaten.

Die US-Regierung verfolgt in Zentralasien insbesondere zwei Interessen: Erstens soll der Einflussbereich von Russland möglichst eingedämmt werden. Dies können die USA erreichen, indem sie sich jenen Ländern als «Schutzmacht» anbieten oder aufdrängen, welche bislang unter der Schirmherrschaft von Russland standen. Zweitens ist der kaspische Raum den USA deshalb von vitalem Interesse, weil die Region sehr reich an Rohstoffen – insbesondere Erdöl und Erdgas – ist, welche teilweise noch kaum erschlossen sind. Diese beiden Interessen hat der ehemalige amerikanische Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski bereits vor fünf Jahren formuliert. *«Als Mitspieler, der nicht allein an der Förderung der Bodenschätze in der Region interessiert ist, sondern auch verhindern will, dass Russland diesen geopolitischen Raum allein beherrscht, hielten sie [die USA] sich drohend im Hintergrund bereit.»* Zudem verfolge Amerika auch ein *«eigenes wachsendes ökonomisches Interesse (...) an einem unbehinderten Zugang zu dieser dem Westen bisher verschlossenen Region».* (Brzezinski. Die einzige Weltmacht. S. 203)

Nach Brzezinski entwickelt sich der *«eurasische Balkan»*, wie er Zentralasien nennt, zu einem ökonomischen Filetstück. Es sei bekannt, *«dass die zentralasiatische Region und das Kaspische Becken über Erdgas- und Erdölvorräte verfügen, die jene Kuwaits, des Golfs von Mexiko oder der Nordsee in den Schatten stellen.»* (Brzenzinski. S. 182) Der ehemalige Regierungsmitarbeiter, welcher heute amerikanische Ölkonzerne berät, übertreibt wohl kaum. Ein Bericht vom US-State-Department von 1997 kommt zum Schluss, dass sich etwa 17% der weltweiten Erdölvorräte im kaspischen und zentralasiatischen Raum befinden und bislang noch kaum ausgebeutet werden. Die Region hat somit die Aussicht, sich hinter dem arabischen Raum zur zweit wichtigsten Rohstoffquelle für die Industrienationen zu entwickeln. Der sogenannte eurasische Balkan verspricht für die westlichen Länder also einiges: einen wichtigen Beitrag zur Energieversorgung unabhängig vom Druck der OPEC-Länder sowie saftige Gewinne für die Ölmultis.

Ein Problem der Region liegt aber in ihrer schwierigen Zugänglichkeit. Die Frage des Transportwegs ist entscheidend. Der Streit zwischen den konkurrierenden Staaten, insbesondere Russland und den USA, sowie zwischen den Ölkonzernen, entzündet sich deshalb hauptsächlich daran, durch welche Länder die Pipelines gebaut werden und zu welchen Orten sie führen. Die Trilaterale Kommission, ein Zusammenschluss von Eliten aus Amerika, Westeuropa und Japan, deren erklärtes Ziel darin besteht, die *«gemeinsamen Führungsverantwortlichkeiten»* zu diskutieren, schrieb in einem Bericht zum kaspischen Raum im Jahr 2000: *«Der wahre geopolitische Wettbewerb konzentriert sich auf die Pipeline-Strecken.»* Russland versucht zu verhindern, dass die noch aus der Sowjetzeit stammenden Transportwege gemieden und Pipelines durch nichtrussisches Gebiet gebaut werden. Das Ziel der Geopolitiker der USA ist das gegenteilige: Der kaspische und zentralasiatische Raum soll durch Pipelines erschlossen werden, welche weder durch russisches noch durch iranisches Gebiet führen.

Der Weg ist das Ziel

Ein erstes solches Projekt, welches bei der US-Politik Unterstützung fand, konnte der Konzern Unocal 1995 präsentieren. Erdgas- und Ölpipelines sollten durch Afghanistan zum indischen Ozean gebaut werden. Die Taliban schienen dabei kein Hin-

dernis, sondern stellten eine ideale Voraussetzung dar. Ein US-Diplomat sprach sich freimütig gegenüber einem Journalisten aus: *«Die Taliban werden sich wahrscheinlich so entwickeln wie die Saudis. Da wird es US-Pipelines geben, einen Emir, kein Parlament und eine Menge an Sharia-Gesetzen. Damit können wir leben.»*

Im Dienst der Gotteskrieger gegen die Sowjetunion. Der damalige amerikanische Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski 1980 in Afghanistan.

Der US-Diplomat hat sich geirrt. Statt die von Russland unterstützte Nordallianz effektiv zu bekämpfen und für «stabile Verhältnisse» zu sorgen, sprengten die Gotteskrieger lieber Buddha-Statuen in die Luft und gaben antiamerikanischen Terroristen Unterschlupf. Die USA haben sich getäuscht, wie sich auch viele linke KritikerInnen geirrt haben oder immer noch irren. Die Islamisten sind nicht eine manövrierbare und beliebig instrumentalisierbare Bewegung, auch nicht einfach ein Produkt des Imperialismus, sondern eigenständige Akteure, welche sich einer Ideologie verschrieben haben, nach welcher der Kampf gegen alles Gottlose als heilige Pflicht erscheint. Dieser Kampf kann und konnte für die USA nützlich sein, wenn er sich gegen Konkurrenten oder gegen Linke richtete. Im Falle der Taliban wendete er sich aber gegen «den grossen Satan Amerika» selber.

Die amerikanische Öl-Lobby änderte ihre Meinung. Sie sah ein, dass sich mit den Taliban nicht (oder besser: nicht mehr) Geschäfte machen lassen. Im Februar 1998 sprach der Vizepräsident der Unocal vor dem «Subcommittee on Asia and the Pacific» des Abgeordnetenhauses zu Washington. Er jammerte, dass in Afghanistan keine Pipeline gebaut werden könne, *«bevor dort eine anerkannte Regierung im Amt ist, die das Vertrauen von Regierungen, Kreditgebern und unserer Firma geniesst.»* Im gleichen Referat lobte er aber auch die Politiker: *«Ich gratuliere Ihnen, dass Sie sich auf die Öl- und Gasvorkommen in Zentralasien konzentrieren und auf die Rolle, die diese bei der Formung der Politik der USA spielen.»* Von spätestens diesem Zeitpunkt an waren die alten Freunde die neuen Feinde und dies drei Jahre vor dem 11. September. Nach dem Sturz des Taliban-Regimes scheint das Pipeline-Projekt wieder realisierbar zu sein: Ein Erfolg für die Ölkonzerne und für die Geostrategen, welche Russland sein «Hinterland» streitig machen wollen.

Trotzdem sieht es für die Ziele der USA nicht ganz so rosig aus. Den Kampf um die Pipeline-Route, welche von den Ölfeldern von Aserbeidschan wegführt, hat Russland für sich entschieden. Im Dezember 2001 wurde die Pipeline von Aserbeidschan zur russischen Stadt Noworossisk feierlich eingeweiht und von den USA wurde sie offiziell anerkannt. Das amerikanische Konkurrenzprojekt, der Bau einer Pipeline über Georgien in die Türkei, für welches sich die amerikanische Diplomatie jahrelang mit grossem Aufwand eingesetzt hat, scheint zumindest vorläufig gescheitert zu sein.

Vor diesem Hintergrund, der Rangelei um Vormachtstellung, Rohstoffsicherung und ökonomischen Gewinn ist die neue Militärpräsenz der USA in den zentralasiatischen Ländern zu sehen. Auch diese ist nicht seit dem 11. September vom Himmel gefallen. Bereits vier Jahre davor führte die USA gemeinsam mit zentralasiatischen Ländern in Kasachstan Militärmanöver durch. Die NZZ schrieb am 17.9.1997 dazu: *«Washington demonstriert die Fähigkeit, seine Interessen und die seiner Verbündeten in der Region an jedem Ort in Zentralasien auch mit militärischen Mitteln zu vertreten.»* Zwei Jahre später kündigten Usbekistan, Aserbeidschan und Georgien ihre Mitgliedschaft im kollektiven Sicherheitsvertrag der GUS und begaben sich vertraglich unter den Schutz der NATO. Die USA kamen ihrem Ziel, *«ihren politischen Einfluss in der Region zu stärken und die Abhängigkeit der früheren Sowjetrepubliken von Russland zu lockern»*, näher (NZZ, 15.8.2001).

Klein und fein und diktatorisch

Die Voraussetzungen für die heutigen Militärbasen sind also schon vor längerer Zeit geschaffen worden. Die kleinen Länder der ehemaligen Sowjetunion waren schnell kooperativ. Sie entsprechen offenbar genau dem Geschmack der amerikanischen Aussenpolitik: schwach, instabil und regiert von Despoten, welche gegen alle Oppositionellen – seien dies Demokraten oder Islamisten – hart und rücksichtslos vorgehen. Daniel Pipes, Direktor des Middle East Forum in Philadelphia, schreibt in einem Artikel, dass neben dem Offizierkorps der Türkei, welches er richtigerweise *«den eigentlichen Schiedsrichter über die Geschicke des*

Landes» bezeichnet, die Führungen der Staaten der ehemaligen Sowjetunion die wichtigsten proamerikanischen Bollwerke in Asien darstellen (NZZ, 8.2.2002). Vom Versprechen der Demokratie und Freiheit bleibt also nicht viel übrig. Auch der grosse Geostratege Brzezinski, welcher von Weltpolitik spricht, als werbe er für ein neues Computergame, gesteht ein, dass die Staatsform Demokratie einem hegemonialen Streben abträglich sei (Brzezinski, S. 59f.).

Kleine und schwache Nationalstaaten sind ideale Partner der USA, weil sie erstens kaum eigenständig handeln können und militärisch auf eine grössere Macht angewiesen sind. Dabei wird am besten erfüllt, was Brzenzinski die drei Imperative der Geostrategie nennt. Sie zielen darauf ab, *«Absprachen zwischen den Vasallen zu verhindern und ihre Abhängigkeit in Fragen der Sicherheit zu bewahren, die tributpflichtigen Staaten fügsam zu halten und zu schützen und dafür zu sorgen, dass die «Barbaren»völker sich nicht zusammenschliessen.»* (Brzezinski, S. 65f.) Dies erklärt auch, warum die USA so skeptisch gegenüber der GUS sind und sie oft Begeisterung für separatistische Bewegungen zeigen (es sei denn, diese seien gerade in einem ihrer *«tributpflichtigen Staaten»* aktiv, wie beispielsweise der Türkei).

Der zweite Grund ist ein ökonomischer: Wenn in einem Land Erdöl gefördert wird, so wird die Gewinnverteilung zwischen Konzern und Staat vertraglich geregelt. Je schwächer und abhängiger der Staat, desto mehr springt für die Ölfirma heraus. Zudem können es abhängige Länder (im Unterschied zu vielen Opec-Staaten) sich nicht leisten, Exportbeschränkungen gegen den Willen der USA und der EU durchzusetzen und somit die Preise zu heben.

Bekämpfung des Islamismus?

Die USA begründen die Stationierung der Truppen in Zentralasien mit dem Kampf gegen den islamistischen Terrorismus. Dies ist nur bedingt glaubwürdig. Sicherlich unglaubwürdig ist die Begründung für die Präsenz in Georgien. Amerikanische Militärinstruktoren sollen die georgische Armee angeblich für einen effizienteren Kampf gegen den Terrorismus ausbilden. Nun ist aber das georgische Militär nicht gerade bekannt dafür, dass es besonders willig ist, islamistische Terroristen zu bekämpfen. Bis anhin war das Gegenteil der Fall: Um militärisch gegen das für Unabhängigkeit kämpfende Abchasien vorzugehen, nahm Georgien die Unterstützung von Terroristen gerne an. Letzten Herbst überfielen georgische Truppen gemeinsam mit tschetschenischen Islamisten abchasische Dörfer. Dank der Präsenz von russischem Militär konnte bis jetzt eine Eskalation des Konfliktes vermieden werden. Gerade dies wird aber durch die Stationierung von US-Einheiten auf die Dauer in Frage gestellt. Der georgische Präsident Schewardnadse plant gemeinsam mit der EU und den USA, Georgien von der GUS zu lösen und einen NATO-Beitritt vorzubereiten. Abchasien ist dabei ein Hindernis, da es sich lieber enger an Russland binden möchte.

Entsprechend energisch waren die Reaktionen in Russland auf den Entscheid der USA, Militär in Georgien zu stationieren. Der Chef des aussenpolitischen Komitees der Duma drohte sogar offen damit, Abchasien als eigenen Staat anzuerkennen.

Europäische Träume

Das Hickhack um die Vormachtstellung in den ehemaligen sowjetischen Ländern findet aber nicht nur zwischen Russland und den USA statt. Auch die europäischen Staaten, insbesondere Deutschland, versuchen sich vermehrt als eigenständige Akteure ins Spiel zu bringen. So spricht Detlev Wolter vom deutschen auswärtigen Amt davon, dass die EU im kaspischen Raum verstärkt *«ihre Rolle als Ordnungsmacht ohne Dominanzanspruch ausbauen»* und *«ihre komparativen Vorteile gegenüber anderen Akteuren ausnutzen»* solle. Dass die EU dabei andere Interessen als die USA verfolgt, wird nicht verschwiegen. Der angebliche Kampf gegen den islamistischen Terrorismus ist für die EU nicht mehr als ein Lippenbekenntnis, hebt doch der deutsche Berichterstatter der Trilateralen Kommission als Hauptdifferenz zu Washington die Stellung zum Iran hervor. Die europäischen Länder seien im Gegensatz zu den USA gegen eine Eindämmung des Irans. *«Sie sehen den Iran vielmehr als einen künftigen Schlüsselpartner für kommerzielle Vorhaben in der kaspischen Region.»* Die EU will sich mit ihrer bisherigen Rolle im imperialistischen Gerangel nicht begnügen. Weiter oben stellt sich der deutsche Stratege die Frage: *«Soll aber die EU weiterhin bloss einen wirtschaftlichen Beitrag zur regionalen Stabilität leisten und es hinnehmen, dass ihre wirtschaftliche Macht von*

zvg

Auf der Suche nach Freunden

anderen Akteuren politisch ausgeschlachtet wird?» Die hier im Bericht der trilateralen Kommission angedeutete militärische Option spricht Detlev Wolter offen aus: *«Mit der Perspektive einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik könnte die EU eines Tages sogar über die nötigen militärischen Mittel verfügen, um erforderlichenfalls friedenserhaltende Massnahmen in der Region zu ergreifen.»*

Dass sich hinter den vordergründigen Solidaritätsbekundungen und gegenseitigen Versicherungen, an vorderster Front im Kampf gegen den Terrorismus zu stehen, auch ein weniger solidarischer Kampf um die eigene Vormachtstellung und um Rohstoffsicherung verbirgt, ist offensichtlich. Verschwörungen braucht es dazu keine. Die Logik der kapitalistischen Konkurrenz, welche sich in der Konkurrenz der Nationalstaaten fortsetzt, reicht vollkommen aus. ■

AntisemitInnen auf dem Vormarsch

Die Welt hat einen neuen Feind gefunden. Ob Regierungen, JournalistInnen oder der Mann und die Frau von der Strasse, man übertrifft sich gegenseitig, ihn zu verurteilen. Alle wissen Bescheid, alle haben eine Meinung. Es geht um Israel.

Im Chor der Entrüstung ist die europäische Stimme besonders laut. Von einem *«hemmungslosen Vernichtungskrieg»* spricht der ehemalige deutsche Arbeitsminister Blüm. Früher seien sie noch auf der Seite der Juden gewesen, um sie vor der Nazi-Aggression zu verteidigen. *«Heute sind wir gegen die Nazipolitik von Sharon»*, lässt sich der italienische Abgeordnete der Grünen, Paolo Cento aus. Und französische Politiker nehmen jede Gelegenheit wahr, um zu betonen, man müsse eine noch *«härtere Gangart gegen Israel einschlagen»*.

Wie als Begleitmusik dazu kommt es überall in Europa zu antisemitischen Anschlägen. Synagogen werden angezündet, auf jüdische Geschäfte wird geschossen, und JüdInnen werden auf der Strasse attackiert. Der ehrbare Nachkriegsantisemitismus, welcher das Wort »Jude« nicht in den Mund zu nehmen wagt und deshalb nur von Israelis und Zionisten spricht, verbindet sich in den letzten Wochen mit jenem primitiven Antisemitismus, welcher nach Pogromen lechzt. Von «linken» AntizionistInnen bis zu rechten RassistInnen, man ist sich einig: Israel ist das eigentliche Problem. Europa hat ein identitätsstiftendes Moment neu entdeckt, das sich bestens mit weitergehenden Interessen verbinden lässt.

Europa will sich als Weltmacht etablieren und hat dabei vor allem den arabischen Raum im Auge. Die Eskalation des Palästina-Israel-Konfliktes bietet die Möglichkeit, sich in Konkurrenz zu den USA als Schutzmacht Palästinas anzubieten. Ein erfolgversprechendes Konzept: Der syrische Präsident Asad betonte am arabischen Gipfel Ende März, dass statt Amerika Europa als Drittpartei im Konflikt erwünscht sei. Die europäischen Länder lassen sich nicht zweimal bitten, und das bis noch vor kurzem Undenkbare wird offen in Erwägung gezogen: Bundeskanzler Schröder spricht sich dafür aus, deutsche Truppen nach Israel zu entsenden.

Während Israel alleine für die Eskalation verantwortlich gemacht wird und in bester historischer Tradition Boykottaufrufe die Runde machen, hat die EU anfangs April die Budgethilfe für die palästinensische Autonomiebehörde verlängert. Diese Fortsetzung der finanziellen Unterstützung wurde an keinerlei Forderungen gebunden, obwohl fast gleichzeitig neue Belege auftauchten, welche die enge Kooperation der Autonomiebehörde mit der Al-Aksa-Brigade, die für viele der Selbstmordattentate verantwortlich ist, beweisen.

Auch die USA wollen aber ihre neuen und alten Freunde im arabischen Raum nicht verlieren. Israel ist dabei ein Klotz am Bein. US-Politiker sprechen deshalb vermehrt nicht mehr vom Verbündeten, sondern nur noch vom Problemfall Israel. Um ihre angeschlagene Beliebtheit bei den arabischen Machthabern zu steigern, brachten die USA eine Resolution in den Weltsicherheitsrat ein, nach welcher ein palästinensischer Staat erstrebenswert sei. Die Prioritäten sind klar: Lieber den kleinen Partner fallen lassen als den Einfluss in den ökonomisch viel interessanteren Ölstaaten verlieren.

Und das neue UNO-Mitglied Schweiz? Wenn es um Israel geht, scheint es bereit zu sein, gleich zwei heilige Kühe zu schlachten. Die beiden Dogmen, die unbedingte Neutralität gegenüber ausländischen Konflikten zu bewahren und Wirtschaftsbeziehungen unabhängig von politischen Erwägungen zu beurteilen, welche im Verhalten zu Nazi-Deutschland und dem Apartheidstaat Südafrika noch sakrosankt waren, gelten in Bezug auf Israel plötzlich nicht mehr. Die wirtschaftlichen, militärischen und diplomatischen Beziehungen werden in Frage gestellt.

Doch den schweizer Palästina-FreundInnen scheint dies noch nicht genug zu sein. An einer Kundgebung in Zürich unter dem revisionistischen Motto *«Das Warschauer Ghetto liegt in Palästina»* wurde gefordert, dass die Schweiz die während des Zweiten Weltkrieges gestohlenen Vermögen nicht weiter an Holocaustopfer auszahlt. Die JüdInnen werden so unter Kollektivverantwortung gestellt und sollen büssen.

Eine von verschiedensten Gruppierungen organisierte Demonstration in Bern mobilisierte zehntausend Menschen. Alle wollen dabei sein. Sogar die SozialdemokratInnen werden internationalistisch. Während die SPS die Demonstrationen gegen den Krieg in Afghanistan nicht unterstützten, drängt sie sich jetzt an vorderste Stelle. Fraktionspräsident Cavalli wetterte vor einem Fahnenmeer gegen Israel. Hauptsächlich Palästinaflaggen waren zu sehen, aber auch mit Hakenkreuzen übermalte Israelfahnen.

Warum die einhellige Ablehnung Israels? Die Armut der palästinensischen Bevölkerung sowie die Menschenrechtsverletzungen seitens Israels empören. Warum gibt es aber keine Demonstrationen gegen den Zynismus der arabischen Staaten, welche palästinensische Flüchtlinge absichtlich im Elend lassen, damit sie als Waffe gegen Israel eingesetzt werden können, warum keine Proteste gegen Arafat, welcher die Familien der Selbstmordattentäter mit Kondolenzschreiben ehrt und damit die mörderischen Anschläge moralisch legitimiert? Aus was für Motiven die einzelnen Leute auch immer protestieren, so lässt sich die Dynamik des Protests als ganzem jedenfalls nicht in erster Linie mit der Situation im Nahen Osten erklären. Sie ist vielmehr genährt von irrationalen Projektionen feindseliger Eigenschaften, die Israel zugeschrieben werden. Diese enthalten dieselben Bilder und Vorstellungen die früher dem „Weltjudentum" angedichtet worden sind. Zudem sind sie angereichert mit neuen antisemitischen Mustern der Nachkriegszeit. Aus ihnen resultiert beispielsweise der zwanghafte Wahn, israelische Aktionen mit Naziverbrechen gleichsetzen zu müssen.

Dass solche identitätsstiftenden Fremdzuschreibungen zu einer realen Bedrohung werden können, zeigen die Anschläge in Israel und Europa. «Tod den Juden» war eine allgegenwärtige Parole an den arabischen Demonstrationen, an welchen sich Hunderttausende beteiligten. Gegen diesen Vernichtungswillen und seine europäischen und schweizer Apologeten vorzugehen, sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit für die Linke sein.

Lieber hält man es aber mit den Cavallis, ruft «Frieden» in einen luftleeren Raum und tagträumt gleichzeitig von der Intifada.

Pascal Germann

Wie an der Uni Zürich Subjekte verknappt werden

Starre Hierarchien sowie undemokratische und männerbündische Strukturen prägen die Universität Zürich. Auch die Berufungsverfahren zur Rekrutierung von neuen ProfessorInnen an der Philosophischen Fakultät sind vor allem eines: Ein Mittel zur Reproduktion der Machtverhältnisse im modernen Wissenschaftsbetrieb.

von Nicole Burgermeister

Wer in Zürich Soziologie studiert und sich für eine sozialwissenschaftliche Richtung jenseits des herrschenden Mainstreams und wissenschaftlicher Zahlenschieberei interessiert, für marxistische oder Kritische Gesellschaftstheorien beispielsweise, hat es schwer. Selbst in «breit» angelegten Übersichtsvorlesungen fehlen gewisse Theorierichtungen kategorisch; engagierte Studierende müssen sich selbst mit Arbeitsgruppen helfen, wenn sie nicht zu jenen gehören wollen, die nach acht Jahren Soziologiestudium beim Begriff «Kritische Theorie» nur ratlos die Schultern zucken können. An anderen Instituten ist die Situation nicht viel anders. DozentInnen, welche Richtungen vertreten, in denen herrschafts- und gesellschaftskritische Elemente zentral sind, müssen diese äusserst beschränkt und wohldosiert vermitteln. Oder gar nicht mehr, wie das Beispiel der Sozialpädagogik zeigt. Gab es dort noch vor kurzem einen ganzen Kreis von WissenschaftlerInnen mit deutlich kritischer Ausrichtung, war ab Herbst 2000 plötzlich ein allmähliches Verschwinden all dieser Leute festzustellen. Die mangelnde Unterstützung unter dem neu amtierenden Professor und die wiederholte Weigerung, gewissen Personen eine feste Anstellung zuzusichern, zeigt nur zu deutlich, dass man mit progressiven, gesellschafts- und bildungstheoretischen Ansätzen nicht viel zu suchen hat in Zürich.

Auch die Vergabe von Forschungsgeldern erfolgt nach gewissen Regeln. Dass WissenschaftlerInnen mit Positionen, die nicht genehm sind, keine Unterstützung für ihre Forschungsprojekte erhalten und somit gezwungen sind, auf «harmloseren» Gebieten zu forschen und zu lehren, kommt immer wieder vor. Ohne ein gehöriges Mass an Anpassung macht man auch in Zürich keine wissenschaftliche Karriere.

Am Beispiel des Berufungsverfahrens an der Philosophischen Fakultät kann konkret aufgezeigt werden, inwiefern der moderne Wissenschaftsbetrieb mit seiner systemstabilisierender Ausrichtung zur Reproduktion herrschender Macht- und Ungleichheitsverhältnisse beiträgt. Fragen zu stellen gibt es viele: Wie kann es dazu kommen, dass es Institute gibt, an denen alle ProfessorInnen ausnahmslos aus Zürich stammen? Weshalb sind Frauen – mit nur 7% Anteil an Professuren – auf den oberen Hierarchiestufen immer noch deutlich unterrepräsentiert? Wie steht es tatsächlich um die vielbeschworene demokratische Mitbestimmung der Studierenden und Assistierenden?

Intransparenz ist kein Zufall

Bezeichnend ist bereits die Tatsache, dass es äusserst schwierig ist, überhaupt an Informationen zu gelangen. Studierende und Assistierende, welche Einblick in die sonst hermetisch nach aussen abgeschirmten Berufungsverfahren hatten, waren oft gar nicht oder dann nur unter Wahrung ihrer Anonymität bereit, über ihre Erfahrungen zu berichten. Scheinbar besteht ein Interesse daran, dass nicht allzu viel von dem, was an der Uni passiert, an die Öffentlichkeit gelangt. Wenn Angehörige einer Universität jedoch offensichtlich Angst haben, gegenüber Drittpersonen Kritik zu äussern, insbesondere dann, wenn sie kurz vor dem Lizentiat stehen, ist das bedenklich.

Die Intransparenz des Verfahrens wird sowohl von Seiten der Studierenden als auch von VertreterInnen der VAUZ (Vereinigung der Assistenten an der Universität Zürich) kritisiert. So stehen die Angehörigen der sogenannten Berufungskommission, welche im Falle einer Neubesetzung auf Antrag der Fakultät von der Universitätsleitung einberufen wird, unter Schweigepflicht. Was besprochen und beschlossen wird, bleibt im geschlossenen Kreis. Für Aussenstehende ist es deshalb äusserst schwierig, nachzuvollziehen, wie die sogenannten «Dreierlisten», welche von dieser Kommission nach einer Reihe von Probevorlesungen erstellt werden, zustande kommen; aus welchen Gründen also welche KandidatInnen favorisiert werden. Offiziell dient die Schweigepflicht dazu, die Persönlichkeit der KandidatInnen zu schützen. Geschützt werden aber, wie eine Studentin, welche als studentische Vertretung in einer solchen Kommission mitgearbeitet hat, bestätigt, vor allem die ProfessorInnen, welche diese Entscheidungsprozesse weitgehend bestimmen und so nur beschränkt verpflichtet sind, über ihr Tun Rechenschaft abzulegen.

Dies ist umso fataler, wenn man bedenkt, dass bereits die Struktur dieser Kommissionen so angelegt ist, dass das im gesamten Universitätsbereich festzustellende Macht- und Hierarchiegefälle voll zum Tragen kommt. Bei einer Stimmenverteilung von nur je einer Stimme für Studierende, Assistierende und PrivatdozentInnen neben rund sechs Stimmen der ProfessorInnen ist die Frage nach der demokratischen Legitimität wohl nicht ganz verfehlt. Ein Thema, das auch bei der VAUZ immer wieder diskutiert wird. Gerade für Assistierende ist die Äusserung von Kritik besonders heikel, da sie sich nur beschränkt gegen ihre Vorgesetzten aussprechen können, wenn sie auf eine Karriere innerhalb der Scientific Community hoffen.

Dabei gehört die Arbeit der Berufungskommission noch zu den demokratischsten des ganzen Prozesses, schränkt doch bereits der Inhalt der Ausschreibung den Kreis der in Frage kommenden KandidatInnen deutlich ein, das heisst, es schliesst jene, die offenbar nicht mit der wissenschaftlichen bzw. wissenschaftspolitischen Ausrichtung des Instituts kompatibel sind, von vorneherein aus. Als Basis für diese Ausschreibung dient ein intern definierter Strukturbericht, welcher die Ausrichtung der künftigen Professur festlegt. Es gab durchaus Fälle an der Philosophi-

schen Fakultät, bei denen die Ausschreibung genau auf den vom Institut favorisierten Kandidaten zugeschnitten war. Das gesamte darauffolgende Verfahren wird somit zur Farce. Auch bei der Vorselektion von 6-7 KandidatInnen, welche aus manchmal bis zu 100 BewerberInnen ausgewählt worden sind, fehlt eine kontrollierende Instanz völlig.

Die Liste mit den drei favorisierten KandidatInnen des Instituts werden von der Fakultät verabschiedet und anschliessend als Antrag an die Universitätsleitung weitergeleitet. Während in der Fakultät auch StudentInnenvertreterInnen Einsitz haben und eine beschränkte Form von Mitsprache der Stände gewährleistet wird, liegen alle weiteren Entscheide völlig im Ermessen der Universitätsleitung und damit oft im Dunkeln. Der Fall «Nachfolge Lütolf» in den Musikwissenschaften ist dafür ein gutes Beispiel. Indem die Universitätsleitung bereits Verhandlungen mit dem Drittplatzierten auf der von der Kommission und von der Fakultät verabschiedeten Liste aufgenommen hat, obwohl im Leitfaden des Universitätsgesetzes festgelegt ist, dass zuerst mit Kandidat Eins verhandelt werden muss, sind eindeutig Formfehler passiert. Trotz wiederholter Kritik von Seiten der Fakultät, des Mittelbaus und der Studierenden war die Universitätsleitung nicht dazu zu bewegen, Gründe für dieses Vorgehen zu nennen. Man sei nicht informationspflichtig, hiess es. Da kann man sich auch gleich offen zur totalitär-autoritären Ausrichtung des Wissenschaftsbetriebes bekennen.

Der vielbeklagte Filz an der Philosophischen Fakultät tut das Seine zur Reproduktion der feststellbaren Machtstrukturen. Wenn alle ProfessorInnen, die an einem Institut lehren, aus Zürich kommen, wie das am Soziologischen Institut der Fall ist, dann muss man sich über die beschränkte Methoden- und Theorienvielfalt nicht wundern. Und wie auch die Situation an anderen Instituten zeigt, hat das Rekrutieren aus den eigenen Reihen an der Philosophischen Fakultät durchaus Tradition.

zvg

Kritische Stimmen an der Universität bleiben meist im Regen stehen

Keine Chance für Frauen

Trotz entsprechender Passagen im Universitätsgesetz *«Die Universität fördert durch geeignete Massnahmen die tatsächliche Gleichstellung»* (Paragraph 25, Abs.1 der UniO.) und *«Die Universität strebt eine ausgewogene Vertretung beider Geschlechter in allen Funktionen und Gremien an»* (Paragraph 20, Abs. 2 UniO.) ist von Gleichstellung an der Universität Zürich nicht einmal annäherungsweise etwas festzustellen. Obwohl über die Hälfte der Studierenden weiblichen Geschlechts sind, sind Frauen mit einem Anteil von rund 7% an Professuren noch immer deutlich in der Minderzahl. Frauen, insbesondere kritische Frauen, sind von den Ausschlussmechanismen im Bereich der Wissenschaften besonders betroffen, sind doch gerade sie oft von den informellen Netzwerken ausgeschlossen, welche für eine wissenschaftliche Karriere entscheidend sind. Die Universität Zürich ist hierfür ein Präzedenzfall. Wie Studien zeigen, sind Frauen umso mehr von Diskriminationen und Ausschliessungsmechanismen betroffen, je weniger transparent die Rekrutierungswege und je weniger demokratisch die Auswahlverfahren sind.

Am Historischen Seminar (HS) beispielsweise setzen sich Studierende und Assistierende seit Jahren dafür ein, dass eine Frau als Professorin ans HS berufen wird. Im neusten Fall immerhin mit Erfolg. Der Ausdruck *«Männerbastion»* (HistorikerInnen-Zeitung etü) ist aber durchaus berechtigt, wie Beispiele wie der Fall «Labouvie» zeigen, als ganz offensichtlich wurde, dass eine Frau, noch dazu eine äusserst kompetente und erfolgreiche wie Eve Labouvie nicht erwünscht ist am HS. *«Gerade kritische Frauen sind nicht gefragt, weil zu gefährlich»*, erklärte eine im Rahmen eines neueren Berufungsverfahrens von diesen Ausschlussmechanismen betroffene Wissenschaftlerin. Die inzwischen üblichen Sätze wie *«Weibliche Kandidatinnen besonders erwünscht»*, mit denen Ausschreibungen auf progressiv getrimmt würden, seien nichts weiter als hohle Floskeln, kritisiert sie.

Das offensichtliche Unvermögen, oftmals jeglichem emanzipatorischen Anspruch in Bezug auf die Geschlechterverhältnisse gerecht zu werden, die fehlende Transparenz sowie die undemokratischen Strukturen, von denen die Philosophische Fakultät gerade auch im Falle der Berufungsverfahren geprägt ist, begünstigen ein auf klar erkennbaren Ausschliessungsmechanismen basierendes System, das eine Selektion und Reproduktion der wissenschaftlichen Ausrichtung ganz im Sinne der macht- und wissenschaftspolitischen Struktur zur Folge hat. Eine anschaulichere Illustration zu Foucaults These von der Verknappung der sprechenden Subjekte im Rahmen des herrschenden Macht-Wissen-Diskurses gibt es wohl nicht. ■

«Diamant» hat abgedankt

Der Bericht der Bergier-Kommission hat unerwartet wenig Echo gefunden. Der Skandal blieb aus, allgemeines Aufatmen ist festzustellen. Trotz der Brisanz der Resultate, niemand schreit auf.

von Alexander Hasgall

«Zentrum für Analysen und prospektive Studien und historischer Dienst» nennt sich diejenige Abteilung des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), welche sich seit dem 22. März 2002 um den düsteren Teil der Schweizer Geschichte kümmert, welcher auf den insgesamt 20'000 Buchseiten der verschiedenen Veröffentlichungen der UEK (Unabhängige Expertenkommission Schweiz – 2. Weltkrieg) zu einer öffentlich anerkannten Geschichtswahrheit geworden ist.

Wie düster diese Geschichte war, konnte der Bericht eindeutig belegen: die Rückweisung von zigtausenden von Flüchtlingen an der Grenze, die Zusammenarbeit mit nationalsozialistischen Grenzwächtern, die Mythologisierung autoritärer Führerfiguren in Gestalt des General Guisan, die wichtige Rolle der Schweiz und ihrer Banken als Finanzdrehscheibe für Hitlerdeutschland. Dazu Schweizer Firmen, die ihr Management in vorauseilendem Gehorsam «arisierten», Versicherungen und Banken, welche die Wertsachen der Naziopfer ihren Mördern ausliefern. Keine neuen Erkenntnisse, das meiste ist der historischen Forschung schon lange bekannt. Hier aber wird es zum ersten Mal staatlich abgesegnet.

Die Zuständigkeit des Aussenministeriums für die Schweizergeschichte ist verwunderlich. Könnte diese merkwürdige Kompetenzzuordnung damit zusammenhängen, dass vor allem das Ausland mit seinem Drängen nach Schweizer Geschichtsaufbearbeitung besänftigt werden musste?

Wenn man sich mit dem offiziellen Mandat der Kommission beschäftigt, liegt solch eine Interpretation nahe. Denn 1996 wurde die Kommission offiziell beauftragt, *«die vom Ausland erhobenen Vorwürfe»* an die Adresse der Schweiz abzuklären.

Dazu passt auch, wie gering die Wogen sind, die der Bericht wirft.

Neben den Vereinigungen der Aktivdienstgeneration und rechtsradikalen Zirkeln war es praktisch nur noch die SVP, welche sich mit dem Bericht gar nicht anfreunden konnte. Sie warf den AutorInnen des Berichts vor, zuwenig *«verglichen»* zu haben und nur auf die *«negativen»* Seiten eingegangen zu sein.

Die FDP hingegen war nach Bekanntgabe des Berichtes erleichtert, titelte sie doch ihre Presseerklärung mit *«Experiment staatlicher Geschichtsschreibung zu Ende»* und erging sich am Schluss weihevoll in Nichtssagendem. Auch die «Economiesuisse», deren Vorläuferorganisation «Vorort» eine frontistische Gründung war, und sonst meist sehr aggressiv Wirtschaftsinteressen verteidigt, schwieg vornehm.

Noch 1989, als das damalige Militärdepartement unter dem Namen «Diamant» den 50. Jahrestag des Kriegsausbruchs(!) feierte, wäre so etwas undenkbar gewesen.

Die Erleichterung darüber, das leidige Thema Nazikooperation abhaken zu können, war vielerorts spürbar.

Flüchtlingspolitik als Spielball

Man könnte die ganze Geschichte als Alibiübung abhaken. Doch greift man damit zu kurz. An einem Thema nämlich entzündete sich doch Streit, nämlich an der Flüchtlingspraxis. Waren es «bloss» 3'500 Menschen, die in den Tod geschickt wurden, oder waren es doch 40'000? Pikant ist, dass damit wieder ein Thema aufgegriffen wurde, das bereits mehrmals zum Objekt historischer Auseinandersetzung wurde. Schon 1956 hat sich der «Bericht Ludwig» damit auseinandergesetzt. In der Folgezeit wurde besagte Problematik immer wieder von der Öffentlichkeit aufgegriffen und diskutiert.

1995 entschuldigte sich der Bundesrat offiziell für die Schweizer Flüchtlingspolitik. Woher kommt es, dass genau dieses Thema die Debatte beherrscht? Weswegen wird in diesem Zusammenhang fast gebetsmühlenhaft darauf hingewiesen, dass auch der SIG (Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund) Mitverantwortung für die Schweizerische Flüchtlingspolitik trug, weil er angeblich ende der 30er Jahre die Grenzschliessung noch unterstützt hatte?

Den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen (wollen)

Zur Beantwortung dieser Fragen ist es nützlich sich vor Augen zu führen, was im Bericht nicht aufgeworfen wurde: Es existiert in Europa praktisch kein Land, in welchem Kriegs- und Nachkriegsära so nahtlos ineinander übergingen wie in der Schweiz. Die Beamten, die Wirtschaftsführer, die Politiker blieben vor und nach 1945 dieselben. Egal, ob sie eifrig vom Raub an jüdischem Eigentum profitierten oder als Beamter in aller Selbstverständlichkeit arische von nichtarische Deutschen schieden. Sogar Heinrich Rothmund, als Polizeichef mitverantwortlich für den berüchtigten «J» – Stempel, ging erst in den 60er Jahren aus Amt und Würden in Pension. Der militärisch-industrielle Komplex, der erst dank der «bewaffneten Neutralität» seine unheimliche Macht entwickeln konnte, schwang sich auch nach dem Krieg zu ungeahnter Stärke auf.

In der Schweiz stellte das Kriegsende keine Zäsur dar, alte Eliten wurden zu neuen Eliten. Dieselben Manager, die in vorauseilendem Gehorsam ihre jüdischen Geschäftspartner gemobbt hatten, bauten auch die moderne Schweiz.

Ablenken von Strukturellem

Im offiziellen Diskurs der Schweiz ist es von eminenter Wichtigkeit, von einer strukturell verankerten Schuld abzulenken und auf eine individuelle hinzuweisen. Der Grenzbeamte aus dem Klettgau oder dem Jura tritt so ins Zentrum und nimmt die damaligen Eliten aus dem Blickfeld, welche letztlich die Verantwortung für diese Politik trugen. Man starrt auf die Grenze, um den Kern zu schützen. Die Reduitpolitik des 2. Weltkriegs, die Fixierung auf Abwehrreflexe, reproduziert sich so auch in dieser Debatte.

Aus diesem Grund auch das Gerede vom «Vergleich mit anderen Ländern» und die Angriffe gegen den Israelitischen Gemeindebund (SIG).

Durch den Rekurs auf die vermeintliche Rolle des SIG wird die historische Bürde auf verschiedene Schultern verteilt, durch den Vergleich mit dem Ausland wird die Eigenverantwortung verringert. Der Frage nach den Kontinuitäten der modernen Schweiz mit damals wird so aus dem Weg gegangen.

zvg

Grenzbefestigungen dienten vor allem der Abwehr von jüdischen Flüchtlingen

Abschied von der Neutralität

Wenigstens einen Mythos zerstört der Bericht, den der Netralität im 2. Weltkrieg. Es wird überzeugend nachgewiesen, dass Neutralität primär dann als Argument vorgeschoben wurde als es darum ging, die Geschäfte mit Hitlerdeutschland zu verteidigen. Beispielsweise als die Alliierten ein Ende der Waffenlieferungen an das «3. Reich» forderte oder man anderweitig mit Hitlerdeutschland kooperierte.

Geschichte fürs Expoland

Dass auch diese massiven Anwürfe auf die «bewaffnete Neutralität» (eine Erfindung der Nachkriegszeit) kaum kritisiert wurden, erstaunt den Historiker und Soziologen Matthias Kunz nicht.

Im Rahmen des Projekts «Geschichtsbild Schweiz» (www.geschichtsbildschweiz.ch) geht er der Frage nach, inwiefern ökonomische und politische Notwendigkeiten Einfluss auf die Herstellung von Geschichtsbildern nehmen können.

Gründe für den Paradigmenwechsel sieht Kunz in einer umfassenden Neuorientierung der schweizer Aussenpolitik, welche auf Mitarbeit und Mitgliedschaft in transnationalen Organisationen abzielt. *«Das statische Bild der bewaffneten Neutralität stand einer neuen, insbesondere auf die EU ausgerichteten Politik im Weg. Die Schweiz hatte es bitter nötig, ein neues Geschichtsbild aufzubauen, das mit den neuen aussenpolitischen Leitlinien in Einklang stand. Ansonsten drohte Isolation nach aussen und Stagnation nach innen».*

Gemäss seiner Analyse war es nicht plötzlich auftauchendes Raubgold, das ausschlaggebend war, die alten Sichtweisen abzulegen, sondern die Krise der 90er Jahre. Was während des kalten Krieges Identität schuf, erwies sich nun plötzlich als Ballast.

Wenn sich der Bericht also politisch exponiert, schafft er nach innen die ideologische Voraussetzung für eine neue, auf Öffnung bedachte aussenpolitische Ausrichtung der Schweiz.

Geschichtspolitik = Innenpolitik

Aufgrund dieser Ausrichtung erstaunt der mangelnde Aufruhr von bürgerlicher Seite nicht. Vehemente Opposition gegen die Revision des Geschichtsbild deckt sich mit der Fundamentalopposition gegen die Öffnungspolitik, und diese Opposition beschränkt sich auf rechte Kräfte. Der auf Öffnung bedachte, neopatriotische Diskurs, der durch die Expo 02 sich selbst in Szene setzen möchte, muss zwangsläufig Teile der mythologisierten Schweizer Vergangenheit zerstören.

Und links?

Ungeachtet dessen, wie viele dunkle Seiten der Schweizer Geschichte aufgedeckt werden, der Linken scheint es egal zu sein.

Selten wurden direkte Konsequenzen aus dem Bericht gefordert. Und wenn, dann stammten solche Forderungen meistens von Jüdinnen und Juden.

Die Journalistin Gisela Blau beispielsweise forderte in der jüdischen Zeitschrift «tachles» den Bundesrat dazu auf, sich nicht nur – wie 1995 geschehen – für die schweizer Flüchtlingspolitik, sondern auch für die antijüdischen Ausfälle von Bürokratie und Regierung zu entschuldigen.

Die SP bedauerte in ihrem Mediencommunique zwar, dass die abgewiesen Flüchtlingen bzw. deren Hinterbliebene bis heute nicht entschädigt wurden. Auf die Forderung aber, dies nachzuholen, verzichtete sie.

Keine linke Zeitung, keine linke Organisation nahm die Forderung nach Entschädigung der Opfer bzw. deren Angehörigen auf und richtete sie an Regierung und Wirtschaft.

Wie schon im Laufe der 90er Jahre, als die ausserparlamentarische Linke die Diskussion praktisch verschlief, verpasst sie es auch heute, sich mit progressiven Inhalten in die Diskussion einzumischen.

Weder wird innerhalb der Debatte zur Rolle der Schweiz im 2. Weltkrieg der Antisemitismus thematisiert, noch wird um das Bild der Vergangenheit gestritten.

Auch können Blocher und Konsorten ungestört die «Solidaritätsstiftung» mit einer reaktionären Rhetorik angreifen, ohne dass massive Proteste laut werden.

Mit dem Bergier-Bericht ist für die gesamte Linke die möglicherweise letzte Chance gegeben, sich von der Ignoranz und dem Desinteresse bezüglich dieses Themas zu befreien. Hoffen wir, dass diese Gelegenheit ergriffen wird. ■

Das Elend auf Trab halten

Repressive Kontrollpolitik, Gebietsaufwertung und vielfältige Verdrängsstrategien in Zürichs Langstrasssequartier.

von Yves Kramer

«Als Flüchtling ist es nicht gut, wenn Sie sich hier in diesem Quartier aufhalten», sagen die Polizisten einem dunkelhäutigen Mann und schicken ihn nach Hause. Kurz darauf ist auch die Kontrolle zweier anderer junger Männer abgeschlossen: *«Ihr seid schon mal hier kontrolliert worden. Ich gebe euch den guten Rat, sofort nach Hause zu gehen. Leute wie ihr sollten sich hier nicht aufhalten.»* Solch eine Polizeipraxis nach rassistischen Strickmustern ist Alltag an der Zürcher Langstrasse. Sie ist die praktische Folge eines Sicherheitsdiskurses, der den *«Ausländer»* bevorzugt als *«Kriminellen und Drogendealer»* thematisiert. Der Projektleiter von *«Langstrasse PLUS»*, Rolf Vieli, verweist denn auch geflissentlich auf den *«dunkelhäutigen Mann»*, der ein *«Päcklein mit weissem Inhalt»* gegen Geldscheine tauscht, *«ohne sich um den Beobachter der Szene zu kümmern»*, wenn er in seinem Zwischenbericht vom Drogenhandel rund um die Langstrasse spricht. Dieser Anmerkung folgt die Feststellung, dass überdurchschnittlich viele AusländerInnen im Langstrassenquartier lebten. Daraus leitet Vieli die Gefahr ab, *«dass rassistisches und fremdenfeindliches Denken zunimmt und in Krisensituationen* (wie am 1. Mai 2001) *in gewalttätige Handlungen umschlägt»*.

Lebensqualität und neue Hegemonie

«In allen grösseren Kernstädten ist eine vermehrte sozialräumliche Segregation innerhalb des städtischen Gebiets festzustellen», schreibt die Fachstelle für Stadtentwicklung der Stadt Zürich (FSTE) einleitend im Papier *«Gebietsaufwertung als Aufgabe der Stadtentwicklung»*. Schlechte Lebensqualität, mangelhafte Attraktivität und ausbleibende Entwicklungsimpulse, heisst es weiter, hätten für bestimmte Gebiete zur Folge, dass insbesondere *«sozial stabile oder ökonomisch aufstrebende Haushalte»* diese Quartiere zunehmend verlassen und *«sozial schwache und schwierig zu integrierende Bevölkerungsgruppen mit geringen ökonomischen Ressourcen»* zuziehen. Mit *«gesteuerter Einflussnahme auf die Entwicklung bestehender Quartiere im Sinne von Aufwertung»* wolle der Zürcher Stadtrat solchen Segregations- und Verslumungsprozessen entgegenwirken. Ziel sei es, *«in den belasteten Gebieten die Lebensqualität für die ansässige Wohn- und Arbeitsbevölkerung rasch und spürbar zu erhöhen und die bestehenden Potentiale zu wecken»*. Der an der Universität Bielefeld arbeitende Holger Ziegler kritisiert sowohl die Prämissen des *«aktivierenden Staates»* als auch den Rekurs auf die *«Lebensqualität»*. Dadurch etabliere sich eine *«neue Form der Herrschaft, die gar nicht erst so tut, als interessiere sie sich für die Frage sozialer Rechte und sozialer Gerechtigkeit»*, stellt Ziegler fest. Der Bezug auf *«Lebensqualität»* bedeute nichts anderes als die Interessen der durchsetzungsfähigsten Gruppen in einem Quartier ins Zentrum der Bemühungen zu rücken. *«Die Gruppe, die über ein hohes Mass an symbolisch positivem sozialem Kapital verfügt, verbessert ihre Situation und die Möglichkeit zur Durchsetzung ihrer eignen partikularen Interessen in dem Masse, wie sich diese für die Gruppen mit wenig oder negativem sozialem Kapital verschlechtern»*, schreibt Ziegler weiter.

Von der Schönau zu Salammbô

Wo durch die Aufwertung von Gebieten die Verdrängung sozial schwächerer BewohnerInnen *«überhand»* nehme, gelte es allenfalls *«flankierende Massnahmen zur Unterstützung sozial schwacher Gruppen im Quartier vorzusehen»*, schreibt die FSTE weiter – wohlwissend, dass das Wesen der Aufwertung die Verdrängung ist. Symbolisch wird dieser Prozess der Verdrängung durch Aufwertung derzeit im Langstrassenquartier durch das ehemalige Restaurant «Schönau» bei der Bäckeranlage verkörpert. Wo einst randständige Menschen einen sozialen Treffpunkt hatten und zwischenzeitlich ein Jugendtreff einquartiert war und Notwohnungen eingerichtet wurden, soll nun das Siegerprojekt des von der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (PWG) ausgeschriebenen Wettbewerbs realisiert werden. In «Salammbô» – einem Sichtbetonbau, der nicht nur durch einen *«äusserst ökonomischen Umgang mit dem Baugrund»* überzeuge, sondern auch *«städtisch, gepflegt und offen»* auftrete – werden ab Anfang 2003 unter anderem *«preisgünstige»* Vierzimmerwohnungen für 2'700 Franken Monatsmiete entstehen. Das Gebäude ordne sich nicht in die umliegenden Häuser ein, sondern nehme *«den kommenden Kreis 4»* vorweg, lobt die Jury das Siegerprojekt abschliessend. Doch nicht nur die Schönau, auch die Häuser rund um das besetzte Haus «EGO» an der Badenerstrasse sollen neuen Überbauungen Platz machen. Gleichzeitig versucht die Stadt weitere Bauherren zu gewinnen. So wird in einem Schreiben des Amtes für Baubewilligungen den Bauinteressierten der Kreise 4 und 5 versichert, *«dass der Stadtrat dem Image eines von Verslumung bedrohten Langstrassenquartiers mit auf das geltende Recht gestützten Massnahmen entgegentreten will»*.

Subjektive Befindlichkeit und Sicherheitsdiskurs

Den Bestrebungen mit *«Langstrasse PLUS»* kommt diesbezüglich eine zentrale Bedeutung zu. Langstrasse PLUS bündelt Projekte in den Bereichen Sicherheit und Sauberkeit, soziokulturelle Massnahmen sowie mittel- und längerfristige Gebietsentwicklung. *«Grundlage einer wirklichen Aufwertung»*, so Projektleiter Vieli, *«bildet subjektiv und objektiv die Sicherheit»* Aufgrund dieser *«Erkenntnis»*, heisst es in Vielis Projektzwischenbericht, werde eine schnelle Verbesserung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit angestrebt. Die bisher sichtbarste Folge von *«Langstrasse PLUS»* sei die massiv verstärkte Polizeipräsenz im Quartier, stellte denn auch die Neue

Zürcher Zeitung im Rahmen ihrer Serie *«Sicherheit in Zürich»* (NZZ, 26.03.02) fest. Der mobile Polizeiposten stehe nun wirklich dort, wo er dringlich gebraucht werde; PolizistInnen zu Fuss, unterstützt durch Streifenwagen, sorgten zusätzlich für Beruhigung – kurz: *«die neue Polizeistrategie greift»*, bilanziert Vieli zufrieden. Der Hinweis des Autorenkollektivs spaceLab, dass immer mehr subjektive Befindlichkeiten, die in Aussagen wie *«Man muss die Ängste der Bürger ernst nehmen»* zum Ausdruck kommen, zum Antrieb politischer Interventionen werden, trifft auch auf die Entwicklung in Zürich zu. Dies führt zu einer *«Vermischung von sozialpolitischen, ordnungspolitischen und polizeilich-strafrechtlichen Bereichen, die auf eine Intensivierung der sozialen Kontrolle zielt.»* Zentrales Instrument, um diese Bestrebungen voranzutreiben, stellt in Zürich das Projekt Sicherheit-Intervention-Prävention (SIP) dar. Mit dem vom Stadtrat im März 2000 lancierten Projekt wird versucht, *«ordnungspolitische und soziale Interventionen im öffentlichen Raum zu verbinden»*, heisst es in einer Selbstdarstellung. *«Im SIP-Bus ist eine mobile Einsatzgruppe unterwegs, die den verschiedenen BenutzerInnen eines Parks oder Platzes Verhaltensregeln in Bezug auf die Ordnung vermittelt, in Konfliktsituationen eingreift und medizinische oder soziale Hilfe leistet.»* Mittels *«direkter Kommunikation»* und *«indirekter, die emotionale Wahrnehmung ansprechenden Interventionen»* sollen die SIP-MitarbeiterInnen den Menschen, die die öffentliche Ordnung stören, *«grundlegende Anstandsregeln»* vermitteln. So soll nun endlich erreicht werden, was polizeiliche Repression offenbar alleine nicht schafft: die Reduzierung von offenen Szenen und die Entstörung des öffentlichen Raumes. SIP soll die Beschränktheit polizeilicher Zwangsmittel überwinden. Denn *«alles, was wir erreichen können, ist nichts anderes, als das Elend auf Trab zu halten und im Kreise herumzuführen»*, meint stellvertretend ein Polizist aus einer deutschen Grossstadt. Mit SIP soll dieser Kreislauf durchbrochen werden: Das Elend wird in Zürich nun nicht nur auf Trab gehalten, die betroffenen Menschen werden zudem angehalten, das Elend mit *«Anstand und Würde»* zu ertragen.

Die «Schönau» soll dem «Salammbô»-Neubau weichen

Zynismus des aktivierenden Staates

Wenn Salammbô und SIP die ersten beiden Stränge der verfeinerten Vertreibungspolitik symbolisieren, vervollständigen die soziokulturellen Massnahmen auf der Bäckeranlage die umfassende Verdrängungsstrategie von benachteiligten Menschen rund um die Langstrasse. Am Beispiel eines Tages im Juli auf der Bäckeranlage beschreibt Vieli die heile Welt nach der Rückeroberung des öffentlichen Raumes durch die Mehrheitsgesellschaft: *«Hörbar ist Kinderjauchzen, Bälle fliegen durch die Luft, alle Sitzplätze im Restaurant B sind besetzt. Ferienstimmung. Das Kulturprogramm auf der Bäckeranlage für Jung, Alt und alle dazwischen kommt an. Feinere und leisere Töne sind angesagt, Events sollen die Gespräche nicht verdrängen.»* Auch hier heisst Lebensqualität für die Mehrheitsgesellschaft Ausgrenzung der Minderheiten. *«Die soziale und die sichere Stadt zusammen mit dem aktivierenden Sozialstaat sitzen zu dritt in einem Boot»*, schreibt Holger Ziegler – um abschliessend zu bemerken: *«Der Zynismus des »aktivierenden Staates« besteht darin, die Freiheit der Freien zu vergrössern, die Aktiven, die am wenigsten der Hilfe bedürfen, zu unterstützen, und die, die Hilfe bräuchten, zu marginalisieren und zu bestrafen.»*

Unoppressive City

«Die »Bürgernähe« dank eines kenntlichen Projektleiters »Mr. Langstrasse« trägt Früchte. Das Projekt ist bei weiten Teilen der Bevölkerung gut akzeptiert», sagt Projektleiter Vieli selbstgefällig. Angesichts der beschriebenen Entwicklungen ist das Durchkreuzen des weitgefassten Konsens umso wichtiger.

In ihren Ausführungen orientiert sich spaceLab am Modell der *«unoppressive City»* der US-amerikanischen Feministin Iris Marion Young. Für Young gibt es fünf *«Gesichter»* der Unterdrückung, die es im Kampf für eine *«sozial gerechte Stadt»* zu attackieren gelte: 1) Ausbeutung der ArbeiterInnen; 2) Marginalisierung von sozialen Gruppen; 3) Produktion von Machtlosigkeit; 4) Diskriminierung und Ausgrenzung abweichender Lebensformen sowie 5) Ausübung oder Androhung von Gewalt. Linke Interventionsstrategien, schreibt spaceLab, müssten die Grenzen von Quartier und Stadt, aber auch die von Nationen überschreiten. Weiter dürfe linke Stadtpolitik sich nicht auf einzelne Inhalte beschränken, sondern müsse *«die sich überlagernden Facetten der Unterdrückung thematisieren und angreifen»*. ■

NGO – Moralunternehmer

Den mittlerweile auf allen internationalen Konferenzen anzutreffenden NGOs (Nichtregierungsorganisationen) wird gerne der Titel «Avantgarde der internationalen Zivilgesellschaft» oder «Demokratiegaranten» angedichtet. Eine Auseinandersetzung.

von Thomas Schwendener

Artikel 71 der UN Charta lautet: *«Der Wirtschafts- und Sozialrat kann angemessene Arrangements für Konsultationen mit Nichtregierungsorganisationen treffen, die Angelegenheiten ihres Komptetenzbereichs betreffen.»* Diese sehr allgemeine Definition setzt für den Titel NGO nur Kompetenzen in einem spezifischen Themenfeld voraus. *«(...) Ausserhalb der UN bestehen weder normativ verbindliche NGO-Standards noch die Möglichkeit, diese zu bewerten»* (Roland Roth). In der Öffentlichkeit werden NGO's jedoch meist als gemeinwohlorientierte Gruppen jenseits von Staat und Wirtschaft wahrgenommen. Eine Definition, die mehr von Wunschdenken als von der Realität geprägt ist. Tatsächlich lassen sich den NGOs laut Joachim Hirsch stellvertretende oder «advokatische» Interessenwahrnehmung, formelle organisatorische und finanzielle Unabhängigkeit von Staatsapparaten und Unternehmen, Professionalität und organisatorische Dauerhaftigkeit zuordnen. Wobei letzteres aufgrund der Eigeninteressen wie z. B. Sicherung von Einkommen und Arbeitsplätzen in Widerspruch zur «Gemeinnützigkeit» und stellvertretenden Interessenwahrnehmung steht.

Die Transformation des keynesianischen «Sozial»-Staates und die damit einhergehende Verlagerung der Regulationsmechanismen auf internationale Ebene (WTO, IWF, WEF usw.) führen zu einer Aushöhlung der nach wie vor auf den einzelstaatlichen Rahmen beschränkten demokratischen Systeme. Diese funktionieren zwar weiter, werden aber zunehmend bedeutungslos für die gesellschaftliche Entwicklung. Wenn die Politik einer Regierung entscheidend von den Zwängen der internationalen Kapitalakkumulation bestimmt wird, wird es immer unwichtiger, wer die Mehrheit im Parlament besitzt. Dies führt zu einer strukturellen Repräsentationskrise und einem wachsenden Legitimationsdefizit der politischen Institutionen. Profilierte NGOs nehmen hier eine Funktion an, welche reelle Partizipationsmöglichkeiten vorgaukelt und dieses Defizit überdecken soll. Diese Entwicklung trägt zuweilen groteske Früchte, so gab es z.B. im Deutschen Öko-Vordenker-Blatt «Politische Ökologie» den Vorschlag, neben Bundestag und Bundesrat eine Dritte Kammer für die NGOs zu schaffen. Doch es ist genau jene Nichtstaatlichkeit, die NGOs von Parteien unterscheidet, welche sie in grossen Teilen der Bevölkerung als vermeintlich legitim und gemeinnützig erscheinen lässt und ihnen die Türe zu internationalen Institutionen wie WEF etc. offenhält.

NGOs können sich meist nur in jene Institutionen einbringen, indem sie sich den Druck der Strasse zunutze machen, sich die Diskurse der «Bewegungen» aneignen und sie selber beeinflussen. So heisst es dann auch auf der EvB-Homepage (Erklärung von Bern, Mitinitiatorin des Oltener Bündnisses): *«Einen Widerspruch zwischen «drinnen» und «der Strasse», wie er manchmal postuliert wird, gibt es nicht, denn drinnen wird unsere Stimme nur gehört, wenn die Gegenseite damit rechnen muss, dass jederzeit auch die Strasse mobilisiert werden kann».* NGOs müssen jedoch als seriöse Diskussionspartner gelten können, um ihre Zutrittskarten zu den internationalen Institutionen zu erhalten. Dies zwingt sie, sich dauernd von jedem Fünkchen Militanz zu distanzieren.

Da NGOs auf öffentliche Gelder, Spenden und Gönnerbeiträge angewiesen sind, neigen die meisten NGO-Kampagnen zur Selbstdarstellung. Sie sind so auch einer medialen Konjunktur ausgesetzt, weshalb sich wohl mehr NGOs für eine mediengerechte Kampagne zur Rettung der Wale bemühen, als sich um existenzbedrohende Probleme, wie das des FCKW zu kümmern. Gerade über diese Abhängigkeit besteht die Möglichkeit, das NGO-Engagement dorthin zu lenken, wo nationale bzw. Kapital-Interessen bestehen. So schrieb das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) schon 1996, die NGOs seien wichtige Partner der offiziellen Akteure der Aussenpolitik der Schweiz. *«Sei es, dass ihre Programme und Projekte vom Bund finanziell unterstützt werden, sei es, dass sie ihm Gradmesser oder Spiegel der Gesellschaft sind: Entwicklungs-, Menschenrechts-, Flüchtlings- und Umweltorganisationen stehen in ständigem Kontakt mit Regierungsstellen.»* Die Zusammenarbeit zwischen NGOs und Staat bzw. Wirtschaft muss nicht immer so offen zutage treten wie in Afghanistan, wo der humanitäre Einsatz von NGOs zur nachträglichen Legitimation der US-Intervention benutzt wird. Beispielsweise wird von der gesamten Belegschaft der VW-

«Eigentlich die gleichen Ziele» (EvB-Zeitung): Herfeldt (EvB), Villiger und Bösch

Werke in Deutschland automatisch ein Stundenlohn einbehalten, um an Produktionsstandorten von VW im Ausland (Mexico, Brasilien usw.) Projekte der sozialen Fürsorge und der Ausbildung von «Terre des Hommes» finanzieren zu können. Die Abfederung von sozialen Spannungen, dort wo die globalisierte Ökonomie lukrative Produktionsstandorte unterhält, sichert den Standort, schafft Privilegien und stabilisiert nicht zuletzt die bestehende Form der Globalisierung, die mit der Ausgrenzung von weniger rentablen Regionen der Welt einhergeht.

Die politische Tätigkeit der NGOs besteht zu einem grossen Teil aus dem Erstellen von Expertisen, mit welchen neben dem öffentlichen Diskurs vor allem die internationalen Konferenzen und Institutionen zu beeinflussen versucht wird. Sie appellieren an die Kraft des «besseren» Arguments; damit betrachten sie den Staat, bzw. die internationalen Institutionen als neutrale Instanzen der Verwaltung des Allgemeininteresses, welche nur zu überzeugen seien. Wirklich einflussreich sind NGOs jedoch nur dann, wenn sich ihre Vorschläge nahe an den herrschenden Problemwahrnehmungen bewegen. In diesem Fall wird aber gerade die vielgepriesene «Neutralität» der NGOs zu einem starken Selektionsmechanismus, der bestimmte Akteure integriert, andere aber ignoriert. Gerade die scheinbar von den NGOs Vertretenen, welche meist keinen Zugang zu detaillierten Informationen haben, werden so zu blossen Zuschauern degradiert. Hier funktionieren die NGOs als Bestandteil des «erweiterten Staates» im Sinne Gramscis, indem sie mit ihrer «zivilgesellschaftlichen» Neutralität zur Konstruktion eines hegemonialen Konsenses beitragen.

Zwar geben sich vereinzelte NGOs auch kritisch gegenüber Staat und Kapital, doch diese Kritik ist meist wenig theoretisch fundiert. Wenn sich aber Greenpeace zur Mithilfe bei der Entwicklung eines 3-Liter Autos entschliesst und Antiminen-NGOs in den USA mithelfen Ersatzwaffen für Minen zu finden, kehren die NGOs zurück zu ihrer objektiven Funktion: Der Stabilisierung des Bestehenden. ■

Der Artikel stützt sich u. a. auf das kürzlich erschienene Buch: NGOs in der Transformation des Staates. von Joachim Hirsch (Hrsg.)

Was tun gegen androgyne Androiden und grüne Männchen?

Über die schöne neue Welt der Körnerfresser, Paranoiker und aufklärungsmüden Moralisten. Das Nachwort des neuerschienenen Buches «Make Love and War – Wie Grüne und 68er die Republik verändern».

von Jürgen Elsässer

Nehmen wir einmal an, ein Astronaut aus dem Jahre 1980 käme nach einer kleinen Space-Odyssee im Jahre 2001 wieder in die Bundesrepublik zurück. Vermutlich wähnte er sich in einem Paralleluniversum oder zumindest auf einem anderen Planeten, so vieles hätte sich geändert. Würde er nicht bereits an der Mobilfon-Seuche, aufdringlichen Internettigkeiten und dem Schmuddel-Naddel-TV verrückt werden, so mit Sicherheit an der Involution des Parteiensystems. Über dessen wichtigste Koordinaten hätte sich zur Zeit seines Abfluges in etwa sagen lassen: Die CDU ist für die Industrie und den Profit, die Grünen sind für das Leben und für die Umwelt. Immerhin hatten in jener Zeit die christdemokratischen Ministerpräsidenten Stoltenberg und Albrecht die Atomanlagen in Brokdorf und Gorleben gegen den Widerstand der Bürgerinitiativen geradezu durchprügeln lassen, Späth und Strauß hatten es in Wyhl (und später Wackersdorf) ebenfalls versucht und erst nach jahrelangem Streit davon abgelassen. Die Grünen andererseits blockierten nicht nur Raketenabschußstationen und Atomkraftwerke, sondern schützten auch Maikäfer, Weinbergschnecken und anderes bedrohte Getier durch kleingärtnerisches oder parlamentarisches Engagement.

Zwanzig Jahre später schickt ein grüner Außenminister die Bundeswehr in weltweite Kriegseinsätze, ein grüner Umweltminister gibt der Atomenergie eine Bestandsgarantie bis 2030 und eine grüne Gesundheitsministerin läßt eine knappe halbe Million Kühe als Sondermüll verbrennen. Noch viel verstörender aber ist die Mutation der CDU/CSU: Hatte sie in den siebziger und achtziger Jahren der Atom- und Energielobby standhaft die Treue gehalten, obwohl dies vor allem nach Tschernobyl Wählerstimmen kostete, so genügten jetzt ein halbes Dutzend kranke Kühe, damit sie ihre älteste Klientel, die Bauernschaft, zum Abschuß freigab.

Niemand kann sich heute mehr auf irgend etwas verlassen - die Union verrät die Bauern, die SPD die Gewerkschaften, die Grüne Partei die Atomkraftgegner, und bald wird es die PDS mit den Ossis genauso machen. Darin mag der Hauptgrund liegen, wieso die Menschen immer nervöser, paranoider, asozialer werden. Eigentlich muß man sich wundern, daß es nicht viel mehr Selbstmörder, Amokläufer und Neonazis gibt. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, daß die 60er und 70er Jahre ihr Revival erleben. Die Nostalgie gilt der guten alten Übersichtlichkeit, als die Welt noch von der Polarität Ost/West, links/rechts und Mann/Frau konstituiert wurde und jeder und jede irgendwo sein Plätzchen hatte, wenn auch meistens nicht auf der Belle Etage. Heute hingegen muß der Mensch flexibel sein, man wird mit lebenslangem Lernen terrorisiert, muß alle paar Jahre den Beruf und die sexuelle Orientierung wechseln und nach Möglichkeit transgender sein. Am Schluß hat keiner mehr einen Arbeitsplatz, sondern jeder ist sein eigener Subunternehmer, die Freundin wird wegrationalisiert, und der Orgasmus kommt von Lara Croft. Auch die politischen Parteien müssen mit der Mode gehen, das Programm wird durch die Performance ersetzt und die größte Zielgruppe finden sie nicht mehr auf dem Gewerkschafts- oder Kirchentag, sondern im Container von Big Brother. Die neuen Charaktermasken des Kapitals sind entsprechend: Dominierten bisher gutmütige Patriarchen wie Kohl oder autoritäre Vaterfiguren wie Schmidt, an deren Seite man ein ganzes Leben lang treusorgende Ehefrauen wie Hannelore oder Loki bewundern und bemitleiden durfte, so regieren uns jetzt Leute mit sogenannten »gebro-

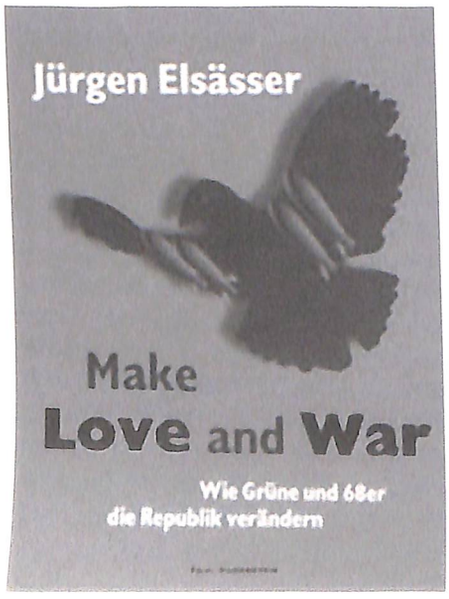
chenen Biographien», zum Beispiel Schröder, Fischer und Scharping, die mindestens einmal im Jahrzehnt die Gesinnung oder zumindest die Frau, pardon: Lebensabschnittsgefährtin, wechseln. Aber auch ihre Tage sind gezählt, es drängelt bereits die nächste Generation an die Schalthebel der Macht: Seelen- und geschlechtslose Politroboter wie Renate Künast oder Fritz Kuhn, im Kopf einen Mikrochip und im Mund ein Maschinengewehr, androgyne Androiden, denen die antifaschistische Moralhuberei ihrer Vorgänger vollständig abgeht und die die Imperative der Kapitalverwertung exekutieren, ohne mit der Wimper zu zucken.

Beinahe bekommt man Mitleid mit Angela Merkel - nicht ihrer Inhalte, sondern ihrer Betulichkeit wegen, die an die gemütlicheren Zeiten des Kapitalismus erinnert. Kein Wunder, daß die Union sich unter ihrer Führung vollständig darauf zurückgezogen hat, the good old Seventies heraufzubeschwören: Um an die glorreichen Zeiten der großen ideologischen Stellungskriege, der Belagerung und schließlich Eroberung der sozialdemokratischen Bastion zu erinnern, wird immer wieder an die militanten Jugendsünden heutiger grüner Minister erinnert. Es sieht ganz so aus, als wolle die Union noch einmal unter dem Panier von «Freiheit statt Sozialismus» ihre Truppen sammeln, noch einmal den «Sympathisantensumpf» trockenlegen. Auch vielen der wenigen links gebliebenen 68er gefällt die Debatte, man kann die alten Fotoalben zeigen und sich noch einmal mit entblößter Brust gegen Reaktion und Springerpresse stellen und die Fischer-Gang des Verrats zeihen. Doch wer heute die Schlachtrosse aus den siebziger Jahren wieder aufzäumen möchte, egal ob von rechts oder von links, betreibt lediglich Folklore. Was uns damals politisierte - Antikommunismus, »law and order« und Fassonschnitt -, ist mit der Kriegsgeneration und dem realen Sozialismus untergegangen. Die »Generation Ich« will nicht zurück in die ideologischen Schützengräben der alten Zeit, sie lebt ganz im Hier und Jetzt, das heißt im Kapitalismus, sie will alles, und zwar sofort: Piercing und Ehering, 70-Stunden-Woche und Party-ohne-Ende, Fucking for Virginity und Fighting for Peace. Für diese ganze lügenhafte Melange steht Joschka Fischer wie kein Zweiter, und deshalb schadet ihm, bis zum Beweis einer Gewaltstraftat, der ganze Schmäh über seine Putzgruppen-Einsätze überhaupt nicht.

Die «Generation Ich» lebt ganz im Hier und Jetzt? Sie tut nur so. Sie simuliert das wilde Leben, und das beste Beispiel ist die Love Parade, ein Fleischmarkt, der mit Liebe nicht das mindeste zu tun hat, aber auch den Sex nur vortäuscht. Die nackte Haut beim Umzug ist, wie der ganze Kapitalismus, nur die bunte Verpackung - der Inhalt ist bescheiden. «Der Spiegel» berichtet von der Love-Parade 1996: «Was ihr Freund in den letzten Stunden getrieben hat, kann sie nicht sagen. Er war mit seinen Leuten in der tobenden Menge untergetaucht, sie mit ihren. Jeder für sich auf der Suche nach dem besten Platz, dem größten Spaß, dem lautesten Tieflader. Kontakt hatten sie nur per Handy.» Hinterher ist der Tiergarten zugepißt - die Wiese von Woodstock war immerhin voller Kondome. Damals galt noch: Make Love not War.

Die Gesellschaft des Spektakels braucht aber nicht nur die mediale Orgie, sondern auch die mediale Jagd auf die Spielverderber. Die Meute hetzt in schöner Regelmäßigkeit jedes halbe Jahr einen neuen Feind der Menschheit, das Publikum gruselt sich und fiebert mit. Für Abwechslung war in den letzten Jahren gesorgt: Zuerst waren es die Serben, die Albanerföten grillen und zu Cevapcici verarbeiten; dann die Kampfhunde, die unsere Kinder zerfleischen; eine ganze Zeit lang die Nazis, die unsere Exportwirtschaft zerstören; dann der Angriff der Killer-Prionen auf unser Rindfleisch; zuletzt die Barbaren aus Kabul und Kandahar mit einem dem Dr. No, schmutzige Atombomben und Milzbrand inklusive. Die Fernsehgemeinde goutierte die Opfer in den Abendnachrichten und ließ sie sich von Stefan Raab noch einmal zum Dessert servieren.

Die Hetze wird geglaubt, weil der organische Kontakt der Menschen abgenommen hat, der anorganische Anteil in der gesellschaftlichen Kommunikation aber gestiegen ist. Die Sechsjährigen schicken sich schon SMS, die Teenager sitzen halbe Nächte im Chatroom, die Erwachsenen vertrödeln ihre Lebenszeit im Internet - jeder ist an irgendwelche Apparate angeschlossen, als läge er auf der Intensivstation. Wer aber kennt seine Mitmenschen noch? Die Mär vom serbischen Völkermörder kann doch nur glauben, wer noch nie mit einem der 700.000 in Deutschland lebenden gesprochen hat. Auf die Taz-Story vom rot-braunen Osten fallen die Wessis nur herein, weil wesentlich mehr von ihnen Eigentumswohnungen (als Kapitalanlage !) in den neuen Bundesländern gekauft als je einen Fuß dahin gesetzt haben. Wie ein Volk von Würstl- und Schnitzelfressern, auch im schlechten Sinn, der Phobie vom vergifteten Rindfleisch anheimfallen konnte, ist nur erklärlich, weil kaum noch jemand einen

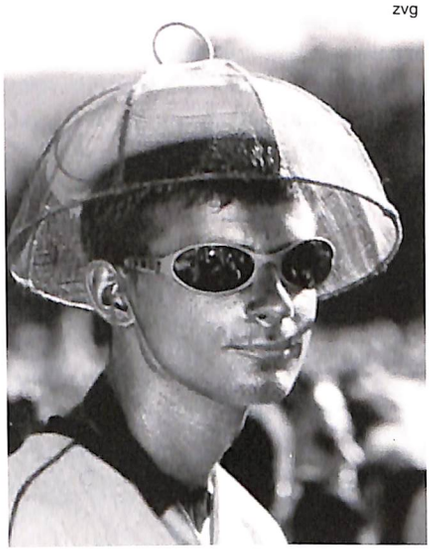


Jürgen Elsässer:
«Make Love and War – Wie Grüne und 68er die Republik verändern»,
Pahl-Rugenstein Verlag Bonn,
174 Seiten, 14.50 Euro

Bauern kennt, geschweige denn je eine Kuh gemolken hat. Und die Propaganda von der islamischen Weltverschwörung und der Paranoia vor den Schläfern geht doch nur in die Köpfe, weil wir den Kontakt zu den hier lebenden Türken, in ihrer übergroßen Mehrheit weitaus harmloser als der schwäbische Cem Özdemir, noch nie gesucht haben, und die deutschen Frauen die Straßenseite wechseln, wenn sie einen Schnauzbartträger sehen.

Die Medienkampagnen sind im übrigen auch dann verdummend, wenn sie die Richtigen treffen, also mit Grund gefürchtete Zeitgenossen wie die Nazis und die islamischen Fundamentalisten. Beispiel Sebnitz: Es war die «Bild»-Zeitung, die im Stile einer Antifa-Postille die Kampagne gegen das sächsische Kaff losgetreten und behauptet hat, das ganze Dorf habe sich zum Mord am kleinen Joseph Abdullah verabredet. Viele Linke freuten sich, endlich war die deutsche Volksgemeinschaft und der sogenannte braune Osten Thema. Doch wie gewonnen, so zerronnen: Ein paar Wochen später gab das Springer-Blatt Entwarnung, stellte den Sachsen einen Persilschein aus - und die ganze Republik war erleichtert. Was wirklich im Schwimmbad von Sebnitz passiert ist, bleibt für bis dato ungeklärt, und niemand interessiert sich dafür: Die Antifas schwammen auf der Welle der von «Bild» gemachten Empörung, danach suhlten sich die Normalos wieder in der lauen Brühe der ebenfalls von «Bild» gestifteten Volksgemeinschaft. Beide Parteiungen setzten auf Emotionen und lehnten eine Untersuchung der Fakten ab – es hätte ja das Falsche herauskommen können. Doch die Linke gewinnt nichts, wenn sie die kühle Analyse durch moralische Empörung ersetzt, und sei es auch für den besten Zweck. Denn die Ablösung der faktenorientierten Aufklärung durch Moral ist als Herrschaftsmittel im Spätkapitalismus wichtiger als jede Ideologie, wichtiger sogar als die deutschnationale: Wenn die Untertanen erstmal so konditioniert sind, reagieren sie wie die Pawlowschen Hunde auf jede moralische Kampagne. Bin Laden hat Manhattan eingeäschert – bombardiert Afghanistan! Saddam hat die Atombombe – pulversiert den Irak! Noch immer gibt es Kinderschänder – lebenslang wegsperren, und zwar sofort! Die Ideologie paßt nicht zur Realität – Pech für die Realität! Gegen die Zurichtung der Menschen zu Medienzombies bräuchte es eine «Partei der Aufklärung», die sich – anders als das Gros der Neuen Linken – nicht als politischer Linienrichter betätigt und die Einhaltung der Political Correctness überwacht, sondern Fakten liefert, damit die Leute nicht mehr den Meinungsbrei schlucken müssen, der ihnen Tag für Tag vorgesetzt wird. Brechts Methode in den «Fragen eines lesenden Arbeiters» könnte dafür Vorbild sein.

zvg



Streetparade: das wilde Leben simulieren

Dabei werden die Aufklärer auf den entschiedenen Widerstand der Lumpenintelligentsia stoßen, die das Geschäft mit der Lüge perfektioniert und es zu ihrer Einkommensquelle gemacht hat. Ohne Rücksicht auf Verluste setzen die Achtundsechziger die einzigen Fähigkeiten ein, die sie in der Ökopax-Bewegung gelernt haben: kassandrahaftes Beschwören des wahlweise atomaren, biologischen oder serbischen Holocausts, gepaart mit arrogantem Gutmenschentum. Sie können nur in Symbiose mit den grünen Staatsapparatschiks überleben: als parlamentarische Mitarbeiter, als sogenannte Sachverständige, als Festangestellte bei angeblichen Nicht-Regierungsorganisationen, als Kostgänger der rotgrünen Bildungsarbeit, als Hofschreiberlinge («Journalisten») mit bevorzugtem Zugang zu Ministerien.

Im Vergleich zu diesen Parasiten der Macht zeichnen sich Bevölkerungsgruppen, die in der Linken lange Zeit als dumm, reaktionär und jedenfalls «typisch deutsch» galten, wenigstens durch ihren Realitätsbezug aus. Polizisten, und nicht etwa Reporter, sind die einzigen, von denen man heutzutage etwas über den Albaner-Terror im Kosovo erfahren kann. Die Ärzte sind diejenigen, die zusammen mit der Gewerkschaft die Gesundheitsversorgung verteidigen. Mit ihrer Hilfe und Dank der zuverlässigen und preisgünstigen Nahrungsmittelversorgung durch die Bauern ist die durchschnittliche Lebenserwartung in den letzten Jahrzehnten immer weiter gestiegen.

Vielleicht ist es ja wie in Cronenbergs Film ExistenZ: Auf der einen Seite die Materiellen, die irgendwie zum Stoffwechsel von Mensch und Natur, zur Produktion von Reichtum und zum Austausch von Körperflüssigkeiten beitragen; auf der anderen Seite die Virtuellen, die das Leben für ein Konstrukt halten, auf ihren Laptops Kriege simulieren und beim Chatroom-Sex ganz schwerelos Identität und Gender wechseln. Die Virtuellen hassen alles, was uns Materiellen den Kapitalismus erträglich macht – Sex ist Vergewaltigung, Rauchen ist Krebs, Fleisch ist Gift – und träumen, gerade weil ihr Leben so spannungslos ist, von dessen unendlicher Verlängerung: Joggende Körnerfresser im Alter von Leni Riefenstahl, ewig moralinsauer und geschmacklos teuer eingekleidet.

Sind also Arbeiter und Bauern, Polizisten und Ärzte die Zielgruppe der «Partei der Aufklärung»? Ziehen wir wieder vor die Fabriktore und hinaus zur Landagitation, unterwandern wir wieder die Bundeswehr? Vor theoretischen Schnellschüssen steht ein kulinarisches Experiment. Laden Sie Bekannte aus ganz unterschiedlichen Schichten ein und setzen Sie ihnen ein leckeres Hammelhirn-Odscha auf tunesische Art (mit Paprika, Tomaten, Knoblauch – genaueres unter http://home.t-online.de/home/k_schmidt/3/67/35676.htm) vor. Zum revolutionären Subjekt gehört, wer noch nicht dem BSE-Wahn verfallen ist und ordentlich zulangt. Guten Appetit ■

Kein Schimmer von Aufklärung

Die grösste internationale Protestbewegung seit mehreren Jahrzehnten wird sie genannt: die Antiglobalisierungsbewegung. Doch Grund zur Freude besteht nicht: Ablehnung aller Theorie, allgemeine Zivilisationsfeindlichkeit und Antisemitismus finden sich in einem grossen Teil dieser Bewegung. Wirklich frei scheint zumindest dieser Teil nur von einem zu sein: von allem emanzipatorischen und fortschrittlichen Gehalt.

von Simone Wassmer und Lukas Germann

Ein Gespenst geht um – nicht nur in Europa: Es ist das Gespenst der Antiglobalisierung. Seit Mitte der 90er-Jahre erscheinen die AntiglobalisiererInnen in der Öffentlichkeit, spätestens seit der WTO-Konferenz in Seattle sind sie zum Inbegriff einer neuen internationalen Widerstandsbewegung geworden. Kein Treffen der Eliten aus Wirtschaft und Politik kann mehr stattfinden, ohne dass es medienwirksam durch Massendemonstrationen gestört würde. So weit so gut. Doch was da als neue «Bewegung» erscheint und sich jeweils in den Strassen der Konferenzorte trifft, ist nichts Homogenes: das politische Spektrum reicht von UmweltschützerInnen über BäuerInnen, Gewerkschaften, feministischen Gruppen, alten und neuen Antiimps, Basisbewegungen, Parteien bis hin zu autonomen Zusammenhängen. Gemeinsamer Nenner ist die Ablehnung der «neoliberalen Weltordnung», der Kampf gegen das Feindbild eines «entfesselten» Kapitalismus.

Verkürzte Kapitalismuskritik

Gegen den globalisierten Kapitalismus und seine Folgen kann man aus verschiedenen Gründen sein und unterschiedlichste Vorstellungen mit einer solchen Ablehnung verbinden. Bei weitem nicht alle diese Vorstellungen sind in einem emanzipatorischen Sinne progressiv. Von naiver, sozialromantisch verklärter Rückwärtsgewandtheit und blinder Zivilisationsfeindlichkeit bis zur offenen Reaktion tummeln sich mancherlei Positionen im Umfeld der Antiglobalisierung, die mit einer emanzipatorischen Politik nicht zu vereinbaren sind. Eine verkürzte und oft auf blossen Affekten beruhende Kapitalismuskritik verbindet sich da mit der Ablehnung von allem, was irgendwie intellektuell sein könnte, mit einer grossen Portion Antikommunismus und natürlich mit Antisemitismus. Nicht die Marxsche Analyse des Widerspruchs Kapital-Arbeit, nicht die Dialektik von Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen bilden mehr den Angelpunkt, an dem die Kapitalismuskritik dieser GlobalisierungsgegnerInnen einsetzen würde. Das wäre ja alles viel zu intellektuell und erst noch irgendwie kommunistisch. Stattdessen wird das kapitalistische Herrschaftsverhältnis naturalisiert. Nicht seine Funktion im gesellschaftlichen Produktionsprozess, sondern vielmehr sein individuell böser Wille ist es, was den Kapitalisten ausmacht. Es gibt so auch eigentlich gar keine Kapitalisten mehr, sondern diese werden zu «den Mächtigen», «den herrschenden Kreisen». Aus der Analyse der politischen Ökonomie wird ein alles vermengendes moralisches Schema gemacht. Wo aber individuell fordernde Moral und nicht mehr differenzierende Analyse die Politik bestimmt, werden Theorie und Praxis schnell einmal zu einem beliebig bunten Sammelsurium aus allem, was den jeweiligen AntiglobalisiererInnen gerade besonders sympathisch oder besonders unsympathisch ist. Zum Kollektiv der Guten gehören alle, die nur genügend moralische Empörung über all die Ungerechtigkeiten auf dieser Welt aufzubringen vermögen und dabei nicht zu klug oder eigenständig daherkommen. Ein so gearteter abstrakter Befindlichkeitssozialismus ist prinzipiell gegenüber allen Dummheiten und reaktionären Tendenzen offen. Ein paar Beispiele vermögen aufzuzeigen, wie solche Haltungen schon in den wesentlichen Grundsätzen grosser Teile der Bewegung zumindest latent vorhanden sind und was daraus folgen kann.

Tummelplatz für Antisemitismus

Beliebigkeit und eine Ideologiefreiheit, die selbst zur grössten Ideologie geworden ist, kennzeichnen die meisten Äusserungen der schweizer AntiglobalisiererInnen. In Interviews oder Artikeln wird immer wieder betont, wie heterogen und spontan doch die neue Bewegung sei, wie undogmatisch und vielfältig. Und all das sei ihre Stärke.

Wie weit die Beliebigkeit gehen soll, macht ein wichtiges Publikationsorgan der schweizer GlobalisierungsgegnerInnen deutlich: die Internetseite «switzerland.indymedia.org». Die schweizer Indymedia-Seite ist ein Ableger des ursprünglich aus den USA, genauer aus der Anti-WTO-Bewegung von Seattle stammenden Independent Media Center, dem Versuch einer virtuellen globalen Verknüpfung der verschiedenen Aktivitäten. Stolz verkünden die schweizer Indymedias ihr Prinzip: das sogenannte open-publishing, anders gesagt: jedeR kann alles veröffentlichen, wozu er/sie gerade Lust hat (anonym versteht sich) und kann dann das eigene Statement auf einer richtigen Internetseite bestaunen, wo es nun potenziell die ganze computervernetzte Welt einsehen kann. Eine Wertung der Beiträge oder sogar so etwas wie eine eigentliche Moderation und Auswahl gibt es nicht. Das nennt sich dann herrschaftsfreie Diskussion und könnte genauso dumm wie angesichts der Flut von bereits existierenden Seiten mit ähnlichem Konzept harmlos sein. Ein paar wenige Blicke auf die Beiträge auf dieser Seite, die ihrem Anspruch nach ein Beitrag zur Entfaltung einer emanzipatorischen Politik sein will, genügen aber, das Bild der Harmlosigkeit zu revidieren. Im Klima der sich selbst bespiegelnden Dummheit und Beliebigkeit gedeihen Ressentiments gegen alles, was die selbst verworfene Denkfähigkeit übersteigen könnte und was nicht ins bewusst einfach gehaltene Weltbild passt. Auf solchem Nährboden wiederum wachsen die antisemitischen Verschwörungsprojektionen und entladen sich – sobald die Enthemmung von den auch noch irgendwo vorhandenen, wenn selbst auch nicht mehr begriffenen linken Vorstellungen von Emanzipation einmal erreicht ist – in immer wüsteren Hasstiraden. Seit der Zuspitzung des Nahostkonflikts fanden sich auf Indymedia immer häufiger Postings mit antisemitischem Inhalt: Tierlischützer und Antisemit Erwin Kessler wetterte über die «Schächtjuden», der EZLN-Zeichner Latuff liess sich über die angebliche Verjudung Hollywoods

aus, und schliesslich meldeten sich auch noch geschichtsrevisionistische Kreise zu Wort, die eine jüdische Weltverschwörung behaupteten und den Holocaust als Erfindung der Juden darstellten. Interessanter und in gewisser Hinsicht auch erschreckender waren aber die Reaktionen der «linken» IndymediaredaktorInnen und BenutzerInnen auf die von der Gruppe *«Für einen progressiven Antikapitalismus!»* (FepA!) erhobene Forderung nach sofortigem Löschen solcher Beiträge und schliesslich auf die von der *«Aktion Kinder des Holocaust»* (AKdH), einem Zusammenschluss von Nachfahren von Holocaustüberlebenden gegen Indymedia eingereichte Klage wegen Verstoss gegen das Antirassismusgesetz. Während die IndymediaredaktorInnen argumentierten, es sei wichtig solche Sachen zu veröffentlichen, um sie zu verurteilen und irgendwie aber auch um sie zu diskutieren, machten die BenutzerInnen schnell einmal klar, wie eine solche «Diskussion» aussehen soll. Indymedia stellte den beanstandeten Artikeln einfach zwei nichtssagende Sätze voraus – dies ist die ganze Verurteilung – und steckte sie in den sogenannten Zensurkübel, wo die Beiträge weiterhin einseh- und auch kommentierbar sind. Und die Kommentare sehen dann so aus: «Sobald ein Vertreter des jüdischen Glaubens dran ist wird man mit Antisemitismusvorwürfen nur so bombardiert. Sowas ist krank und auch gefährlich.» Oder zum Latuff-Comic: *«Ich bin entsetzt. Wieso zensuriert ihr so was? Es zeigt doch genau, wie die Amis, drauf sind! »Semiten« und Amerikaner, sind heilig, & der rest der Welt ist Dreck. Ich selbst, habe in diesem Comic, wirklich mal die Realität gesehen, und habe es gerne weitergeleitet!»* (Orthographie und Kommasetzung so im Original.) Oder auch einfach: *«Tötet alle Zionistenschweine!»* Die hier erwähnten Zitate könnten beinahe beliebig erweitert werden. Die freie «Diskussion» über Antisemitismus war so von Anfang an eine eigentliche antisemitische Hetzkampagne. Auch eine völlige Brutalisierung der Statements (*«Schlagt sie blutig!»* an die Adresse derjenigen, die den ruhigen Ablauf der Verbreitung von Antisemitismen zu stören versuchten und dies auch ausführlich begründeten) verleitete die Indymedia-Redakteure nicht zum Eingreifen. Im Gegenteil machten sie sich nur Sorgen um ihre heilige Kuh: das open-publishing. *«Zensur ist Faschismus»*, wusste dann ein ganz gescheiter User sie in ihrem Kampf für die freie Meinungsäusserung zu unterstützen.

Zurück zur Scholle

Das grosse theoretische Defizit versuchen die AntiglobalisiererInnen zuweilen durch positive Bezugnahme auf als «ursprünglich» empfundene Produktionsweisen und Kulturen wettzumachen. Die Kritiklosigkeit gegenüber Theorien wächst mit dem Grad der

Die Utopie der AntiglobalisiererInnen

«Unverdorbenheit», die den jeweiligen AnbieterInnen angedichtet wird, also je Bauer oder je indigen, desto gut. Dass das in eine totale Rückwärtsgewandtheit umschlagen kann, beschreibt Justus Werthmüller in der «Konkret». *«Die Antikapitalisten im Westen treibt eine allzu deutliche Sehnsucht nach dem gerecht verteilten Elend um (...) Es wird der Einrichtung eines weltweiten regionalisierten Netzwerkes von Kleinproduzenten das Wort geredet, die so sehr an ihre verdammte Scholle gebunden sein sollen wie ihre Vorfahren, die einst der Kapitalismus aus dem moralischen Tiefschlaf gerissen hat.»* (aus «Konkret» 1/2002 «Unter Bauern» von Justus Werthmüller). Oft erschöpfen sich die Forderungen dieses Teils der Antiglobalisierungsbewegung darin, den Menschen etwas zurückzugeben, was sie einmal hatten. Exemplarisch dafür steht der französische Bauernführer José Bové, in dessen Äusserungen gegen den «internationalen Freihandel» die sozialromantische Ideenwelt des frühen 19. Jahrhunderts anklingt. Jede Geschichte, jedes Volk habe seine eigene Art sich zu ernähren. Wenn man aber diese Vielfalt zerstöre, würde man etwas Grundlegendes angreifen. Man könne die Ernährung nicht vereinheitlichen, das wäre ein direkter Angriff auf das Leben der Menschen. In völkischer Manier macht der Bauernführer das nationalistische Ideal eines geschlossenen Handelsstaates zur Frage des Überlebens, ohne dass sich jene, die mit ihm zusammen gegen das WEF protestieren, öffentlich daran stören. Ein Grund für die Kritiklosigkeit gegenüber Bové liegt nebst der verbreiteten rückwärtsgewandten Kritik am Kapitalismus sicherlich in der Fetischierung der direkten Aktion, wurde dieser doch durch seine militante Attacken auf McDonalds bekannt.

Wer sich nicht einfach über die Vielfalt der bunten Antiglobalisierungsbewegung freut, sondern den Anspruch hat, das Ganze genauer anzuschauen, macht sich nicht beliebt. Noch schwieriger wird es allerdings, Kritik an indigenen Basisbewegungen oder am Vorgehen unterdrückter «Völker» wie beispielsweise den PalästinenserInnen zu üben. Auf solche Kritik folgt stereotyp der Vorwurf des Eurozentrismus, denn alles, was von Unterdrückten kommt, ist sakrosankt und als Europäer ist mensch sowieso per se bereits böse. Durch das Totschlag «argument» des Eurozentrismus wird jede ernsthafte Auseinandersetzung verhindert und plötzlich ist man bestrebt, Menschen aus anderen Kulturen vor den durchaus positiven Errungenschaften der bürgerlichen Aufklärung zu bewahren, wie dies in einem Artikel über die Arbeit der NGOs im *«Total Lokal»* – der bisher zwei mal erschienenen Zeitschrift von nicht zum Dialog bereiten WEF-GegnerInnen - geschieht: *«Mittels NGOs werden aber auch die politischen Prioritäten, Normen und Wertvorstellungen der Herkunftsländer und der Geldgeber implementiert. So sollen z.B. Frauen gemäss westlichen Vorstellungen »empowert« werden: nicht mehr als zwei Kinder, minimale Schulbildung, ein knapp das Überleben garantierendes Einkommen. Eine weitere Form des kulturellen Imperialismus ist die Disziplinierung auf westliche Arbeitsformen und*

Arbeitsmoral: Projekte müssen »richtig« formuliert, abgerechnet und in einer vorgegebenen Zeit ausgeführt werden.» Was bitte schön ist so schlimm daran, wenn Frauen nicht ihr Leben mit Gebären verbringen müssen? Schlimm ist die Minimalität der Schulbildung und die Knappheit des Einkommens, aber nicht Forderung danach. Und wieso sollen Menschen ausserhalb Europas nicht fähig sein, Projekte richtig zu formulieren?

Ins gleiche Kapitel gehört das oft geäusserte Verständnis für den Anschlag auf das WTC im September 2001. Er wird entgegen der Tatsachen als eine Form des Widerstandes der arabischen Welt gegen den Imperialismus des Westens gesehen. In einem *«Gespräch am Küchentisch»* im *«Total Lokal»* dürfen sich fünf AktivistInnen der Anti-WEF-Bewegung über die Auswirkungen der Anschläge in den USA austauschen. Nach der endlosen Aneinanderreihung von Eingeständnissen darüber, was man während der Schweigeminute für die Opfer gemacht hat, werden Verschwörungstheorien über die *«gefilterte und zensurierte Berichterstattung»* der bürgerlichen Medien ausgetauscht, um dann ausgerechnet Indymedia USA zum positiven Bezugspunkt zu erheben, einem Forum, auf dem von der Hamas bis zu geschichtsrevisionistischen Kreisen sich Antisemiten aller Coleurs ein Stelldichein geben. Und was vernebeln denn nun die bürgerlichen Medien? *«Für mich wäre es wichtig zu wissen, was genau passiert ist. Denn wenn der Anschlag zum Beispiel von Faschoseite her gelaufen ist, habe ich ein anderes Gefühl zur ganzen Sache»*, verkündet die Antiglobalisierungsaktivistin Sara. Der dieser Aussage inhärente positive Bezug auf einen Anschlag von islamistischer Seite bleibt in diesem Gespräch am Küchentisch unwidersprochen. Die Frage stellt sich, was der Anschlag auf das WTC Emanzipatorisches an sich hatte. Es ist schlichtweg ein Anschlag von faschistischer Qualität.

Auch MigrantInnen werden nicht ernstgenommen und haben das Recht, alles zu sagen, auch wenn es – wie im vorliegenden Beispiel aus Total Lokal – geschichtslos und eine krasse Verharmlosung des Holocausts ist. Im Artikel mit dem Titel *«Zwischen Selbstbild und Fremdzuschreibung I oder: MigrantInnen aller Länder vereinigt euch! Eine Reflexion, geschrieben am 1. Oktober 2001»* setzt sich ein Dr. Hashash mit seiner Situation als Muslim in der westlichen Gesellschaft nach dem 11. September auseinander:. *«Nicht vor so langer Zeit haben viele Menschen unserer Gesellschaft eifrig mitgemacht ... Mein Nachbar ist Jude, meine Arbeitskollegin ist Jüdin ... Und in Deutschland sieht es heute so aus: In Firmen werden Menschen abgewiesen, weil sie arabisch klingende Namen haben ... Kontos werden gesperrt, selbst von Studierenden .. Staatlich ist vieles im Gange ... Auch Rasterfahndung ... und viele finden es gut (...) es ist vielleicht an der Zeit doch umzudenken: Statt das damals berühmt gewordene gelbe Zeichen, sollte ich vielleicht doch einfach ein Zeichen tragen ... den roten Halbmond!»* Ist es wirklich zu viel verlangt von einem Migranten, den Unterschied zwischen industriell organisierter Massenvernichtung und Rasterfahndung zu machen? Vielleicht doch: Ist sich die friedensbewegte Linke ja auch nicht zu schade, mit gelben Sternen durch die Strassen zu marschieren, um für die Rechte der PalästinenserInnen zu demonstrieren, wie kürzlich in Zürich geschehen.

Holocaust als Vergleichsgrösse

Ein weiteres Problem liegt in der Beschränkung der Kritik am Kapitalismus auf die Kritik an internationalen Institutionen wie Weltbank, WEF, WTO, etc. Diese werden vom Instrument eines sich auch unter kapitalistischen Vorzeichen ständig transformierenden warenproduzierenden Systems zu dessen eigentlicher Ursache gemacht. Die Totalität der vollständig durchkapitalisierten Gesellschaft wird dadurch ebenso aus den Augen verloren, wie die Grundlagen ihres Funktionierens. So wird eine grundsätzliche Analyse verhindert, was sich in strukturell antisemitischen Argumentationen niederschlagen kann. In der verkürzten Kapitalismuskritik wird der Grund der Ausbeutung nicht in der kapitalistischen Produktionsweise selbst gesehen, sondern fälschlicherweise auf die Zirkulationssphäre projiziert, die traditionell mit «den» JüdInnen identifiziert wird. Von der Gegenüberstellung des internationalen Finanzkapitals und des sogenannten produktiven Kapitals ist es nur ein kleiner Schritt bis zur Unterscheidung zwischen dem «schaffenden» und dem «raffenden» Kapital, die eindeutig antisemitisch ist. Wer gegen die Globalisierung des Kapitals einsteht, muss das Kapital selbst und den Nationalstaat bejahen. Das zeigt sich in vielen Texten der Zapatistischen Bewegung, wo sich die Unterscheidung in ehrliches Industriekapital und gieriges Finanzkapital findet.

Kein Zufall ist es daher, dass von *«Ya Basta»* und den *«Disobbedienti»* in Italien Ende Januar ein Boykottaufruf gegen israelische Produkte lanciert wurde. Erschreckend ungefiltert schlägt uns darin die Geschichtslosigkeit dieses Spektrums der Antiglobalisierungsbewegung entgegen: Weder gingen die UrheberInnen des Aufrufs auf die so geschehende Aktualisierung des Aufrufs *«Kauft nicht bei Juden!»* ein, noch löste er deswegen öffentliche Proteste aus.

Die Einmaligkeit der Shoa ist kein Thema mehr. Der Holocaust interessiert nur als Vergleich, um damit alles mögliche zu bezeichnen gegen das man so ist und das man moralisch verurteilt: von der Tierhaltung bis zur israelischen Besetzung Palästinas. *«Was die Juden im 3. Reich erleben mussten, tut mir schrecklich leid.»*, meint ein gewisser Mahony auf Indymedia. Aber genauso leid müssen einem dann natürlich auch alle andern Unterdrückten dieser Welt tun, denn irgendwie ist halt schon alles ein bisschen Holocaust. *«Der Holocaust ist einmalig. Nur passiert er jeden Tag an jeder Ecke der Welt.»*, so wurde es letzthin am Alternativradio «LoRa» erklärt. Ob soviel Differenzierungsvermögen und historischem Bewusstsein müssen natürlich auch die hartnäckigsten KritikerInnen verstummen. Geschichtsrevisionismus und Paranoia, die nie ohne Ressentiments gegen das als feindlich empfundene Andere auskommen kann, sind zum identitätsstiftenden Moment einer Bewegung geworden, die endlich befreit alle emanzipatorischen Inhalte fallen lässt und sich ganz dem Barbarismus zuwendet. Die verbliebene antikapitalistische Linke aber muss genau dagegen ankämpfen; der Kampf gegen die Barbarei wird zu einem ihrer vorrangigen Ziele. ■

Tierli schützen und Menschen verachten

Am 29. Januar lancierte der «Schweizerische Tierschutz» (STS) seine Volksinitiative «Für einen zeitgemässen Tierschutz (Tierschutz – Ja!)». Im Unterschied zu früheren Tierschutzinitiativen gestehen Umfragen dieser neuen Initiative durchaus Erfolgschancen zu. Dies hat sicherlich auch damit zu tun, dass der STS dafür einen brisanten Aufhänger gefunden hat: das Schächtverbot.

von Lukas Germann

Die Initiative versteht sich als Gegenvorschlag zum Bundesratsentwurf für ein neues Tierschutzgesetz. Dieser sah ursprünglich auch eine Lockerung des seit 1893 bestehenden Schächtverbots, also des Verbots der Schlachtung von Tieren nach religiösen jüdischen und muslimischen Vorschriften, vor. Das Schächtverbot war von Anfang an vor allem ein Diskriminierungsinstrument gegen die jüdische Gemeinde. Seine Aufhebung wäre also längst fällig. Dies wollen die TierschützerInnen verhindern. Nicht nur das bislang bestehende Verbot der Schächtung von Säugetieren wollen sie beibehalten, sondern dieses überdies auf Geflügel ausweiten und am liebsten auch den Import von koscherem Fleisch verbieten. Das Vertrauen auf das Vorhandensein antisemitischer Ressentiments in grossen Teilen des schweizerischen Stimmvolkes zeigte auch gleich Erfolg: Bundesrat Couchepin hat mittlerweile verkündet, dass das Schächtverbot für Säugetiere auch im neuen Tierschutzgesetz verankert bleibe. So könne der religiöse Friede bewahrt werden. Couchepin fürchtete wohl, dass es dem STS gelingen könnte, über den zu erwartenden antisemitischen Reflex auch die anderen Verschärfungen, die die Initiative im Vergleich zum Vorschlag des Bundesrates verlangt (Beschränkung von Tiertransporten und Tierversuchen, Verbot von Qualzuchten etc.), bei der Abstimmung durchzubringen. Und genau das versucht der STS zu tun.

Obwohl in einer ersten Pressemitteilung gesagt wird, dass mit dem Einlenken des Bundesrates nun die *«hochemotionale Schächtfrage»* geklärt sei und eine sachliche Diskussion über die anderen Punkte des neuen Tierschutzgesetzes folgen müsse, wird schon in derselben Pressemitteilung dem Bundesrat in der Schächtfrage «Windfahnenpolitik» vorgeworfen – natürlich nicht etwa, weil er so vor den bei einem eventuellen Abstimmungskampf drohenden antisemitischen Ausfälligkeiten schon im vornherein klein beigibt, sondern weil er das nicht schon früher gemacht hat – und betont, dass die Initiative die Ausweitung des Verbots auf Geflügel verlange. Der Bundesrat politisiere da am «Volksempfinden» vorbei. Genau das ist zu befürchten. Der STS hat kein Interesse daran, die Diskussion wirklich von der Frage um das Schächtverbot abzulenken.

Dass er dabei von klar antisemitischen Kreisen unterstützt wird, kümmert ihn wenig. Im Januar 2002 ver-

Das antisemitische Hetzblatt des VgT – Auflage 2 Millionen

teilte der *«Verein gegen Tierfabriken»* (VgT) des militanten Tierschützers und Antisemiten Erwin Kessler eine angeblich in 2 Millionen-Auflage erschienene Broschüre zum Thema Schächten, eine zweite wird im Mai erscheinen. In diesen Pamphleten wird das Schächten munter mit der Folterung von KZ-Häftlingen und dem Holocaust gleichgesetzt, die *«jüdische Macht»* über Medien und Justiz wird behauptet und überhaupt auf übelste Weise gegen jüdische Menschen gehetzt. Die vom «seriösen» STS lancierte Kampagne gegen die längst überfällige Aufhebung des diskriminierenden Schächtverbots gibt Antisemiten wie Erwin Kessler erst die öffentliche Aufmerksamkeit, die sie so sehr brauchen. Das völlige Fehlen jeder Distanzierung von der Argumentationsweise des VgT durch den STS scheint den Kesslerschen Hasstiraden Argumentationskraft zu geben. Herr Rissi vom STS meint dazu bloss: *«Es geht nicht um Religion oder Ausübung von Religion, sondern um Tierschutz. Der STS bestimmt die Themen der zu führenden Diskussion und Randgruppen, die ihr eigenes Süppchen kochen, gibt's halt überall.»* Mit Antisemitismus habe der STS nichts zu tun, deshalb kann er damit wohl auch munter auf Stimmenfang gehen. *«Schächten hat nichts mit Religion zu tun. Es wird ja niemand gezwungen Fleisch zu essen.»*, wird STS-Präsident Heinz Lienhard im Blick zitiert. *«Im jüdischen Blick stellen die Schächtjuden die Frage: »Müssen wir jetzt auswandern?«. Meine Antwort: »Ja, gerne, wenn euch das leichter fällt, als Vegetarier zu werden.«»*, doppelt Erwin Kessler auf der VgT-Homepage nach. Um die erhoffte Auswanderung der verhassten Juden erzwingen zu können, hat der VgT nun seine eigene Schächtverbotsinitiative lanciert, die auch den Import radikal unterbinden will. Bleibt zu hoffen, dass ihm internationale Bestimmungen da wenigstens vorläufig einen Strich durch die Rechnung machen. Trotzdem wird die VgT-Initiative die Stimmung weiter anheizen und die STS-Initiative als eleganten Mittelweg erscheinen lassen. Die Initiative «Tierschutz – Ja!» wird nicht nur das immer vorhandene antisemitische Klima in der Schweiz schüren und bei ihrer Annahme es religiösen JüdInnen erheblich erschweren, die Vorschriften ihrer Religion zu befolgen, sondern sie macht genau damit Stimmen. Dieser Verantwortung kann sich der STS nicht entziehen. Ein Tierschutz, der nicht vor menschenverachtenden Konsequenzen zurückschreckt und zumindest tendenziell bereit ist, sich auf die Seite der offenen AntisemitInnen zu stellen, darf keinerlei Legitimation haben. ■

Folter als Exportartikel

In der Türkei werden Foltermethoden eingeführt, welche vor Jahrzehnten in Europa und den USA ausgedüftelt worden sind.

von Peter Nowak

Das Gesicht der Frau ist von Brandwunden schrecklich entstellt. Nur ihre Augen sind von den Verletzungen verschont geblieben. Das Foto dieser Frau wird in den nächsten Wochen in vielen europäischen Städten auf Plakaten zu sehen sein. Damit wollen Menschenrechtler eine Solidaritätskampagne starten. Mit Spendengeldern aus ganz Europa soll Geld für eine Operation zusammen kommen, mit der das Gesicht der verletzten Frau notdürftig rekonstruiert werden könnte.

Neben diesem humanitären Anliegen verfolgt die Kampagne allerdings noch einen politischen Zweck. Damit soll an das Gefängnismassaker erinnert werden, bei dem im Dezember 2000 in 20 türkischen Gefängnissen 28 politische Gefangene ums Leben kamen. Die Frau mit dem verbrannten Gesicht überlebte nur knapp.

Viele ihrer Freundinnen und Zellengenossinnen verbrannten, als das Militär leichtentzündbares Gas in ihre Zellen pumpte. Nachdem es sich selbst entzündete, standen in kurzer Zeit die Zellen in Flammen und die Soldaten sahen lachend zu, wie die Menschen verbrannten. Dabei hatte die Militäraktion den zynischen Namen «Rückkehr zum Leben». Mit ihr sollte am 19. und 20. Dezember 2000 der Hungerstreik von mehreren hundert politischen Gefangenen gewaltsam beendet werden, mit dem sie sich gegen die Einführung von Isolationszellen wehrten.

Vergeblich, der weltweit längste Hungerstreik dauert nun schon mehr als 15 Monate an und hat mittlerweile 90 Opfer gefordert.

Unter den Toten sind auch Mitglieder der Angehörigenorganisation Tayad. Mit ihren weissen Tüchern, die sie mit roten Bändern um den Kopf geschlungen haben, sind die Tayad-Mütter seit Jahren in den Innenstädten der türkischen Großstädte präsent. Schon vor mehr als 10 Jahren wurden sie als Samstagsmütter weltbekannt, als sie am zentralen Taksimplatz im Istanbuler Geschäftsviertel zwischen Banken und Hochhäusern nach ihren verschwundenen Verwandten fragten.

Die Praxis des Verschwindenlassens von Oppositionellen gehört zwar in der Türkei auch heute nicht der Vergangenheit an, hat aber durch Druck aus dem Ausland abgenommen. Doch die Einführung der Isolationshaft stößt bei den EU-Ländern nicht auf Kritik. Schließlich ist sie dort und speziell in der Bundesrepublik Deutschland schon in den 70er Jahren gegen politische Gefangene zur Anwendung gebracht worden. Daher werden die Isolationstrakte in türkischen Medien auch zustimmend EU-Typ-Zellen genannt.

Isolationshaft als Wissenschaft

Begriffe wie Toter Trakt, sensorische Deprivation oder Camera Silence zeigen an, dass Isolationshaft eine wissenschaftlich erforschte Metho-de sind, um die Psyche der Inhaftierten zu treffen. *«Die Isolationshaft hinterläßt Wunden, die man nicht sieht. Deswegen wird hier auch von Weißer Folter gesprochen»*, meint Ilse Schwipper. Sie mußte mehr als 6 Jahre in bundesdeutschen Gefängnissen in Isolationshaft verbringen. Die türkischen Häftlinge und Gefangenen sprechen vom «Stillen Tod», der ihnen in den Isolationszellen drohe.

Bisher haben sie in Groß
gelebt. Auch hier waren die Bedi
gen alles andere als ideal. Den en
denden Unterschied zum neue
fängnissystem schildert eine ehe
Gefängnisinsassin so: *«Wenn D
foltert wurdest und Du kommst
in die Zelle, wirst Du von D
Freunden getröstet und aufge
Wenn Du aber isoliert bist, gibt
mand, der Dir beisteht. Du bist m
Gefängnispersonal allein.»*

Isolationshaft ist ande
die blutige Gewalt, sie ist
wissenschaftliche Repressions
de. Schon in den 50er Jahren e
mentierte der Psychologe Dr.
Schein als Mitarbeiter der ame
schen Marine an koreanischen K
gefangenen über die Folgen von
tion. Sein Name tauchte ständi
Forschungsprojekten des CIA
Schein stellte auf Wunsch der am
nischen Regierung einen Berich
dem Titel «spezielle Variante
Gehirnwäsche» zusammen. Die J
vollzugspolitik der amerikani
Regierung wurde nach diesem B
umstrukturiert. Dr. Schein rie
Unterbringung von Gefangene
Hochsicherheitstrakt sein 24-P
Programm durchzuführen *(siehe
ten)*. Dieses, nach seinen Beg
Schein-Programm bekannte, Pro
wird seit Jahrzehnten in den US
vielen europäischen Städten seit
in den Gefängnissen praktiziert

Türkei will diese Methoden mit der Einführung der F-Typ Gefängnisse einführen. In allen Ländern wehrten sich die Gefangenen mit Hungerstreiks gegen die Einführung der Isolationshaft.

Die Angst vor dem vollständigen Ausgeliefertsein erklärt die Vehemenz und Hartnäckigkeit, mit der mehrere hundert Gefangene seit dem 20. Oktober 2000 an ihrem Hungerstreik festhalten und dabei ihre Gesundheit und ihr Leben aufs Spiel setzen. Mehr als 200 Gefangene sollen durch das Todesfasten und die von der Regierung angeordnete Zwangsernährung irreparable gesundheitliche Schäden erlitten haben.

Natürlich ist es kein Todeskult, der sie treibt, sondern der Wunsch nach einem würdigen Leben. Das geht aus den Erklärungen der todesfastenden Gefangenen eindeutig hervor. *«Stellt mein Essen bereit»*, sagte die bekannte politische Gefangene Sevgi Erdogan, die Mitte Juli 2000 nach 267 Tagen ohne Nahrung gestorben ist.

Die Häftlinge kommen aus den unterschiedlichen Organisationen der einst starken türkischen Linken. Es waren Gewerkschaftler, Studentenvertreter, Stadtteilaktivisten, Angehörige von linken Jugendorganisationen. Es reicht schon, ein Flugblatt verteilt oder Parolen gerufen zu haben, um in der Türkei für längere Zeit im Gefängnis zu verschwinden.

Die Erfolgsaussichten für die Hungerstreikenden sind momentan alles andere als rosig. Durch die staatliche Repression wird jede Kritik an der harten Haltung des Staates streng verfolgt. Ärzte, Rechtsanwälte und Intellektuelle, die sich mit den Forderungen der Gefangenen solidarisieren, geraten schnell unter Terrorismusverdacht und müssen selber mit Anklagen rechnen. Auch der jüngste Kompromißvorschlag der türkischen Ärztekammer wurde von der Regierung bisher ignoriert. Der Vorschlag sieht vor, dass tagsüber drei nebeneinanderliegende Zellen mit jeweils 3 Insassen geöffnet werden.

EU-Länder auf Seiten der Türkei

Die Regierung sieht sich in ihrer harten Haltung von dem Verhalten der USA und der EU-Staaten bestätigt. Es gab nach dem Gefängnismassaker von dort keine Kritik. Im Gegenteil, nur wenige Tage später gewährte der Internationale Währungsfond (IWF) der Türkei neue Kredite, die die politische Klasse des Landes so dringend braucht.

Von Deutschland braucht die türkische Regierung keine Kritik zu erwarten. Das Land ist der treueste Partner der Türkei und beteiligt sich auch an der Verfolgung linker Oppositioneller. Traf es Mitte der 80er Jahre noch die kurdische Nationalbewegung PKK, die in Deutschland ebenso wie in der Türkei verfolgt wurde, so geriet in den 90er Jahren die guevaristische DHKP/C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei/Front) ins Visier der deutsch-türkischen Repressionsorgane. Auch die Schweiz blieb davon nicht verschont. So wurde auf Betreiben der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe der türkische Journalist Nuri Eryüksel in der Nähe von Bern verhaftet und an die deutsche Justiz ausgeliefert, die ihm wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilte. Damit hat sich die deutsch-türkische Kooperation allerdings nicht erschöpft. So wurden einer Angehörigen der politischen Gefangenen im Frühjahr 2001 die Einreise nach Deutschland verweigert, weil das nicht den Interessen des Landes dienen würde, so die offizielle Begründung. Auch ein ehemaliger Gefangener, der nach monatelangen Hungerstreik gesundheitlich schwer angeschlagen ist, fand in Deutschland keine freundliche Aufnahme. Er wollte sich hier medizinisch behandeln lassen. Statt dessen sitzt er jetzt im Bürener Abschiebeknast.

Türkische Regierungsvertreter hingegen besuchen deutsche Gefängnisse nur zu Studienzwecken. So stattete der wesentlich für das Knastmassaker verantwortliche türkische Justizminister Sami Türk schon im Februar 2001 im Rahmen eines Berlin-Besuches auch der Justizvollzugsanstalt Tegel einen Besuch ab.

Sicher wird er von dort einige Anregungen über ein Gefängnissystem nach EU-Standard an den Bosporus mitgenommen haben. ■

Dieses nach dem Psychologen Dr. Edgar Schein benannte Programm wird in amerikanischen und europäischen Gefängnissen seit Jahrzehnten praktiziert.

1. Verlegung der Gefangenen in Bereiche, die ausreichend isoliert sind, damit enge emotionale Beziehungen erfolgreich abgebrochen oder ernsthaft geschwächt werden können; 2. Absonderung von politischen Führungsfiguren. 3. Einsetzung von kooperativen Gefangenen in zentrale Positionen im Gefängnis; 4. Verbot von Gruppenaktivitäten, die nicht im Einklang mit den Zielen der Gehirnwäsche stehen. 5. Bespitzelung von Gefangenen und Weitergabe von persönlichem Datenmaterial. 6. Namen von Gefangenen in gefälschte Erklärungen schreiben, die dann anderen gezeigt werden. 7. Opportunisten und Informanten benutzen. 8. Gefangene überzeugen, dass sie niemandem vertrauen können. 9. Diejenigen, die zu kooperieren bereit sind, sollen Vergünstigungen erhalten; 10. Diejenigen, die sich nicht kooperativ verhalten, bestrafen. 11. Systematisch die Post vorenthalten. 12. Den Kontakt zu all denen verhindern, die nicht mit den Behandlungsmethoden und der Kontrolle über die Gefangenen übereinstimmen. 13. Auflösung aller Gruppennormen unter den Gefangenen. 14. Schaffung eines Gruppenbewusstseins unter der Gefangenen, dass sie von ihrem sozialen Umfeld aufgegeben wurden und isoliert sind. 15. Zerstörung jeder emotionalen Unterstützung. 16. Verhindern, dass Gefangene über ihre Haftbedingungen nach Hause oder an Freunde schreiben. 17. Zugang nur zu Publikationen und Büchern ermöglichen und erlauben, die ausschließlich Material beinhaltet, dass das gewünschte neue Verhalten unterstützt wird oder sich ihm gegenüber neutral verhält. 18. Die Individuen in neue und zweideutige Situationen bringen, in denen die Normen bewußt unklar bleiben, und dann Druck auf sie ausüben, damit sie, um dem Druck zu entgehen und eine Atempause/Vorteil zu bekommen, sich an das Gewünschte anpassen. 19. Die Individuen, deren Willenskraft mehrere Male geschwächt oder zerstört wurde, in eine Lebenssituation mit anderen bringen, die in ihrem Denken schon angepaßter sind und deren Aufgabe es ist, weiterhin die emotionale Unterstützung des Individuums zu zerstören. 20. Techniken zur Charakterschwächung wie: Erniedrigung, Verunglimpfung, Schreien anwenden, um Gefühle der Schuld, Angst und Beeinflußbarkeit, in Verbindung mit Schlafentzug, strengem Knastregime und regelmäßig wiederkehrenden Verhören, auszulösen. 21. Allen unaufrichtigen Versuchen dem Druck von Zellenkameraden nachzugeben mit erneuter Feindseligkeit begegnen. 22. Den Gefangenen durch Zellenkameraden wiederholt darauf hinweisen, wo er in der Vergangenheit oder Gegenwart einmal nicht seinen eigenen Grundsätzen und Werten gemäß gelebt hat. 23. Durch Aufhebung des Drucks gehorsames und unterwürfiges Verhalten belohnen, das den Gehirnwäschezielen entspricht. 24. Schaffung sozialer und emotionaler Unterstützung, die das neue Verhalten verstärken.

Zivilgesellschaft: Vom Begriff der Revolutionstheorie zur Floskel der Bornierten

Gruppen, die mit den Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen grundsätzlich zufrieden sind, die NGO's, können nicht genug davon kriegen. Aber auch auf oberster Regierungsstufe hat sich «Zivilgesellschaft» als ein Gemeinplatz durchgesetzt, unter dem alles gefasst wird, was sich nicht als Staat zu erkennen gibt. Antonio Gramsci hatte einen anderen Begriff von Zivilgesellschaft.

von Alex Riva

«Die Zivilgesellschaft schöpft ihre Kraft aus dem Pluralismus, der unweigerlich zu freiem Wettbewerb führt und damit zu Qualitätssteigerungen in allen Bereichen», meint der tschechische Präsident Václav Havel. Davon, dass ihr aus so sagenhaften Wässerchen wie *«Pluralismus»* und *«freiem Wettbewerb»* eine Steigerung der Lebensqualität erwachsen würde, hat die osteuropäische ArbeiterInnenklasse in den letzten paar Jahren nichts gespürt. So viel will Havel aber mit *«allen Bereichen»* auch gar nicht umfasst wissen. Nach seinem Dafürhalten soll die private Initiative schlicht den staatlichen *«Zentralismus»* aushebeln.

Gerhard Schröder ist da schon einen Schritt weiter, hat doch die deutsche Sozialdemokratie in *«allen Bereichen»*, auch an den noch übrig gebliebenen Arbeitsplätzen, mehr Eigeninitiative (sprich Leistungsdruck) und Flexibilität staatlich verordnet. Um bei Kürzung von Sozialgeldern und auf Arbeitslose losgelassenen Restriktionen den fälligen Aufständen zuvorzukommen, wurde zur ideologischen Einigung von Staats wegen ein zivilgesellschaftlicher *«Aufstand der Anständigen»* gegen Neonazis ausgerufen. Seit es in Deutschland wieder anständig ist, dass ein Bundeskanzler das Andenken an seinen Nazipapi ehrt, wäre ein wirksames staatliches Vorgehen gegen das dreinschlagende kulturelle Erbe auch widersinnig. Die Getreuen des nationalsozialistischen Staats waren nach der jüngst forcierten Mär (Schröder, Grass, usw.) vor allem Opfer gewesen, was nur einleuchten wird, sofern jemand deutsch genug zu denken versteht. Das tun Nichtdeutsche in den seltensten Fällen, haben folglich auch kein Verständnis für neonazistische Opferrituale. Darum braucht es die vorgeschobene Zivilgesellschaft. Sie soll «unanständigen» Rassismus kaschieren, ihn in die vom Schengener Abkommen geregelten Bahnen eines europakompatiblen Rassismus lenken, damit trotz der ungebrochenen nationalen Kontinuitäten das Ansehen des Wirtschaftsstandorts nach aussen keinen Schaden nimmt.

Beiden Staatsmännern nochmals einen Schritt voraus scheint die sogenannte «Antiglobalisierungsbewegung» zu sein. Besonders im Umfeld der Solidarität mit dem zapatistischen Widerstand wird in der Zivilgesellschaft geradezu das neue «historische Subjekt» erblickt. Nun ist zwar Chiapas etwas weit weg, um hier den Umsturz einzuleiten. Aber vielleicht müssen wir nur laut genug *«Ya basta!»* in die Zivilgesellschaft hineinrufen, und eine Stimme aus dem Sherwood Forest wird uns antworten, und Robin Hoods Geist wird auf einem von unseren Hoffnungen getragenen Schimmel über den Ärmelkanal fliegen, wird über Europa hinwegfegen und wird das, was manche zuviel haben, denen geben, die von manchem zuwenig haben... Doch halt. Wozu auch der ganze Spuk? Für die Umverteilung gibt's in Europa schon ATTAC.

Die drei Fälle schrecken ab. Zurecht, denn in allen fungiert *«Zivilgesellschaft»* als Schlagwort zur ideologischen Gängelung und zur Stabilisierung der Klassenherrschaft. Doch statt den Begriff deshalb gleich fallen zu lassen, könnte er von der fortschrittlichen Linken auch zurückerobert werden. Hierzu empfiehlt sich eine genauere Beschäftigung mit Gramscis Gefängnisheften, in denen er die *«società civile»* zur kritischen Erkenntnis moderner Gesellschaften und zum Ausbau revolutionärer Praxis in die Analyse einführte. Vom älteren Konzept der *«civil society»*, wie es in der Nachfolge John Lockes von den britischen Ökonomen des Frühbürgertums gebraucht wurde, und welchem stark vereinfacht auch die Verwendung des Ausdrucks bei Havel entspricht, grenzt sich Gramsci unmissverständlich ab: *«Der Ansatz der Freihandelsbewegung beruht auf einem theoretischen Irrtum, dessen praktischer Ursprung unschwer zu erkennen ist: nämlich auf der Unterscheidung von politischer Gesellschaft und Zivilgesellschaft, die aus einer methodischen Unterscheidung zu einer organischen gemacht und als solche dargestellt wird. So wird behauptet, die ökonomische Tätigkeit gehöre in die Zivilgesellschaft und der Staat dürfe nicht in die Regulierung eingreifen. Aber da in der Wirklichkeit der Tatsachen Zivilgesellschaft und Staat ein und dasselbe sind, ist festzuhalten, dass auch der Liberalismus eine »Regulierung« staatlicher Natur ist, eingeführt und aufrechterhalten auf dem Wege der Gesetzgebung und des Zwanges: er ist eine Tatsache des sich der eigenen Ziele bewussten Willens und nicht der spontane, automatische Ausdruck der ökonomischen Tatsache.»* (Gramsci; Haug: S. 1566)

Diese eminent aufschlussreiche Stelle wird von linken EnthusiastInnen der *«Zivilgesellschaft»* und linkischen TheoretikerInnen gern übersehen. Was heisst denn die Feststellung, dass der Begriff der *«Zivilgesellschaft»* aus einer *«methodischen»* und nicht aus einer *«organischen»* Unterscheidung hervorgegangen ist? Mit *«organisch»* bezeichnet Gramsci eine Organisation, welche die Interessen einer nach ihrer ökonomischen Stellung bestimmten Gesellschaftsgruppe (Klasse) ideologisch vertritt, und sie durchzusetzen versucht. In diesem Sinn ist die Zivilgesellschaft vom Staat erst einmal nicht zu unterscheiden. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen bilden sich auf der Grundlage einer Wirtschaftsweise heran, welche die Gesellschaft in Klassen aufspaltet. Darauf basierend gliedert sich in der Zivilgesellschaft das all-

tägliche, politische und kulturelle Leben. Sie ist unter der weitgehenden Einhaltung der Gesetze auf die Interessen der herrschenden Gruppen hin ausgerichtet. Jedes Heilsversprechen, das sich an die Zivilgesellschaft als solche knüpft, erweist sich unter den Bedingungen des Kapitalismus als Trugschluss. Mehr noch: Jedes Vertrauen auf irgendwelche in der Zivilgesellschaft je schon vorhandene, umwälzende Kräfte stützt und verteidigt letztlich die Klassenherrschaft.

zvg

Die auf Harmonie bedachte Zivilgesellschaft auf dem Durchmarsch

Denn in der historischen Wirklichkeit sind Zivilgesellschaft und Staat «ein und dasselbe».

Warum macht aber Gramsci überhaupt diese *«methodische»* Unterscheidung? Warum stellt er die *«Zivilgesellschaft»* einmal der *«politischen Gesellschaft»* gegenüber und schreibt das andere Mal vom *«Staat»*? Antworten lassen sich in Gramscis Bezug zum Leninismus und in der damaligen Anforderung zur Weiterentwicklung von Theorie und Praxis finden.

Es wäre einfach zu zeigen, dass Gramsci seit den frühen 20er Jahren, also nach den Fabrikkämpfen in Norditalien, mit Lenins Grundsätzen der Staats- und Revolutionslehre übereinstimmte. Mehr von Bedeutung als die vorrevolutionäre Schrift «Staat und Revolution» (1917) ist für Gramscis Behandlung der «società civile» das 1920 verfasste Buch «Der »linke Radikalismus«, die Kinderkrankheit des Kommunismus». Darin diskutierte Lenin das Übel des «Linksradikalismus» in der ArbeiterInnenbewegung, das er im Vergleich mit dem legalistischen Reformismus der II. Internationale zum kleineren Übel erklärte. Die «linksradikalen» kommunistischen Strömungen bemängelte er, weil sie nicht zu Parlamentswahlen antraten oder strikte keine Bündnisse mit anderen in den revolutionären Prozess einbeziehbaren Gruppen und Klassen eingingen. Bereits in dieser Schrift kritisierte Lenin Amadeo Bordiga, den ersten Leiter der 1921 gegründeten kommunistischen Partei Italiens (KPI). Er beliess es nicht bei einer Verurteilung der abstinenten Haltung bezüglich des bürgerlichen Parlaments:

«Darin besteht denn auch ihr [Genosse Bordigas und seiner »linken« Freunde] *Grundfehler. Nicht nur in den parlamentarischen, sondern in* alle *Tätigkeitsbereiche* muss *der Kommunismus etwas grundsätzlich Neues* hineintragen [...], *das mit den Traditionen der II. Internationale radikal bricht (und gleichzeitig das beibehält und weiterentwickelt, was sie Gutes hervorgebracht hat).*

Nehmen wir beispielsweise die journalistische Arbeit. [...] *Ohne einen journalistischen Apparat kann keine einzige Massenbewegung in einem halbwegs zivilisierten Lande auskommen. Und kein Gezeter gegen die «Führer», keine Schwüre, die Massen vom Einfluss der Führer rein zu halten, werden uns der Notwendigkeit entheben, für diese Arbeit Intellektuelle zu verwenden, die aus dem Bürgertum hervorgegangen sind, werden uns vor der bürgerlich-demokratischen Atmosphäre, der «Eigentümer»- Atmosphäre und dem Milieu befreien, in dem diese Arbeit unter dem Kapitalismus geleistet wird.»* (Lenin, S. 101)

Mit «allen Tätigkeitsbereichen» bezeichnete Lenin ein Feld, das von der Staatstheorie nur unzureichend abgedeckt war. Er nahm noch keine «methodische Unterscheidung» vor: *«Der Parlamentarismus ist* eine *Form der Arbeit, die Jounalistik eine andere. Der Inhalt beider kann kommunistisch sein und muss kommunistisch sein* [...].» (Lenin, S. 102)

Gramsci, der 1923 an Stelle Bordigas als Leiter der KPI eingesetzt wurde, nutzte seine parlamentarische Immunität, um nach seinem Aufenthalt in der Sowjetunion wieder nach Italien einzureisen. Unter den Bedingungen des Faschismus, der die ArbeiterInnenorganisationen zerschlagen und einen immer grösseren Teil politischer Aktivitäten illegalisiert hatte, versuchte Gramsci nicht zuletzt vom Parlament aus, die Massen für den antifaschistischen Kampf zu mobilisieren. Bekanntlich ohne Erfolg. Nach seiner Verhaftung im November 1926 machte er sich systematisch daran, das Scheitern der ArbeiterInnenkämpfe im westlichen Europa zu ergründen. Ein Ausgangspunkt des Projekts mochte Lenins Bemerkung sein, dass die Revolution in Westeuropa, wo die ArbeiterInnen unter «Kultursklaverei» lebten, auf mehr Schwierigkeiten stossen würde als im rückständigen und wenig zivilisierten Russland. Sich dieses sozialen Komplexes annehmend, entwickelte Gramsci den Begriff der «Zivilgesellschaft». Eine viel zitierte Stelle, in der es um strategische Fragen geht, kann das verdeutlichen: *«Im Osten war der Staat alles, die Zivilgesellschaft war in ihren Anfängen und gallertenhaft; im Westen bestand zwischen Staat und Zivilgesellschaft ein richtiges Verhältnis, und beim Wanken des Staates gewahrte man sogleich eine robuste Struktur der Zivilgesellschaft.»* (Gramsci; Haug. S. 874) Diese *«robuste Struktur»* vermochte Erschütterungen aufzufangen und sorgte dafür, dass revolutionäre Kämpfe sich nicht auf grössere Teile der Bevölkerung ausweiteten.

Um die Aufgaben in diesem Bereich genauer bestimmen zu können, machte Gramsci die *«methodische Unterscheidung»*. Die Stelle

gehört ebenfalls zu den Evergreens der Gramsci-Zitate: *«Vorläufig lassen sich zwei grosse superstrukturelle »Ebenen«* [Kebir übersetzt verständlicher: «zwei grosse »Ebenen« von Überbauten»] *festlegen - diejenige, die man die Ebene der »Zivilgesellschaft« nennen kann, d.h. das Ensemble der gemeinhin »privat« genannten Organismen, und diejenige der »politischen Gesellschaft oder des Staates« -, die der Funktion der »Hegemonie«, welche die herrschende Gruppe in der gesamten Gesellschaft ausübt, und der Funktion der »direkten Herrschaft« oder des Kommandos, die sich im Staat und in der »formellen« Regierung ausdrückt, entsprechen. Diese Funktionen sind eben organisierend und verbindend. Die Intellektuellen sind die »Gehilfen« der herrschenden Gruppe bei der Ausübung der subalternen Funktionen der gesellschaftlichen Hegemonie und der politischen Regierung, nämlich: 1. des »spontanen« Konsenses, den die grossen Massen der Bevölkerung der von der herrschenden grundlegenden Gruppe geprägten Ausrichtung des gesellschaftlichen Lebens geben,* [...]. *2. des staatlichen Zwangsapparats, der »legal« die Disziplin derjenigen Gruppen gewährleistet, die weder aktiv noch passiv »zustimmen«, der aber für die gesamte Gesellschaft in der Voraussicht von Krisenmomenten im Kommando und in der Führung, in denen der Konsens schwindet, eingerichtet ist.»* (Gramsci; Haug. S. 1502) Anführungs- über Schlusszeichen! Offenbar ist es Gramsci nicht leicht gefallen, die nötige *«methodische Unterscheidung»* in Worte zu fassen. Dem gängigen Missverständnis, dass es sich um eine *«organische Unterscheidung»* handle, ist hier nochmals anhand von zwei Beispielen zuvorzukommen.

Denken wir an die Familie. Gramsci hat, weil er den Begriff der *«Zivilgesellschaft»* im Zusammenhang mit der Analyse der Funktion von Intellektuellen entwickelte, eher «öffentliche» Institutionen wie Gewerkschaften, Presse und Literaturbetrieb, Kirchen und Schulen behandelt als die Familie. Doch ist die Einrichtung der Familie zweifellos eine zivile und wird wegen ihrer privatsphärischen Abkapselung oft als die zivilste wahrgenommen. Die Entgegensetzung von «Privatem» und «Öffentlichem» ist für die bürgerliche Ideologie konstitutiv. Somit bildet die Familie nicht nur eine ökonomische Grundeinheit der bürgerlichen Gesellschaft, sondern sorgt auch für die Reproduktion der herrschenden Ideologie. Sie ist ein Ursumpf, der die Klassengesellschaft speist. Deshalb ist es auch unvorstellbar, dass die Ehe, das Erbrecht oder die Sorgepflicht, welche Eltern in Geldnot und Kinder in Abhängigkeit bringt, innerhalb der bürgerlichen Gesetzgebung jemals abgeschafft würden. Bei allen Verschiebungen, denen die Familienstruktur unterworfen ist, wird am familiären Prinzip festgehalten. Es ist dies also ein Beispiel dafür, dass zivilgesellschaftliche Institutionen vom Staat bestimmt werden.

Der umgekehrte Fall tritt auf, wenn der Staat sich direkt repressiv betätigt, wenn er also seiner Grundfunktion als Instrument zur Klassenunterdrückung nachkommt. Dieser Fall ist in der Schweiz momentan bei den Beratungen um das Projekt USIS (Überprüfung des Systems der inneren Sicherheit) zu beobachten. Seit anlässlich der letzten Treffen des world economic forums (WEF) in Davos ein Mangel an entsprechend getrimmten Bütteln und Koordinationsschwierigkeiten zwischen den verschiedenen kantonalen Korps aufgetreten sind, bemühen sich die Ministerien in Bern wieder darum, eine Art Bundessicherheitspolizei auf die Beine zu stellen. Eine zivilgesellschaftliche Organisation, das WEF, gibt also den Ausschlag für die Aufstockung und Umformung des staatlichen Repressionsapparats.

Solchen Anforderungen der herrschenden Klasse folgend sobald der Konsens dahinschwindet, hat sich der Staat historisch gebildet. Gleichzeitig steckte er den Rahmen der Zivilgesellschaft ab und forcierte darin die Konsensbildung. Der Staat umfasst die Vertretung und Durchsetzung der Interessen der bürgerlichen Klasse. Er ist weit mehr als die *«politische Gesellschaft»*, unter der die Gesamtheit von Personen in Regierung, Jurisdiktion und Repressionsapparat begriffen wird. Darüber hinaus gehören zum Staat sein materielles Instrumentarium, die Waffen, Abhöranlagen, Wahlurnen, der Bundesratsbunker usw., aber wesentlich auch seine Vermittlungstechniken zur Verankerung der herrschenden Ideologie in der Zivilgesellschaft, sowie seine innere Organisation, welche die Ideologiebildung der politischen Gesellschaft reguliert.

Wie nun aber bei der umfassenden Verschränktheit von Zivilgesellschaft und Staat gegen die Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältisse vorgehen? Die Zivilgesellschaft funktioniert in erster Linie aufgrund von Willensakten. Erst wenn die Willensäusserungen den herrschaftlichen Interessen in einem wirksamen Ausmass zuwiderlaufen wird in zweiter Linie staatlicher Zwang etwa in Form von Zensur oder noch strafferer gesetzlicher Regulierung zivilgesellschaftlicher Einrichtungen, zur Anwendung gebracht. Somit sind die kommunistischen Aufgaben in der Zivilgesellschaft von denen in der politischen Gesellschaft verschieden. Allgemein ausgedrückt, konzentriert sich revolutionäre parlamentarische Tätigkeit darauf, reaktionär repressives Eingreifen des Staats zu behindern. Die Arbeit in der Zivilgesellschaft ist propagandistisch und agitatorisch. Indem Grenzen des Handlungsspielraums innerhalb der Institutionen aufgezeigt werden, sehen sich die zivilgesellschaftlich Organisierten vor die Entscheidung gestellt, diese Grenzen zu überschreiten. Mit dem parlamentarischen Einsatz koordiniert, reisst die zivilgesellschaftliche Arbeit, welche die Relativität bürgerlicher «Freiheiten» blossstellt oder sich darüber hinausgehende Freiheiten nimmt, Gräben zwischen den bestimmenden Fraktionen auf. Das möglichst breite Vorgehen zielt darauf ab, die Hegemonie zu erlangen.

Hegemonie bedeutet nicht, dass eine Mehrheit für die kommunistische Partei gewonnen werden könnte. Vielmehr gilt es, in den zivilgesellschaftlichen Bereichen den *«Geist des Bruchs»* (Gramsci; Haug. S. 1403 / Gramsci; Kebir. S. 96) zu etablieren und dabei Bündnisse mit Gruppen anzustreben, welche die antagonistische Praxis mitzutragen bereit sind.

Eine besondere Rolle spielt die Kulturproduktion. Die Bourgeoisie ist

hier, was die Quantität der Mittel anbelangt, der ArbeiterInnenbewegung klar überlegen. Die Hegemonie kann nur qualitativ verwirklicht werden, dadurch, dass der historische Materialismus die emanzipatorischen Gehalte der Kultur herausstreicht, die realen Verhältnisse beim Namen nennt und nicht wie die bürgerlichen Medien auf Verfälschungen angewiesen ist. Ob solche Anforderungen erfüllt werden, hängt ebenso davon ab, dass die Theoriebildung nicht hinter der realen Entwicklung zurückbleibt, wie davon, dass die theoretischen Voraussetzungen der Wahrheitsfindung nicht durch modische Strömungen verwässert werden. Auf der andern Seite gehen seit seinem Entstehen Erkenntnisse des historischen Materialismus in den bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb ein. Sie werden von ihm in entschärfender Weise integriert und erst in dieser Form populär gemacht. Der Ausdruck *«Zivilgesellschaft»* und seine Usurpation für konsolidierende Zwecke ist ein Beispiel dafür.

Gewiss ist es einfacher, wichtige Begriffe in diffuser oder demagogischer als in aufklärender Weise unter die Leute zu bringen. Journalistische und theoretische Tätigkeit für die materiell und geistig Zurückgebundenen muss sich jedoch dadurch auszuzeichnen, dass sie komplexe soziale Zusammenhänge erfasst und trotzdem verständlich bleibt. Zumindest, was das «geistige Eigentum» betrifft, sind klassenbewusste DenkerInnen aus ihrer «Eigentümer-Atmosphäre» herauszureissen.

Das Problem stellt sich heute so dringlich wie zur Zeit Gramscis. Die Spannung zwischen «gehobener» und populärer Kultur ist im allgemeinen Konsum von massenmedialen Kulturwaren zusammengebrochen. Die Kulturindustrie wurde zur zentralen Schnittstelle des Konsenses mit der bürgerlichen Herrschaft. Neben der Kulturindustrie bestehen die aus den selektiven Schulen des Kapitalismus hervorgegangenen Bildungsdifferenzen unvermindert fort. Kaum in Ansätzen wird der Widerstreit zwischen grösserem Wissen und Entmündigung im Austausch gegensätzlicher Erfahrungen, der eine fortschrittliche Bildungsarbeit kennzeichnet, überwunden. Bildungsdivergenzen geben nur noch Anlass zur Abgrenzung. Weit verbreiteter Antiintellektualismus und fast vollständige Abwesenheit eines *«Geists des Bruchs»* im wissenschaftlichen und politischen Bereich sind der Ausdruck dieser Spaltung. Voreinander scheinen diese Anzeichen sozialer Regression sogar gerechtfertigt. Sie können es nur sein, solange keine sichtbaren Anstrengungen unternommen werden, die proletarische Klasse mit antagonistischer Wissenschaft und Kultur zusammenzubringen.

Eine «geschlossene Zivilgesellschaft» versucht das Abbröckeln des Konsenses mit allen Mitteln aufzuhalten

Als Leiter der KPI hat Gramsci die Aufgabenstellungen stets auf die Partei bezogen. Mit ihrer internen Arbeitsteilung, ihrer organisatorischen Stabilität, welche dem Auseinanderklaffen von Theorie und Praxis entgegenwirkt, sollte sie in der Zivilgesellschaft den bestimmenden Einfluss der bürgerlichen Ideologie brechen. Die zivilgesellschaftlichen Einrichtungen lassen sich unter dem Druck der Ausbeutung und des Staates noch nicht im kommunistischen Sinn umwandeln. Doch ohne ihre offene Unterwanderung ist keine Hegemonie aufzubauen, um sie in der gewaltsamen Errichtung der Diktatur des Proletariats zu verwirklichen. Wenn heute revolutionäre Organisationen politisch marginal sind und nicht viel weniger marginale «kommunistische» Parteien vor revolutionärer Tätigkeit zurückschrecken, so ist dies eine Folge davon, dass es nicht gelungen ist, den Kampf in der Zivilgesellschaft mit dem Vorgehen in der politischen Gesellschaft zusammenzuführen. Möglicherweise sind, um diesen Zustand zu überwinden, andere Organisationsformen als die Partei denkbar. Mir fällt gerade keine ein. ■

Literatur:

Antonio Gramsci. Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe. Klaus Bochmann, Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.). Hamburg, Berlin, 1992.

Antonio Gramsci. Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften. Guido Zamis (Hrsg.). Leipzig, 1980.

Antonio Gramsci. Marxismus und Kultur. Sabine Kebir (Hrsg.). Hamburg, 1983.

Sabine Kebir. Antonio Gramscis Zivilgesellschaft. Alltag, Ökonomie, Kultur, Politik. Hamburg, 1991

W.I. Lenin. Der «linke Radikalismus», die Kinderkrankheit des Kommunismus. In: W.I. Lenin. Werke, Band 31. Zentralkomitee der SED (Hrsg.). Berlin, 1959. S. 1-91

Palmiro Togliatti. Der Leninismus im Denken und Handeln von Antonio Gramsci. Notizen für einen Beitrag auf einer Konferenz über Antonio Gramsci in Rom vom 11. bis 13. Januar 1958. In: Palmiro Togliatti. Ausgewählte Reden und Aufsätze. Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED (Hrsg.). Leipzig, 1977. S. 503-526

Begriff: «Leitfaden»

Begriffe sind nicht losgelöst von ihrem gesellschaftlichen und politischen Kontext verstehbar. Will man Dogmatismus vermeiden, müssen sie Objekte einer permanenten kritischen Auseinandersetzung sein.

von Wolfgang Fritz Haug

«Leitfaden» ist die wichtigste der epistemologischen Metaphern, in denen Marx und Engels zugleich Leistung und Grenze des sinnvollen Geltungsanspruchs ihrer Theorie ausdrücken. Zugleich ist damit die Grenze zwischen dogmatischem Handbuchmarxismus und orientierungsloser Beliebigkeit bezeichnet. – Beide Grenzen wurden, nach beiden Seiten, immer wieder überschritten.

«Als hätten die Autoren diese Sätze nie geschrieben», bemerkt Alfred Schmidt 1966 im Blick auf dem Marxismus-Leninismus, *«ist die ontologisierende Marx-Interpretation unentwegt dabei, jene ausdrücklich als Hilfsbegriffe bezeichneten Resultate der Analyse den Materialien, aus denen sie abstraktiv gewonnen wurden, als fundierendes Sein vorzuordnen.»* – Im Moment des krisengetriebenen Umbauversuchs der Sowjetunion aber verwechselt Michail Gorbatschow 1987 den Leitfaden mit den *«fertigen Rezepten»*, von denen er mit Recht sagt, dass niemand sie parat hat. Richtig verstanden ist der Leitfaden jedoch nicht die Lösung, sondern ein Hilfsmittel bei der Suche nach ihr. Mittels des Fadens, den Ariadne ihm gegeben hatte, soll Theseus das Labyrinth erkundet haben, ohne sich darin zu verlieren. Der Faden markierte den Herweg doppelt: 1) als möglicherweise in die Irre führenden, dann aber korrigierbaren, und 2) als möglichen Rückweg an den Ausgangspunkt, von dem aus eine neue Suche gestartet werden kann.

1. *«Leitfaden»*, manchmal auch als *«Richtschnur»* artikuliert, erhält als Begriff für Entwicklung und Grenzen der Erkenntnis zuerst in der kantschen Kritik der spekulativen Vernunft eine grundlegende Bedeutung. Problematisch sind *«Erkenntnisse, welche über die Sinnenwelt hinausgehen, wo Erfahrung gar keinen Leitfaden, noch Berichtigung geben kann»*. Dies ist die Sphäre der *«regulativen Ideen»*, deren Funktion die einer Leitung beim Suchen ist, die aber nicht zur Erklärung verwandt werden dürfen (vgl. KrV, B 699).

2. In der Deutschen Ideologie bestimmen Marx und Engels den Status der von ihnen eingeführten neuen Begrifflichkeit, die das Gerüst des später so genannten historischen Materialismus bilden wird. Erfahrung und Forschung sollen das Nadelöhr bilden, durch das alle Erkenntnis hindurch muss. Theoretische Sätze können *«höchstens eine Zusammenfassung der allgemeinsten Resultate»* darstellen, *«die sich aus der Betrachtung der historischen Entwicklung der Menschen abstrahieren lassen»* (MEW 3, 27). Sie verweisen also immer wieder auf erfahrungswissenschaftlich-historische Forschung zurück. *«Diese Abstraktionen haben für sich, getrennt von der wirklichen Geschichte, durchaus keinen Wert. Sie können nur dazu dienen, die Ordnung des geschichtlichen Materials zu erleichtern, die Reihenfolge seiner einzelnen Schichten anzudeuten. Sie geben aber keineswegs, wie die Philosophie, ein Rezept oder Schema, wonach die geschichtlichen Epochen zurechtgestutzt werden können. Die Schwierigkeit beginnt im Gegenteil erst da, wo man sich an die Betrachtung und Ordnung des Materials [...], an die wirkliche Darstellung begibt.»* (Ebd., 27) Karl Korsch bestimmt daher 1938, in Abwehr dogmatisierter Marx-Rezeption, den Status der marxschen Begriffe als den *«einer völlig undogmatischen Anleitung zum Forschen und zum Handeln»*, keineswegs als *«a priori festgesetzter Bedingungen»*, *«die von einer als materialistisch auftretenden Forschung in einer bestimmten Reihenfolge absolviert werden müssen»* (201).

Im Vorwort 1859 legt Marx *«das allgemeine Resultat»* seiner Forschungen dar, das seinen weiteren Studien *«zum Leitfaden diente»* (MEW 13, 8). Es folgen die bekannten *«Leitsätze»* (Labriola, *«Über den historischen Materialismus»*, 331) über Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, Basis und Überbau usw. Solche aus Verarbeitung von Erfahrung und aus *Materialanalysen* resultierenden Abstraktionen stellen begründete Erwartungen von Zusammenhängen dar, in denen sich neu begegnendes Material darstellen lässt. Sie haben insofern *heuristischen* Wert, als sie Problemlösungen erschließen helfen. Freilich gehen sie in dieser Funktion nicht auf, denn die auf diesem Weg gewonnenen und in unzähligen Erprobungen korrigierten und erhärteten Resultate schließen sich zu einer Theorie zusammen, die aber Theorie eines bestimmten Erfahrungsbereichs ist. Es ist aber von größter Bedeutung, den begrenzten Status der Theorie im Auge zu behalten, damit sie nicht gegen Erfahrung und Forschung sich verschließt und zurückfällt *«in eine abschließende dogmatische Metaphysik»* (Horkheimer 1932, 17).

3. Die Gegner von Marx pflegen genau dieses Zerrbild seiner Theorie. Der Anti-Dühring von Engels (1876-78; MEW 20) setzt sich exemplarisch mit dem Prototyp eines solchen Zerrbilds auseinander. Was Engels einschärft, ist zugleich (nicht nur) dem späteren Marxismus-Leninismus ins Stammbuch geschrieben: 1) Die marxsche Theorie stellt kein *«System»* dar und ist *«keine Philosophie mehr»* (129); 2) sie geht nicht von *«Prinzipien»* aus (diese sind Ergebnis und *«nur insoweit richtig, als sie mit Natur und Geschichte stimmen»*, 33); 3) die materialistische Dialektik ist weder Deduktions– noch Beweismittel, sondern *«vor allem Methode zur Auffindung neuer Resultate, zum Fortschreiten vom Bekannten zum Unbekannten»* (125); 4) die *«endgültigen Wahrheiten letzter Instanz werden da merkwürdig selten»* (82), wenn man sich klar macht, dass man sich in der Forschung, z.B. *«in Physik und Chemie inmitten der Hypothesen (befindet) wie inmitten eines Bienenschwarms»* (81).

Als um 1890, sieben Jahre nach dem Tode von Marx, der Marxismus zur herrschenden Orientierung der sozialistischen Arbeiterbewegung geworden war, wandte Engels sich gegen den etikettierenden Gebrauch marxistischer Begriffe. Das Wort *«materialistisch»* sah er von vielen *«als eine einfache Phrase»* benutzt, *«womit man alles und jedes ohne weiteres Studium etikettiert»* (MEW 37, 436). Dagegen erinnerte er an den Leitfadencharakter der Theorie: *«Unsere Geschichtsauffassung aber ist vor allem eine Anleitung beim Studium, kein Hebel der Kon-*

struktion à la Hegelianertum.» (Ebd.) Kurz zuvor schrieb er zurechtweisend im Briefentwurf an Paul Ernst, *«dass die materialistische Methode in ihr Gegenteil umschlägt, wenn sie nicht als Leitfaden beim historischen Studium behandelt wird, sondern als fertige Schablone, wonach man sich die historischen Tatsachen zurechtschneidet.»* (MEW 37, 411)

4. Der *«erste Marxist in Italien»* (Pozzoli), A.Labriola, verwahrte sich dagegen, den historischen Materialismus fatalistisch aufzufassen, ihn zu ideologisieren oder eine universell zielgerichtete Geschichtsphilosophie daraus zu machen. *«Unsere Lehre [...] ist lediglich eine Methode der Forschung und der Auffassung der Dinge. Nicht zufällig sprach Marx von seiner Entdeckung als einem Leitfaden.»* (Ebd., 172).

Dank dem *«Ariadnefaden des historischen Materialismus»*, heißt es bei Rosa Luxemburg (1901), fand Marx *«durch das Labyrinth der alltäglichen Tatsachen der heutigen Gesellschaft den Weg zu wissenschaftlichen Gesetzen ihrer Entwicklung und ihres Unterganges»* (GW 1/2, 141). Gerade in ihrem begrenzten Anspruch ist *«die dialektisch-materialistische Gechichtsauffassung»* das *«Wertvollste»* an der Lehre von Marx: sie gibt *«ein paar leitende geniale Gedanken, die den Ausblick in eine ganz neue Welt gestatten»* und liegen im übrigen weitgehend *«unbenutzt»* da (RL 1/2, 364). Auch Lenin wusste: Die Theorie von Marx *«liefert lediglich die allgemeinen Leitsätze, die im einzelnen auf England anders angewandt werden als auf Frankreich»* usw. (LW 4, 206).

6. Solch prinzipielle Offenheit der Theorie ist in einer großen, bekämpften und von Kämpfen durchzogenen Bewegung schwer aufrechtzuerhalten. In der ersten *«Krise des Marxismus»* (am Ende des 19. Jahrhunderts) entzündet sich genau an diesem Punkt eine verkehrte Dialektik. Labriola gehört zu denen, die Pflöcke einrammten, um ein Terrain des Marxismus zu verteidigen. Einer dieser Pflöcke ist streng genommen mit den Auffassungen von Marx und Engels unvereinbar: Der historische Materialismus sei *«die letzte und endgültige Geschichtsphilosophie»* (z.n. Croce 1899, 7). Croce verlässt den Marxismus mit dem an sich marxschen Gegenargument, der Historische Materialismus sei gerade keine Geschichtsphilosophie mehr, sondern ein *«Interpretationskanon»* (Vorwort zur 2. Aufl. von 1906, XII). Zwei Beziehungen überlagern einander in dieser Auseinandersetzung: die innertheoretische der Beziehung von Forschung und Darstellung und die der Theorie zur politischen Praxis.

Bezogen auf letzteres Verhältnis wechseln die Ausdrücke ihre Bedeutung. Die marxistische Theorie ist nach Luxemburg ein *«Leitfaden»*, dank dessen *«es der Arbeiterklasse zum ersten Mal gelungen* [ist], *die große Idee des sozialistischen Endziels in die Scheidemünze der Tagespolitik umzuwechseln und die politische Kleinarbeit des Alltags zum ausführenden Werkzeug der großen Idee zu erheben.»* (GW 1/2, 373) Dies ist es, was Luxemburg revolutionäre Realpolitik nennt (ebd.). *«Sie wissen das nicht, aber sie tun es»*, hatte Marx die gesellschaftliche Dimension im Handeln der privaten Warenproduzenten charakterisiert (MEW 23, 88). Luxemburg dreht zu Beginn des 20. Jahrhunderts den Spruch um: *«Mit dem Ariadnefaden der marxschen Lehre in der Hand ist die Arbeiterpartei heute die einzige, die vom historischen Standpunkt weiß, was sie tut, und deshalb tut, was sie will. Darin liegt das ganze Geheimnis der sozialdemokratischen Macht.»* (GW 1/2, 371) Der Leitfaden schreibt nicht den positiven Weg vor, sondern ist ein Mittel der Wegfindung. Ein anderes Bild ist die *«Richtschnur»* (vgl. GW 1/1, 432f). Aus dem Leitfaden wurde gar der *«Leitstern»*, es ist, als drückte die Hoffnungslosigkeit die Hoffnung ins Entrückte eines Fixsterns. *«Zum ersten Mal leuchtete der Sache des Proletariats und seiner Emanzipation der Leitstern einer streng wissenschaftlichen Lehre. Statt der Sekten, Schulen, Utopien, Experimente in jedem Lande auf eigene Faust erstand eine einheitliche internationale theoretische Grundlage»* (ebd.). Auf dem Gründungsparteitag der KPD (1919) wendet Luxemburg dieses Bild kritisch: Am Sozialismusverständnis der alten SPD prangert sie an, dass hier der *«Sozialismus nur als der Leuchtstern in der Ferne, als das Endziel hingestellt wurde»* (GW 4, 488). Während hier das *«Endziel»* wie eine regulative Idee über der Parlamentsarbeit bei Stillstellung der repräsentierten Massen leuchtet, geht es Luxemburg um die Entfesselung von Masseninitiativen in Verbindung mit Parlamentsarbeit.

Unter den wiederum ganz anderen Bedingungen der Aufbauphase der jungen Sowjetmacht wandte sich Lenin 1920 gegen einen Marxismus des bloßen Bücherwissens und schlug den Delegierten des Jugendverbandes vor, *«den Kommunismus zum Leitfaden für eure praktische Arbeit zu machen»* (LW 31, 280). Freilich gibt es auch andere Äußerungen von Lenin, aus Zeiten der Niederlage der Bewegung mit dem Problem der Stabilisierung der Partei, wo die Geschlossenheit, das Prinzipielle des Marxismus überbetont wird. Darauf berief sich ein späterer Überhang des Konfessionellen und Dogmatischen im Stalinismus, wo es vor allem um anzuerkennende Sprachregelungen und darüber vermittelt ums Auslegungsmonopol der Parteispitze ging. Der Leitfaden geht über ins Handbuch. Dieser Funktionswandel von Theorie traf den wissenschaftlichen Charakter marxistischer Theorie ins Mark und legte sich wie ein Zementblock auf die Forschung und schließlich sogar auf die Produktivkraftentwicklung.

Wenn die Abwendung von früherer Dogmatik bei Gorbatschow und Deng Xiaoping ins pragmatistische Gegenextrem geführt hat, so versucht Brecht, die Balance zu halten, die das epistemologische Bild des Leitfadens aufträgt. Z.B. lässt er seinen Me-ti einschärfen, Argumente wie Schneebälle zu behandeln, die man nicht in die Tasche stecken und auf Dauer aufheben kann (vgl. GW 12, 451f). Man muss mit ihnen treffen können, ohne im Wurf zu erstarren. Es ist besser, die Abstraktionen gleichen Schneebällen, die immer wieder schmelzen, statt dass sie sich verfestigen gegen die Wirklichkeit, die dann unter ihnen sich wegbewegt. ■

Haug, Wolfgang Fritz (Hrsg.): «Historisch kritisches Wörterbuch des Marxismus», Argument Verlag, Hamburg 1994 – (Bisher erschienen sind die Bände 1 – 5, Abbau des Staates – Hegemonialstreben)

Der vorliegende Artikel ist ein provisorischer Vorabdruck aus dem 2007 erscheinenden Bd. 8 des HKWM. Er wurde vom Herausgeber freundlicherweise zur Verfügung gestellt. Kritik am Beitrag ist ausdrücklich erwünscht und kann direkt an hkwm@risse.info eingesandt werden.

www.css-zh.ch
Centrale Sanitaire Suisse
CSS Zürich

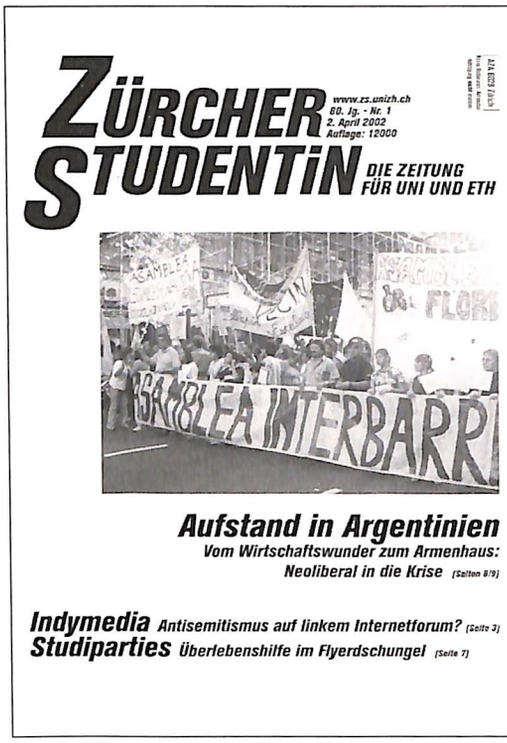
Ärzte statt Kommentare

Helfen Sie mit, die medizinische Notversorgung in Palästina aufrecht zu erhalten!
Vielen Dank für Ihre Spende!

PC-Konto 80-7869-1

Hier könnte ihre Werbung stehen

Risse Magazin
Telefon: +41 (0)1 383 98 02
inserate@risse.info



Zürcher Studentin

Die kritische StudentInnen-Zeitung

Alle 2 Wochen neu

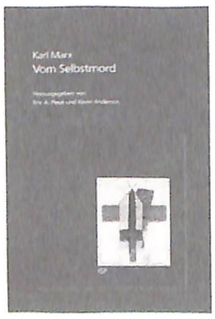
Jahresabo 30.–

MVZS
Rämistrasse 62
8001 Zürich

mvzs@hotmail.com

Information gegen den Strom

Wer den Vorwärts abonniert, kriegt ein Buchgeschenk!



In den **Bäderfahrten** führen uns Jürg Frischknecht und Ursula Bauer zu Bädern und Kurhäusern in der ganzen Schweiz, zu Wassern und verdeckten Geschichten. Karl Marx' **Vom Selbstmord** – ein wunderschönes Buch für die bibliophile Linke!

vorwärts
die sozialistische wochenzeitung.

Ich bestelle ein Vorwärts-Abonnement für

Name/Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

❒ Jahresabo 160 Franken

❒ Reduziert (AHV, Studis, Erwerbslose) 110 Franken

Ich will das Buch

❒ Vom Selbstmord ❒ Bäderfahrten

«Vorwärts» · Pf 2469 · 8026 Zürich
vwzh@smile.ch

Kunst zwischen Widerspruch und falschem Trost

Das Verhältnis der Kunst des 20. Jahrhunderts zur Gesellschaft war immer ein ambivalentes. Gerade die radikale Kunst bewegt sich dabei im Spannungsfeld zwischen Widerspruch und falschem Trost. Ein Blick auf den Aufbruch der Avantgarden zu Beginn des 20. Jahrhunderts kann dies verdeutlichen.

von Lukas Germann

Im 20. Jahrhundert hat die Menschheit sich in Katastrophen unerreichten Ausmasses gestürzt. Die Kunst, die dieses Jahrhundert begleitete, kommentierte und reflektierte, ist davon geprägt. Umso mehr Brisanz gewinnen die Widersprüche, die sich aus ihren Werken und aus ihrem Selbstverständnis ergeben. Linke Theorie und Praxis haben gegenüber den Kunstwerken des 20. Jahrhunderts weitgehend versagt. Unfähig die Dialektik, in welcher diese entstehen, zu verstehen, hat die Linke grossenteils sich auf die Seite derjenigen geschlagen, die die moderne Kunst aus Unverständnis und Konservativismus ganz ablehnen. Genau einer kritischen Rezeption bedürften aber die Kunstwerke, um ihren Wahrheitsgehalt ganz entfalten zu können.

Um die Jahrhundertwende 19./20. Jahrhundert war in der Kunst plötzlich alles ganz anders. Maler wie Cézanne, Van Gogh oder Edvard Munch weigerten sich, länger einfach «schöne», vollendete, versöhnende Bilder zu malen. Ihre Werke sind rau, wirken zum Teil unfertig, machen durch sichtbare Malspuren den Malprozess als Arbeit transparent und bringen so eine Spannung zum Ausdruck, die sich jeder schöngeistigen Lösung widersetzt. Der Prozess der modernen Kunst und Malerei war eingeleitet und nahm rasant seinen Lauf. Nicht länger wurde die empirische Wirklichkeit möglichst naturgetreu abgebildet. Im neuen Bewusstsein der Kunst lag das entscheidende Moment des Widerspruchs, der Verweigerung, der Negation. Diese Entwicklung war untrennbar von einem erwachenden Selbstbewusstsein der Kunst als etwas autonomem, das heisst sich aus eigenen Problemen und Notwendigkeiten heraus entwickelnden, das nicht länger einem gesellschaftlich akzeptierten Schönheitsideal entsprechen wollte und konnte.

Die Wirklichkeit, die diese Bilder darstellen, war ins Wanken geraten. Die Menschen erschienen als radikal bedroht, sich selbst und der Umwelt entfremdet, einsam, verzweifelt. Nicht was dargestellt wird, sondern wie es dargestellt wird, ist dabei das Entscheidende. Alltägliche bis banale Motive wie Sonnenblumen, Waschfrauen am Steg, ländliche Gegenden mit arbeitenden Menschen entwickeln sich zum Beispiel bei Van Gogh durch verschobene Perspektiven, raue Pinselführung und ineinanderfliessende Konturen zu eigentlichen Szenarien der Bedrohung und der radikalen Verunsicherung.

Gegen immer mehr Dogmen und Normen der herkömmlichen Malerei wurde verstossen, nach immer neuen Möglichkeiten des Ausdrucks verlangte die sich befreiende Kunst.

Fast alles, was bislang ein Bild ausgemacht hatte, wurde grundsätzlich in Frage gestellt und es entstanden Bilder ganz neuer Art und Qualität, völlig verschieden in Stil, Motivwahl und Malweise, aber doch mit einer Gemeinsamkeit, nämlich der, mit der empirischen Welt, der herrschenden Gesellschaft nicht mehr in Frieden zu stehen, zu widersprechen und – bewusst oder nicht – etwas zum Ausdruck zu bringen, was nach den Vorstellungen der herrschenden Ideologie nicht zum Ausdruck kommen sollte: Verunsicherung, Angst, Leiden, Anklage, Verzweiflung und Negation.

Subjektive Intention und objektiver Gehalt

Doch zwischen objektivem Gehalt einerseits und subjektiver Intention oder Rezeption andererseits besteht – nicht nur in der Kunst – zuweilen ein grosser Widerspruch. Im Jahr 1911 begann der russische Avantgardekünstler Wassily Kandinsky seinen berühmt gewordenen Aufsatz «Über das Geistige in der Kunst» mit folgendem Satz: *«Jedes Kunstwerk ist Kind seiner Zeit, oft ist es Mutter unserer Gefühle.»* Damit hatte Kandinsky unbewusst schon Chance und Gefahr der neuen radikalen Kunst in ihrem Verhältnis zur Gesellschaft und zum menschlichen Erkenntnis- und Emanzipationsprozess formuliert.

Als Kind seiner Zeit ist das authentische Kunstwerk etwas aus einer

Edvard Munch: Angst (1894)

sozialen und historischen Realität heraus gewachsenes. Auch die sogenannt autonome Kunst des 19. und vor allem des 20. Jahrhunderts, die sich aus den früheren Fesseln der notwendig religionsbezogenen und der höfischen oder grossbürgerlichen Auftragsmalerei befreit hatte, bleibt immer in einem Verhältnis zur Gesellschaft. Ihre Autonomie ist nie eine vollkommene. Die auf Kunstwerke verwandte Arbeit ist Teil eines gesamtgesellschaftlichen Arbeitsprozesses und als Teil dessen, was in der marxistischen Terminologie der «ideologische Überbau» heisst, bleibt Kunst notwendig auf die gesellschaftlich wirksame Dialektik zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen, sowie auf das Niveau der aktuellen Klassenkämpfe bezogen. Was sich aber durch den Aufbruch der Kunst um die Jahrhundertwende gezeigt hat, ist, dass erst eine Kunst, die nicht mehr einer direkten gesellschaftlichen – religiösen, politischen oder ökonomischen – Kontrolle unterworfen ist, ihr ganzes kritisches Potenzial entfalten kann. Als eine, die sich aus ihren eigenen Notwendigkeiten heraus entwickelt, kommt in der Kunst eine Stimme zum Ausdruck, die sonst gesellschaftlich zum Schweigen verur-

teilt ist. Dadurch ist authentische Kunst subversiv. Edvard Munch zum Beispiel schuf mit «Der Schrei» (1893), «Die Karl Johans Gate» (1892) oder «Angst» (1894) Bilder, die gerade in ihrer Erstarrung bedrohlich wirken. Die totale Entfremdung und Vereinsamung der Menschen in der industrialisierten Gesellschaft macht Munch in Strassenszenen, die oft ganze Menschenansammlungen zeigen, durch bleiche Farben, langgezogene Geraden der Strassen, die von wilden Bogenlinien des herabhängenden Himmels kontrastiert werden, zum Thema.

So begleitet Kunst den gesellschaftlichen Fortschritt, der bislang immer noch auf kapitalistischer Grundlage geschieht, widersprechend und bleibt doch stets mit ihm verbunden. Sie wird zur Stimme des ohnmächtig Lebendigen in der total verwalteten Welt und bleibt dies auch den revolutionären Strömungen gegenüber. Nur als unabhängige kann Kunst ihre zentrale Funktion im menschlichen Emanzipationsprozess wahrnehmen.

Dass ausgerechnet das Pochen auf dieser Unabhängigkeit ihr von linker, kommunistischer Seite unter den Schlagworten des «Subjektivismus» oder gar der «bürgerlichen Dekadenz» zum Vorwurf gemacht worden ist, zeugt nur von der theoretischen Unfundiertheit solcher Kritik. Es ist eine durchaus marxistische Erkenntnis, dass auch subjektiv erlebte Regungen und Problemstellungen einen gesellschaftlichen Kern haben und dass die Befreiung der Gesellschaft letztendlich die Befreiung der Individuen meint. Gerade die expressiven und abstrakten Gemälde lassen die Ängste und Verzweiflung des Individuums hervortreten als etwas, worin sich die geschichtliche Katastrophe einer Epoche registrieren lässt. Aus ihrer Allgemeinheit und nicht aus ihrer angeblichen «Subjektivität» ziehen sie ihre tiefe Beunruhigung.

Tendenzen zur Verklärung

Durch ihr neues Selbstverständnis, aber auch durch die Reaktion der bürgerlichen Kunstwelt, die die neuen Kunstwerke mit Schimpf und Hohn bedachte, waren die Künstler zu gesellschaftlichen Aussenseitern geworden. Gerade dadurch aber entwickelten sie in einer ersten Phase eine Radikalität und einen Ideenreichtum, denen sich der Kunstbetrieb auf Dauer nicht verschliessen konnte, genauso wenig, wie sich die Avantgardisten aus ökonomischen Gründen von diesem gänzlich abzuwenden vermochten. So ist ihre Unabhängigkeit bis heute sehr fragil und problematisch und trotzdem die Bedingung ihres Wirkens. Doch nicht nur von aussen, durch Repression oder – viel umfassender – durch ökonomischen Zwang, sondern auch aus ihrem Schaffen selbst heraus, finden sich in der modernen Kunst Tendenzen zur Integration ins Bestehende, Angebote zur Versöhnung mit einer Gesellschaftsform, die keine Versöhnung zulässt und der sich der Gehalt ihrer Werke auch entschieden widersetzt.

Oft seien Kunstwerke Mutter unserer Gefühle, schreibt Wassily Kandinsky. Dieser Satz meint mehr als die Verteidigung eines Autonomieanspruches. Er mündet in einen idealistischen Irrationalismus. Kunstwerke sollen demnach nicht Ausdruck von etwas sein, das zwar vorhanden, aber ohne sie ausdruckslos, vergessen, verschüttet wäre, sondern, sie würden Gefühle überhaupt erst erzeugen, die ohne sie nicht da wären. Den Kunstwerken wird ihr reflexiver Charakter abgesprochen und ein schöpferischer angedichtet. So wird in der Kunst die Möglichkeit einer positiven Transzendenz behauptet, die ganz aus ihr selbst heraus sich erheben könne. Die Kunstwerke sollen nicht länger negative Kritik, Reflexion, Widerspruch, Anklage sein, sondern einen positiven, bejahenden Inhalt haben: sie sollen die Menschen ganz aus sich heraus zerstreuen, erfreuen, erheben. Doch gerade da die Kunst immer auf die Gesellschaft bezogen bleibt und sich aus deren Verhältnissen heraus spinnt, kann sie nur Ausdruck der gesellschaftlichen Katastrophe sein und ihre Transzendenz nur aus der Einsicht in die Notwendigkeit von deren Negation ziehen, ihre Utopie, ihr Glücksversprechen also bloss negativ formulieren als Verzweiflung an der Verzweiflung. Sie kann aus sich heraus keinen positiven Trost geben. Die Versöhnung würde eine radikale Veränderung der Gesellschaft bedingen. Wo Kunst selbst unmittelbar positiven Trost spenden will, driftet sie, ihrer Intention, nicht unbedingt ihrem objektiven Gehalt und Ausdruck nach, deshalb ab ins Rückwärtsgewandte, Dekorierende oder Esoterische und

Pablo Picasso: Guernica (1937)

Spirituelle. In ihrer Geisteshaltung und ihrem falschen Selbstverständnis nähert sich auch die moderne Kunst so einer heraufziehenden Haltung an, die die Zerstörung aller authentischen Kunst wollte. In ihrer intellektuellen Variante formiert sich diese als Verbindung der irrationalistischen idealistischen Philosophie mit der rohen Dummheit der übermenschelnden Barbaren. Eine Verbindung, die diejenigen VertreterInnen der «hohen» Kultur eingingen, die den realen übersteigernden Rückfall in die totale Barbarei unter dem Hakenkreuz mit schöngeistigem Geschreibe begleiteten. Zu solcher Schöngeistigkeit taugte die radikale Kunst freilich nicht. In ihrem begrifflichen Unvermögen der Ausdruckskraft der eigenen Bilder gegenüber, das auch Kandinskys Text in seinem weiteren Verlauf in theosophische Abstrusitäten abdriften lässt, vermochten sie den neuen Herrenmenschen aber nichts entgegenzusetzen als den unbegriffenen Gehalt der Werke selbst.

Verstummen in der Katastrophe

Genau dieses Unvermögen begleitete die Kunst der frühen Avantgarden und weiter auch gerade die radikalen Ansätze einer Kunst im 20. Jahrhundert überhaupt und liess die KünstlerInnen immer wieder dort Halt suchen, wo es keinen Halt gab. Die Zivilisation, wie sie sich anfangs des 20. Jahrhunderts zeigte, hatte alles andere als ein Paradies gebracht. Dem Heilsversprechen des kapitalistischen Fortschritts war gründlich zu misstrauen; die Menschen verzweifelt, entfremdet. Der deutsche Expressionist Ernst Ludwig Kirchner stellte die Stadt Berlin, in die er 1911 übergesiedelt war, als ein bedrohliches Durcheinander von schwankenden Strassen und Häuserfassaden dar, die Menschen in diesem Strudel als bedrohlich und bedroht zugleich, ohne Trost, ohne Perspektive. Statt aber trotzig nach vorn zu blicken und dem falschen kapitalistischen Fortschritt einen menschlichen entgegenzuhalten – und sei es auch nur negativ –, suchten die Expressionisten, egal ob französischer, deutscher oder russischer Prägung, eine Rettung in der naiven Verklärung vergangener oder exotischer Kulturen, die sie überdies umso weniger ernst nahmen, je versessener sie darauf aus waren, in ihnen das «unverfälschte», echte, natürliche Leben zu finden. Bezeichnender Weise sprechen die Bilder selbst aber eine andere Sprache: in den Südseebildern Paul Gauguins etwa bleiben vom erhofften Paradies gerade noch die grell-bunten Kleider der Tahitianischen Frauen übrig.

Diejenigen Künstler, deren Werk allmählich ganz der Abstraktion zustrebte – Kandinsky gehört zu ihnen – waren von dieser Art von utopistischer Rückwärtsgewandtheit vielleicht etwas gefeiter. Ihre Konstruktionen und Bildkompositionen verlangten nach einer gesteigerten Rationalität, die aber – wo sie sich selbst nicht mehr genügen konnte – dazu neigte, sich in spirituelle Scheinwelten zu transzendieren und durch die geschlagenen Bruchstellen statt emanzipatorischen Geist esoterischen Ungeist einströmen zu lassen. Andere wiederum, die konsequenter an der Rationalität ihrer Werke festhielten, drohten sich mit dieser als der herrschaftlich gegebenen zu begnügen und die Kunst in Design oder Ornamentik des Bestehenden überzuführen. Piet Mondrian, die Bauhaus-Künstler oder der russische Konstruktivismus zeugen davon. Die frühen abstrakten Versuche drifteten so nur allzu schnell ins Spirituelle oder Dekorative ab.

Doch auch die auf der Figürlichkeit beharrende Malerei stiess mit ihren Ausdrucksmöglichkeiten an eine jähe Grenze. In den Jahren 1914-1919 tobte der Erste Weltkrieg und hinterliess Millionen von Toten, Hunger, Elend. Noch einmal versuchte die Kunst zu reagieren. Maler wie Otto Dix, George Grosz oder Oskar Kokoschka schufen Werke von grosser Ausdrucksstärke, die durch eine Wiederaufnahme der figürlichen Malerei unter neuem Vorzeichen und das Aufgreifen unmittelbar politischer und sozialer Themen direkt gesellschaftlich intervenieren wollten. Mit dem Beginn des nationalsozialistischen Terrors in den 30er Jahren schienen diese Werke aber zu verstummen. Vor der organisierten Bestialität der Shoa musste die figürliche Kunst dann vollends kapitulieren. Alle kunsthistorischen Einreihungen beiseite lassend, liesse sich Picassos «Guernica» aus dem Jahr 1937 als das vielleicht letzte Gemälde einer immer noch figürlichen Malerei betrachten, das mit aller Wucht direkte Anklage und Verzweiflung zum Ausdruck bringen konnte. Picasso hatte es gemalt nach der Bombardierung des spanischen Städtchens Guernica durch deutsche Bomber. Vor dem, was danach kam, vor dem, für was in seiner letzten Konsequenz der Name Auschwitz steht, drohen alle künstlerischen Mittel ganz zu versagen.

Die Realität gewordene Möglichkeit des Naziterrors und des Zweiten Weltkrieges offenbarte Wahrheit und Lüge der neuen Kunst gleichermassen: Wahrheit, indem die authentischsten Kunstwerke die Gesellschaft im Namen des lebendig Menschlichen negiert hatten, aus der heraus sich die reale Katastrophe erheben konnte; Lüge, weil mit deren schierer materiellen Brutalität alle positiven Versprechen und Einflüsterungen einer Kunst zu Staub zerfallen mussten, die schon durch ihren Bildcharakter immer auch im Schein verhaftet war. Der Wahrheitsgehalt der Kunstwerke aber macht sie zu einem Moment des menschlichen Emanzipationsprozesses. Sie halten das Differenzierende, Subtile, Leidende, zum Schweigen gebrachte hoch gegen die Verrohung und immer drohende Barbarisierung aller Lebensbereiche unter der totalisierten Herrschaft des Kapitals – wie ohnmächtig und von Schein umgeben ihre Stimmen auch immer sind. Nur eine kritische Rezeption, die den objektiven Gehalt der Kunstwerke entschieden gegen alle falsche subjektive Intention von KünstlerInnen und RezipientInnen verteidigt, ohne ihn selbst einfach vereinnahmen zu wollen und zu können, kann die Kunst vor ihrer Verharmlosung retten. Eine solche Rezeption kann die Kunst nicht selbst aus sich heraus erbringen. Sie ist die Aufgabe einer progressiven, kritischen Linken, die die Kunst als objektiven Teil des Kampfes um Befreiung verstehen lernt. Dies – und keine dogmatischen Forderungen an die Kunstschaffenden – wäre die anzustrebende Politisierung der Kunst. ■

Diesem Artikel liegen folgende Bücher wesentlich zugrunde:

Theodor W. Adorno, Ästhetische Theorie

Uwe M. Schneede, Die Geschichte der Kunst im 20. Jahrhundert

Harrison Wood (Hrsg.), Kunsttheorie im 20. Jahrhundert

Wo sind die Rebellen geblieben

Der «Schweizer Film» existiert nicht. Und doch muss es so etwas wie einen schweizer Film und eine schweizer Filmproduktion geben, denn sonst würden all die Debatten um Filmgesetz und Erhöhung des Förderungskredites in luftleerem Raum stehen. Abgesehen jedoch von den vielen Zeitungsartikeln, die über eben diese Kontroversen berichten, wird der schweizer Film kaum wahrgenommen. Aber er existiert und kann bereits auf eine einigermassen lange und zwiespältige Geschichte zurückblicken.

von Elvira Isenring

Bis zum Zweiten Weltkrieg gelang es den tapferen Eidgenossen, sich im kulturellen Bereich mehr oder weniger vor der Moderne zu schützen. Sie zogen es weiterhin vor, ihre bäuerliche Tradition zu pflegen, obschon diese längst keinen Bezug zur gesellschaftlichen Realität und zur aktuellen Produktionsweise mehr hatte. Die Schweiz wies eine fortgeschrittene industrielle Produktion auf und hatte im internationalen Handel und im Bankwesen eine nicht zu unterschätzende Bedeutung errungen. Ein konservatives Land spiegelt sich in seiner Kultur, und dieser Kulturkonservatismus schlägt wiederum auf das Bewusstsein der Menschen zurück.

Erste Atemzüge

Die Spur der ersten Versuche, sich mit der potenziell progressiven Errungenschaft Film herumzuschlagen, führt zurück in die 20er Jahre, wo man sich mit Vorliebe dem Genre «Heimatfilm» widmete und damit einen Weg fand, das Alte mit dem neuen Mittel zu konservieren. Es entstanden Filme wie «Der Kampf ums Matterhorn» oder «Die Entstehung der Eidgenossenschaft», der ein ins Schweizerische übersetzte «The Birth of a Nation» sein sollte. Dargestellt wurde das harmonische Leben auf dem Lande, die Bergwelt bis ins Unendliche mystifiziert. Doch wäre es falsch, diese Filme als naiv und verklärt zu belächeln, denn ihr ideologischer Gehalt weist bereits auf das, was spätestens in einem Film wie «Die rote Pest» explizit zum Ausdruck kommt, nämlich die generelle antisemitische, antikommunistische und nationalistische Haltung.

Was sich bisher in den Händen einzelner Unternehmer abspielte, die sich durch die neu entdeckte Ware Film Profit erhofften, wurde durch die Zuspitzung der politischen Situation, dem Aufkommen des Faschismus, ein politisches Thema. Ab dem Jahre 1935 ist der Regierung der mehr oder weniger intensive Wunsch eines eigenen Filmschaffens ans Herz gewachsen, um sich vor der «Überfremdung» des Filmangebotes zu schützen und vor allem, um die kulturelle Identität des Landes in den kommenden schwierigen Zeiten zu festigen. Unter dem Programm der geistigen Landesverteidigung, das bis in den kulturellen Alltag hineinfloss, stellte sich der Film ganz in den Dienst der nationalen Selbstbesinnung. Eifrig wurde das Klischeebild Schweiz reproduziert – die Schweiz als Naturidylle, in der die Menschen glücklich, konflikt- und klassenlos leben. Durch die politische Isolierung während des Zweiten Weltkrieges wurde die Entwicklung einer eigenen Filmproduktion endgültig unausweichlich. Doch trotz vermehrten Filmschaffens blieben unter diesen Umständen kritische Filme aus.

Nach dem kurzen «Aufblühen» strebte die Schweizer Filmproduktion, nachdem das Gewitter vorübergezogen und das kleine Biotop Schweiz schadlos davongekommen war, wieder ihrer Verwelkung zu. Denn es wurde ihr der Nährboden entzogen, auf dem sie erst zu gedeihen anfing – die Abkehr von der bösen Welt draussen und die Zuwendung zum Eigenen musste nicht mehr länger propagiert werden.

In den ersten Jahren der Nachkriegszeit entstanden wenige Bauern- und Kleinbürgerfilme, die es verstanden, den Vorlagen, deren sie sich bedienten und die wenigstens einen Hauch sozialkritischen Denkens aufwiesen – wie zum Beispiel Gotthelfs Uli-Romane – diesen letzten kritischen Stachel zu ziehen. Die aktuelle Brisanz ausser acht lassend, zeigen Filme wie «Ueli dä Pächter» und «Ueli dä Chnächt» nicht mehr auf, als einmal mehr das Leben und die Arbeit eines Bauern, tüchtig und gottesfürchtig.

Es wagte kaum jemand, sich mit dem Zeitgeschehen, mit den politischen Aktualitäten weder innerhalb noch ausserhalb der Landesgrenze auseinanderzusetzen.

Film als Kritik

Die eigentliche Geburtsstunde des schweizer Filmes ist im Jahre 1964 anzusiedeln. Im Rahmen der Landesausstellung, der Expo 64, wurden erstmals neue Akzente gesetzt. Neben den gross angelegten Armee- und Landschaftverherrlichungsfilmen waren auch Kurzfilme von Regisseuren zu sehen, die den Film als kritische Stimme verstanden und sich mit dem Zeitgeschehen auseinandersetzten. Themen waren zum Beispiel die Immigration billiger Arbeitskräfte, die Wohnungsnot, der Konsumismus.

Seit diesem Jahr gibt es in der Schweiz auch eine staatliche Filmförderung, doch ausschliesslich für «kulturell wertvolle» Dokumentarfilme. Weitere 5 Jahre verstreichen, bis auch der Spielfilm finanziell unterstützt werden kann, sofern er einen «kulturellen Wert» aufweist. Die Sparsamkeit des Bundes der Filmförderung gegenüber zieht sich bis ins Heute fort.

Im Zuge der politischen Unruhen Mitte der 70er Jahre begann auch in der Filmproduktion ein anderer Wind zu blasen. Die 68er-Generation verstand es, den Film als ihr Sprachrohr zu benutzen. Mit bescheidenen Mitteln entstanden viele kritische Filme, die auch auf ein kritisches und politisch bewusstes Publikum stiessen. Es wurde wild drauflos experimentiert, mit Konventionen gebrochen, ein neuer Film ins Leben gerufen. Die Reaktionen von Seiten der Bürgerlichen auf dieses wilde Treiben der Filmemacher (auf die weibliche Form kann leider bis ins Jahr 1990 verzichtet werden), die versuchten, Risse in die Gesellschaft zu schlagen, aufzuwühlen, auf die Missstände der Welt aufmerksam zu machen, war scharf. In diesem repressiven Klima wurde vermehrt auf den Dokumentarfilm gesetzt, da dieser mit einem kleineren Aufwand realisierbar war. Ziel war es, einen differenzierten Blick auf die Welt zu werfen, sich

direkt ausserparlamentarisch in die politische Diskussion einzuschalten, aufzuklären. Der unabhängige Dokumentarfilm erlangte 1974 einen ersten Höhepunkt. Verschiedene Filme spiegelten die gesellschaftlichen Verhältnisse und Probleme, sie zeigten ein kritisches Bild der Schweiz und trugen dieses auch in die Welt hinaus. Sie bohrten in den Wunden. Besondere Sprengkraft hatten Filme, die das wahre Gesicht der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs aufzeigten, ein Thema, das auch 30 Jahre nach Kriegsende noch völlig tabuisiert war. «Die Erschiessung des Landesverräters Ernst S.» aber auch «Das Boot ist voll» lösten heftige politische Debatten aus.

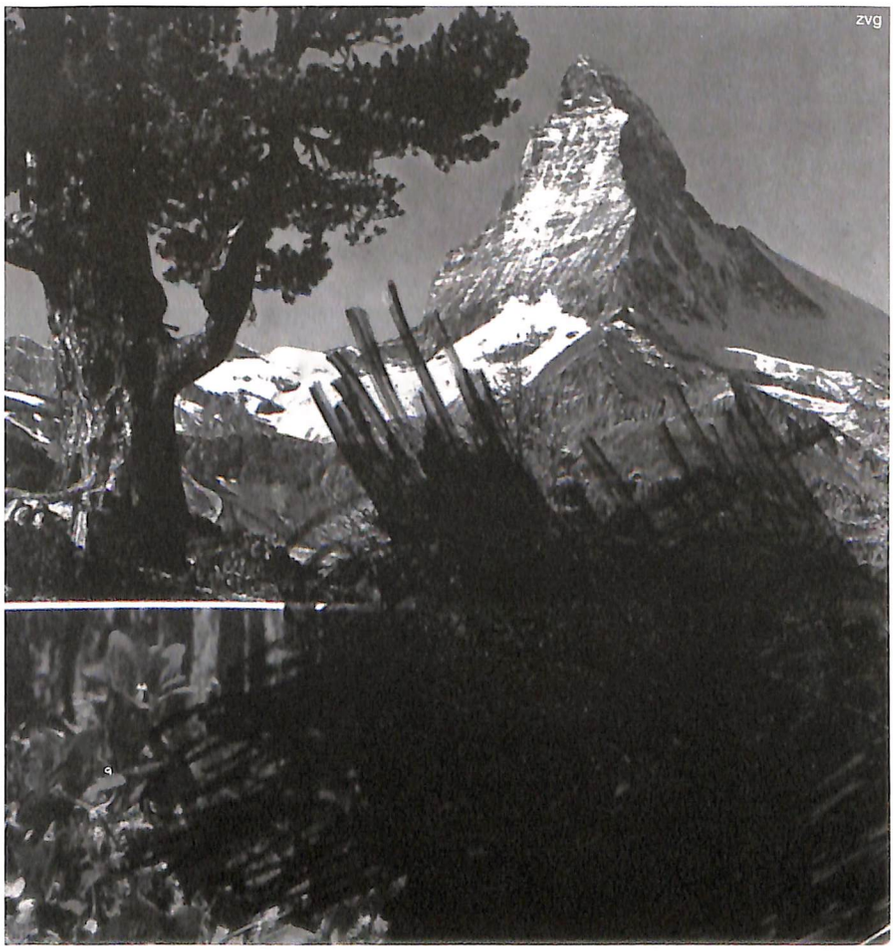
Mit der Zeit und unter den immer schwieriger werdenden Produktionsbedingungen drohte die erste Aufbruchstimmung langsam abzuflauen. Die 80er Bewegung liess die Revolte nochmals kurz aufleben. Es entstanden Werke, die die neuen Ideen und Utopien mittels bescheidener Mittel, dafür mit einer grossen Authentizität zum Ausdruck brachten. Die Welt staunte nicht schlecht, als sie die Zürcher Bahnhofstrasse – Kennzeichen des Geldes und des Reichtums – in Schutt und Asche zu sehen bekam. Der Film «Züri brännt» schaffte sogar den Weg ins Kino. Es entstanden eigene Produktionsfirmen, die zum Teil heute noch existieren. Doch die Rebellen von gestern sind die Geschäftsmänner(frauen) von heute geworden. Aus ist der Elan, der Gesellschaft etwas anderes entgegenzusetzen. Der schweizer Film hat seinen rebellischen Charakter, den Reiz des Aufbruchs, verloren. Spielfilme werden kaum mehr, weder national noch international, beachtet. Nur Dokumentarfilme, auch wenn sie völlig konventionell gemacht sind, haben noch eine Chance.

Revolution als Marketing-Gag

Vielleicht ist es Nostalgie, vielleicht eine Art individuelle Vergangenheitsbewältigung oder einfach kalkulierte Geschäftstaktik, dass die Zeiten von damals wieder heraufbeschworen, die politischen Bewegungen der 70er und 80er Jahre erneut ins Zentrum dokumentarischen Erzählens gerückt werden. Seit mehr als einem Jahr wird das Kinopublikum mit Filmen wie «Do it», «Camenisch – mit dem Kopf durch die Wand» oder «Tod und Verhör in Winterthur» beglückt. Was diese Filme miteinander verbindet, ist die Tatsache, dass sie zwar über Rebellen erzählen, ihnen aber allen der Geruch der Rebellion abhanden gekommen ist; dass durch sie nicht ein politischer Diskurs ausgelöst, sondern vielmehr die Abwendung vom politischen Denken zementiert wird; dass sie der Schweiz nur ein freches Image verleihen, den status quo selber aber nicht angreifen.

«Do it», realisiert von Marcel Zwingli und Sabine Gisiger, erzählt von einer in den 70er Jahren in Zürich politisch tätigen «AktivistInnengruppe». Durch Daniele von Arb, einen der Protagonisten dieser Gruppe, erfährt man in einem langen, den ganzen Film durchziehenden Interview, von ihren Aktionen: wie sie das Militärdepot ausgeraubt und Sprengsätze gelegt haben und wie der Staat darauf geantwortet hat. Heute im Reich der Esoterik schwelgend, belächelt er seine Vergangenheit, die früheren Ideale, denn im Gefängnis ist er zur Einsicht gekommen, dass äussere Weltveränderungen lediglich die illusionären Projektionen innerer Wünsche in die Aussenwelt seien. Weitere Mitglieder der AnarchistInnenengruppe, denen die wenigen politischen Statements zu verdanken sind, kommen zwar zu Wort, sind aber völlig an den Rand gedrängt. Auf den politischen Kontext und auf das, worum es dieser Gruppe und der Bewegung, aus der sie entstammte, damals ging, wird gar nicht eingegangen.

Im Film «Camenisch – mit dem Kopf durch die Wand» von Daniel von Aarburg geht der bündnerische und heute in Berlin lebende Schriftsteller Silvio Huonder der Spur Camenischs nach. Camenisch, den er in seiner Jugend gekannt hatte, sitzt heute in Italien im Gefängnis und auch hier in der Schweiz erwarten ihn nichts anderes als Gefängnisstrafen. Er wehrte sich in seiner Jugend gegen die durch Verkehr, Tourismus und Elektrizitätswirtschaft fortschreitende Verschandelung der Bergwelt mittels Sachbeschädigungen und bekam dafür 10 Jahre Zuchthaus ausgesprochen. Ihm gelang die Flucht, doch auf seinem Weg in die Freiheit brachte er gemäss Film einen Zollbeamten ums Leben. Schliesslich wurde er in Italien festgenommen.


zvg

Silvio Huonder hat selber den Militärdienst verweigert und wurde dafür zu 10 Monaten Haft verurteilt, die er aber nicht absass. Er setzte sich stattdessen nach Berlin ab. Er erörtet die Fragen, warum er selber, obschon Teile seiner Biographie mit der Marco Camenischs identisch seien, heute ein so privilegiertes Leben als Familienvater und Schriftsteller führen kann, während der andere im Gefängnis schmort, warum der eine hier und der andere da landet, warum einige Leute seiner Generation nach anfänglichen Schwierigkeiten ihren Platz in der Gesellschaft doch noch gefunden haben und andere nicht. Es ist ihm weiter ein Rätsel, warum es in einem so schönen Land wie der Schweiz, mit seinen Bergen, Seen und Tälern, so viele unglückliche Menschen geben kann. Soviel zum politischen Bewusstsein der Erzählfigur und zu den Fragestellungen, die der Film aufwirft.

Richard Dindo hat mit seinem Film «Tod und Verhör in Winterthur» – ein Film über die Winterthurer Ereignisse von 1984 – zielsicher in seine Trickkiste gegriffen und hat eine in politischen Zusammenhängen Verstorbene ausgegraben, um ihr ein filmisches Denkmal zu erbauen. Einmal mehr beschwört er damit den Opfermythos herauf. Auch in Winterthur gab es in den 80er Jahren mit der Gesellschaft nicht zufriedene Jugendliche, die sich, so wie es scheint, nur mittels Sprayaktionen und Sprengstoffanschlägen verbalisieren konnten. Auch hier endet die Geschichte mit dem Zuschnappen der Repress-ionsfalle. Eine junge Frau nahm sich während der Untersuchungshaft das Leben. Die befragten Personen besinnen sich des Selbstmordes und des sich gegenseitigen Hochschaukelns von Aktionen und Reaktionen der Polizei. Die Staatsgewalt ihrerseits findet die Gelegenheit, ihr damaliges Vorgehen noch einmal zu legitimieren. Alles wird an den Anschlägen aufgehängt, darüber hinaus scheint es politisch nichts interessantes zu geben, kritische Fragen werden nicht gestellt.

Alle drei Filme konzentrieren sich auf die spektakulären «Tätsch Bumm»-Geschichten, machen alles an einem Aktionismus fest, der nur eine, nicht immer sinnvolle, Äusserungsform eines in der Gesellschaft steckenden Widerspruchs ist, der dabei in den Hintergrund gedrängt wird. Dies ist nicht alleine das Problem der Filme, sondern auch der politischen Bewegungen selber, über die sie berichten. Da alles an der Gewaltfrage aufgehängt wird und eine wirkliche politische Auseinandersetzung und Perspektiven fehlen, sagen sie nicht mehr aus, als dass man eben mit revolutionären Gesellschaftsveränderungsideen nicht weit kommt. Alles kann unter der Rubrik «es war einmal» abgebucht und belächelt werden, obschon sich die Probleme von damals in der Zwischenzeit zwar verändert, nicht aber aufgelöst haben.

Szene aus «Verhör und Tod in Winterthur»

Neue Impulse

Ein Film, der wieder in schweizerischen Angelegenheiten wühlt, ist der Kurzspielfilm «Tod im Exil» der jungen Regisseurin Ayten Mutlu, ein Film, der sich mit der aktuellen Ausschaffungspraxis der Schweiz auseinandersetzt, die nun schon mehrfach zum Tod von Ausschaffungshäftlingen geführt hat. Der Film zeigt auf, was sich sonst im Verborgenen, hinter den Mauern der Gefängnisse abspielt. In der Zeit zwischen dem Prozess gegen die Polizisten und den Arzt, die bei der Ausschaffung Khaled Abuzarifas anwesend waren und der Anklage der Schweiz beim internationalen Gerichtshof wegen ihrer unzulässigen Ausschaffungspraxis war der Film an den Solothurner Filmtagen zu sehen. In der Schweiz wurde der Film noch nicht speziell gewürdigt – zu sehr sind die sogenannten Rebellen von damals bemüht, ihr selbst aufgebautes Gärtchen für sich zu beanspruchen und zu pflegen. Ohne Beziehungen und persönliche Kontakte ist es schwierig, eine Anerkennung zu erlangen. Doch genau dieser Film hat das geschafft, was schon Jahre keinem schweizer Film mehr gelungen ist, nämlich den Weg nach Cannes, dem bedeutendsten Filmfestival Europas, zu finden. ■

CSS
www.css-zh.ch
Centrale Sanitaire Suisse
CSS Zürich
Ambulanzen statt Konferenzen!
Helfen Sie mit, die medizinische Notversorgung in Palästina aufrecht zu erhalten!
Vielen Dank für Ihre Spende!
PC-Konto 80-7869-1

Es gibt keine richtige Rezeption im Falschen

Das scheinbar grösste Problem der Neuen Musik ist, dass kaum jemand um ihre Existenz weiss. Fände sie aber ein breiteres Publikum, wäre ihr damit nicht geholfen.

von Lukas Müller

Die Neue Musik nach 1950 kommt dem modernen Hören entgegen. Dies mag unverständlich erscheinen, ist sie doch alles andere als massentauglich. In ihrer darin begründeten ständigen Gefährdung findet sich auch ein letzter Rest jener Verweigerung falschen Konsenses, der sie einst ihr Neues verdankte. Im eng begrenzten Zirkel ihrer KonsumentInnen aber beginnt sie, ihre Funktion der den Massen zugedachten Musik immer mehr anzugleichen: Sie bescheidet sich auf die Reproduktion immergleicher Gesten, um so die der kapitalistischen Produktionsweise immanente geistige Vertrocknung ihrer Subjekte unter dem Vorwand der Linderung immer stärker zu verfestigen. Von der Unterhaltungsindustrie geknetet und zugleich geschult im geduldigen Genuss von Zusammenhanglosem, dient dem/der aufgeschlossenen HörerIn der Konsum von Neuer Musik dazu, Sinn- und Geistlosigkeit, welche ein Hauptkonstituens menschlichen Daseins im Kapitalismus darstellt, in die Kunst hineinzutragen und sie dennoch als hohe geniessen zu dürfen. Ob diese Sinn- und Geistlosigkeit in der Musik selbst vorhanden oder nicht, spielt so für das KonsumentInnenohr eine untergeordnete Rolle, ist das Ausblenden ihres objektiven Gehalts doch Bedingung dafür, dass die Neue Musik nicht mehr wütend abgelehnt wird. Die Tatsache, dass Aufführungen von Werken Luigi Nonos, Helmut Lachenmanns oder Arnold Schönbergs nicht mehr als skandalös empfunden werden ist deshalb alles andere als positiv zu werten. Das Dasein hinter Glas, welches der Neuen Musik heute – der Gnade von GeldgeberInnen, welche die Existenz jener Tonkunst für verkaufsfördernd erachten, auf Gedeih und Verderb ausgeliefert – gewährt wird, ist mit völliger gesellschaftlicher Irrelevanz teuer erkauft.

In der Nische der Fans des «hohen» Kulturbetriebs zeigen sich dieselben Muster wie überall. Das Spiel ist von vornherein abgekartet, die Reaktionen eingeübt, die Belanglosigkeit des Gebotenen Teil der Abmachung. Das Diktum von John Cage, dass jedes Geräusch Musik sei, wenn es als solche gehört wird, findet so in pervertierter Art zu sich selbst: In den Ohren des Konsumenten und der Konsumentin wird alle Musik zum Geräusch. Musik, welche sich nicht an obige Abmachung hält, befindet sich in einer paradoxen Situation. Diese stellt sich immer dann ein, wenn ein authentisches Kunstwerk dargeboten wird, sei es nun von Haydn, Schönberg, Eisler oder Lachenmann: Vom Rahmen, in welchem sie gespielt und rezipiert werden kann, entschärft, fliesst die Musik über die Köpfe der Anwesenden hinweg ins Leere, spricht zu einem Subjekt, welches durch völlige Abwesenheit glänzt. Der Inhalt der *«wahren Flaschenpost»* bleibt, zur Beruhigung aller, unverstanden, die Flasche jedoch ist zum Fetisch mutiert und liegt lächerlich hilflos in den Fängen der Konservativen, welche sie hätscheln, auf dass sie nie und nimmer zerbrechen möge.

Das verzweifelte Argument, dass Neue Musik die Traditionslinie, in welcher auch sogenannte «Klassiker» stehen, weiterführt, deshalb auch ihren festen Platz im als letztes institutionalisiertes Bollwerk gegen die musikalische Barbarei verstandenen Konzertbetrieb einnehmen muss, hinkt. Schon die aufklärerische Gewalt Haydns wirkt verloren in jenem Rahmen. Ein Zustand völligen Akzeptiertseins, als welcher sich kapitalistische Verwertbarkeit, wie sie die «Klassiker» – dem Nichtverstehen ihres Gehaltes sei Dank – schon lange erfahren haben, äussert, kann für eine Musik, die aus sich selbst sich als emanzipatorisch verstehen muss, nicht erstrebenswert sein.

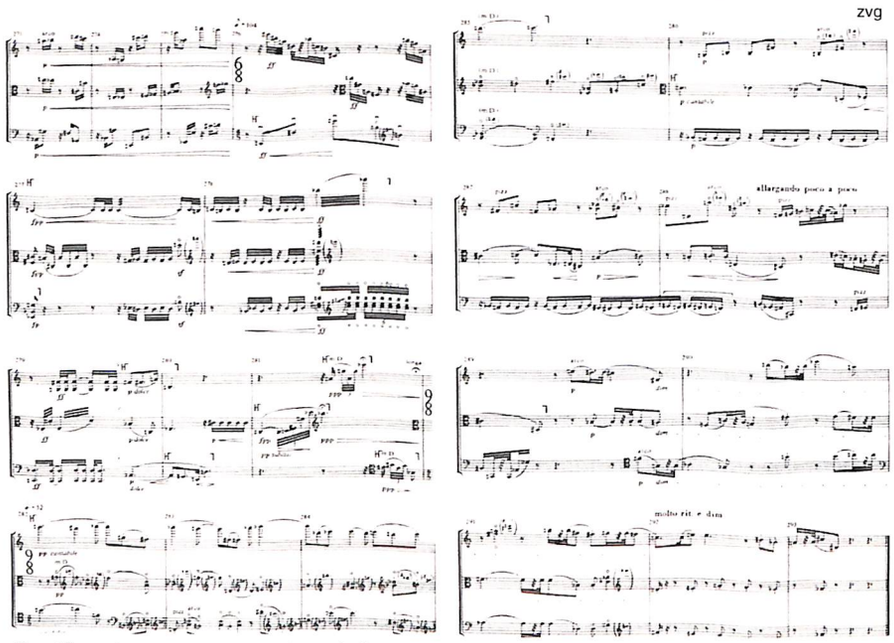
Böte sich der Neuen Musik die Möglichkeit, in verstärktem Mass aus dem meist ihr zugedachten bürgerlichen Konzertbetrieb herauszutreten, das reaktionäre Korsett, in das sie sich gezwängt sieht, zu sprengen, um so vielleicht das Denken von Subjekten der Kulturindustrie sowie dasjenige ihrer selbst aus dem selbstverordneten Dornröschenschlaf zu wecken, wäre die dadurch errungene Freiheit eine zweischneidige. Die Rezeption, welche die Neue Musik in jenem Feld – nennen wir es «alternativen Kulturbetrieb» – erführe, brächte sie rein oberflächlich zwar näher zu ihrem objektiven Zielpublikum, entfernte sie aber mehr denn je von sich selbst; die ihren authentischen Produkten innewohnende subversive Kraft würde im besten Fall gleichsam als den Konsum legitimierender Ballaststoff wieder ausgeschieden. Nicht umsonst jedoch wird in der alternativen Kulturszene die improvisierte Musik oftmals geschätzt, kompliziert Komponiertes verworfen: Das Ressentiment gegen das Verständnis erheischende, aber nicht verstandene, erklärt sich im Erinnertwerden an die eigene Befangenheit im Unfreien, und sich dieser Zumutung auszusetzen ist, auch von sich «links» fühlenden Leuten, oft zuviel verlangt: Gerade in jenem Bereich, in welchem sich die Unfreiheit am drastischsten zeigt, in der eigenen eingeschränkten Wahrnehmungsfähigkeit, will man sich in Freiheit wähnen. Dass Musik, die sich in einem «alternativen» Rahmen bewegt nicht mehr ein Hort der freien Entfaltung ist oder noch nie war, zeigt sich schon lange an den vermeintlich noch nicht von der Industrie korrumpierten Formen der Schlagermusik, bekannt auch als «Rock», «HipHop», «Punk», oder wie diese verschiedenen Dialekte auch immer heissen mögen (Natürlich sind immer die «alternative»-Versionen, die noch nicht vollkommen kommerzialisierten Erscheinungsformen, gemeint), über die sich manch sogenannte «Subkultur» definiert, beschränkt sich doch die vermeintliche Freiheit meist auf einen blossen aus den weniger entwickelten Produktionsmitteln sich ergebenden Gestus, der als *«Luft von anderem Planeten»* geatmet wird. Trotzdem ist es jener Duft falscher Freiheit, welcher der gelun-

genen Schlagermusik ihren Reiz gibt, den Reiz des verzweifelten Versuches, in katatonischer Erstarrung hilflos auf etwas hinzuweisen, was die der verwendeten musikalischen Sprache immanente Affirmation des Bestehenden niemals zulassen kann. Wird so von kritisch denkenden Menschen die Musik, über welche sie sich und teilweise auch ihre Kritik definieren, bestenfalls noch unbewusst auf ein Element des verzweifelt hilflosen Einspruchs hin untersucht, der völlige Verzicht auf den von der Musik nur gelogen werden können- den Widerstand, die reine und unverstellte Affirmation also, noch abgelehnt, kann komplizierterer Musik kraft der bequemen Regression meist nurmehr mit fassungslosem Unverständnis begegnet werden. Wird letzteres aber ins Positive gewendet, die scheinbar zusammenhanglose Klangwelt der Neuen Musik als Widerspruch gegen verknöcherte Konventionen des bürgerlichen Konzertbetriebes und der «klassischen Musik» verstanden und ihr deswegen applaudiert, sind wir wieder an einer Variation des Punktes angelangt, mit welchem dieser Abschnitt begann: Wer Lachenmann liebt und Mozart hasst, hat beide nicht verstanden.

Bemüht sich nun einE KomponistIn trotz allem, das Problem der Rezeption in die Komposition mit einzubeziehen, findet er/sie sich in einem praktisch unlösbaren Dilemma: Beugt man sich dem Diktat falscher Kommunikation nicht, ist noch das erfreulichste, was passieren kann, die böse wohlwollende Umarmung durch die HörerInnen. Will man den Kreis dieser «SpezialistInnen» durchbrechen, stellt sich ein anderes Problem: Weil die meisten an «alternativer» Kultur interessierten Menschen gewohnt sind an die sinnentleerte, reflexartige Verwendung von buntgeschmückten Dreiklängen, wären eben jene ein Ort, an welchem Kommunikation ansetzen könnte. Doch das Einbeziehen von Elementen aus Musik, welche sich der anheimelnden Wirkung längst überholter tonaler Konventionen bedient, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. (Musik wie diejenige von offenen Reaktionären wie Philipp Glass oder Arvo Pärt sei hiermit ausdrücklich nicht gemeint. Sie kann mangels aufklärerischer Intentionen auch nicht scheitern.) Dankbar werden solche Geschenke zwar von den RezipientInnen angenommen, nicht aber als gebrochene, denn sie als gebrochen wahrzunehmen erfordert das Einfügen dieser Elemente in einen Sinnzusammenhang. Es findet also nicht die intendierte Kommunikation statt, kein Denken wird angeregt, sondern angenommen wird die Anbiederung, als welche allein sie wahrgenommen werden kann. Als Extrembeispiel dafür kann die Rezeption der kommunistischen Kampflieder Hanns Eislers in der Linken gelten. Was dort an Eislers Liedern heute noch geliebt wird, falls erstere nicht wegen des vermeintlichen Autoritarismus ihrer Texte verworfen werden (Den meisten ist dann doch das Gerechtigkeitsgedusel eines Manu Chao lieber), ist nicht das Subversive, welches verknöcherte Konventionen beispielsweise der preussischen Marschmusik sowie des dumpfen Schlagers auch auf musikalischer Ebene durchbricht und zum Denken anregt, sondern genau die im Durchbrochenen eingebetteten Reste jenes Dumpfen ergeben das Gefühl des Zuhauseseins, aufgrund dessen Eisler konsumierbar wird. Die Musik Eislers wird so jeglichen progressiven Gehaltes beraubt, daran ändern auch ihre Texte nichts mehr. Natürlich gibt es immer noch Leute, die glauben, der progressive Gehalt von Musik liesse sich allein an den zugehörigen Texten festmachen. Es käme aber wohl kaum jemandem in den Sinn, das Verzehren eines mit Hammer und Sichel verzierten McDonalds-Hamburgers als revolutionäre Tat zu bezeichnen.

Trotz dieser desolaten Situation kann der Neuen Musik ihre Bedeutung nur auf der Rezeptionsebene zurückgegeben werden. Ob eine politische Bewegung sich der Befreiung oder der Regression verschrieben hat, misst sich nicht zuletzt an ihrer Fähigkeit, Kunst in Theorie und Praxis ernstzunehmen und als integralen Teil des Kampfes um Befreiung zu begreifen. Eine Rezeption, welche der Musik, nicht nur der Neuen, ihre politische Irrelevanz nehmen will, muss Musik zuerst als politisch relevante wahrnehmen können. Das Aufklärerische an musikalischen Produkten festzumachen ist nur möglich, wenn ein Instrumentarium vorhanden ist, es zu erfassen. Die linke Theorie kommt deshalb nicht umhin, will sie sich selbst als emanzipatorisch verstehen, sich jenes Instrumentarium anzueignen. Denn nicht erweiterte Konsumbereitschaft ist erstrebenswert, sondern die Fähigkeit, blossen Konsum zu verweigern, Belangloses abzulehnen. Neue Musik wieder ernstzunehmen bedeutet, sie radikal und ohne falsches Wohlwollen zu kritisieren, die Flaschenpost immer wieder aufzubrechen und so deren Inhalt sich zum Eigenen zu machen. ■

zvg



Der Kampf um Befreiung scheut keinen Abgrund: Schönbergs Streichtrio, Schlusstakte

Film

Gosford Park

Regisseur: Robert Altman
Studio: USA Films
USA 2001

Der neue Film von Robert Altman - «Gosford Park» - gehört zu jenen Filmen, bei denen man es bereut, in Erwartung auf etwas Besseres, auf den Kauf der Tüte Popkorn verzichtet zu haben. Die Geschichte ist schnell umrissen: ein snobes Ehepaar lädt die gehobene Gesellschaft auf ihren herrschaftlichen Landsitz Gosford Park zur Jagd ein. Während dieses Aufenthaltes, der niemandem gross Freude bereitet, sondern mehr zur Formalität der Upperclass Grossbritanniens anfangs der 30er Jahre gehört, geschieht ein Mord, auf den das Publikum seit jenem Moment wartet, in dem die Giftflasche von der Kamera das erste mal gross erfasst wird. Auch die Ausschmückung der Story zu einem 134 Minuten langen Film bringt nichts Überraschendes und Sehenswürdiges hervor.

Wie viele Altman-Filme zeichnet sich auch dieser durch eine Vielzahl von Hauptpersonen und Handlungssträngen aus. Die verschiedenen Personen strahlen alle eine eigene Geschichte und Charakter aus, obschon der Regisseur bei ihrer Ausarbeitung mehr in der Kiste der verschiedenen Klischees gewühlt hat. Aber Klischees zeigen ja auch gerade darum etwas Echtes auf, weil sie, um Klischees zu sein, von irgendwoher ihre Berechtigung dafür haben müssen - die zickige Alte, der muskulöse charmante Diener, der seine Kindheit im Waisenhaus verbracht hat, das hübsche, etwas naive, unerfahrene Mädchen, der kleine zerstreute amerikanische Filmproduzent (Achtung: Hollywood versucht sich selbst zu ironisieren). Aber immerhin verzichtet der Film auf wirkliche SympathieträgerInnen.

An der Ästhetik ist nichts auszusetzen. Dem Inhalt entsprechend, strahlt sie eine gewisse Langeweile aus. Auffallend ist vielleicht, dass es in diesem glamourösen Herrenhaus an entsprechender Beleuchtung mangelt. In der Logik des Films, der in die dunklen Ecken dieses Klassensystems leuchtet und dabei vor allem auf das Leid der Bediensteten fokusiert, die von diesem Reichtum und Glanz ausgeschlossen sind, eine treffende Entscheidung. Der Film plätschert vor sich hin, ohne etwas unvorhergesehen geschehen zu lassen. Der konsequente Verzicht auf alles Spektakuläre ist vielleicht das Einzige, was dem Film wirklich gut zu heissen ist. Auch der Mord, für dessen Täterschaft alle Anwesenden in Frage kommen, sorgt für nichts Aufregendes. Das gutmütige Dienstmädchen läuft tränenüberströmt ins Zimmer ihres charmanten Arbeitskollegen, den sie der Tat verdächtigt. Er schildert ihr die möglichen Motive, die er für den Mord gehabt hätte, verneint dann seine Schuld, bis er schliesslich das ausspricht, was einem selber auf dem Herzen gelegen ist: who cares?

Der Film zeigt die Falschheit, Aufgezwungenheit, Brutalität und Langeweile dieses Milieus, das begleitet ist von einer generellen sexuellen Frustriertheit, die glücklicherweise nicht ausgeschmückt wird. Die missglückte Sublimation sexueller Triebe im Unterhaltungskino muss einem ja nicht so offensichtlich vor Augen geführt werden.

von Elvira Isenring.

Buch

«Sapere aude!» oder der Versuch einer katastrophischen Aufklärung

Dupuy, Jean-Pierre: Pour un catastrophisme éclairé. Quand l'impossible est certain; Seuil, Paris 2002

Am 1. März 2001 sprach der Philosoph und Stanford Professor für Philosophie und Ethik Jean-Pierre Dupuy vor dem «Commissariat général du Plan» in Frankreich, Symposium der französischen Wirtschaftsdenker und Oekonomen. Das Thema dieser Veranstaltung waren die «nouveaux risques», die neuen Risiken der Moderne, also Umweltprobleme, Gesundheit, Nahrung und Industrie.

Dupuy entschied sich mehr aus Ueberzeugung als aus Provokation die undankbare Rolle des kritischen Intellektuellen und den höchst ambivalenten Standpunkt des Katastrophisten einzunehmen. Dabei handelt es sich nicht um die Position eines enttäuschten Fatalisten der die Hoffnung an die Zukunft aufgegeben hat und in eine romantische Melancholie verfällt, sondern um eine höchst nüchterne und kritische Betrachtung unserer sogenannten sekuritären Gesellschaft, die mehr als je zuvor unter der Unsicherheit zu leiden hat. Dupuys Position des aufgeklärten Katastrophisten erforderte dann aber auch eine semantische Erweiterung des Terminus «Katastrophe», den er als die übertriebene Ausbreitung der Macht der Menschheit über die Welt versteht. Seine Rede vor dem «Comissariat du Plan» hatte einen für ihn zwar erfreulichen aber völlig überraschten Anklang gefunden und dazu geführt, dass er sie bei dem prestigeträchtigen Pariser Verleger «Seuil» herausgeben konnte.

Dupuys Buch glänzt mehr durch seine Vielfalt als durch die Tiefe seiner Gedankengänge. Ganz im Sinne vieler französischen Intellektueller, spielt er mit seinem Wissen, stellt es dar, setzt es in Szene, kommt in den Genuss schöner Wörter und eleganter Formulierungen und zeigt seinen Reichtum an «capital intellectuel». So verliert man schnell einmal den roten Faden und versteht nicht ganz, was er durch die vielen verschiedenen zitierten Denker und Philosophen, verschiedenen erklärten Gesellschafts- und Industriekritische Ansätze wie der «Konsequenzialismus», das Prinzip der Vorsorge und der Vorbeugung, erreichen will.

Wenn man aber dies abstrahiert und versucht die wichtigsten Gedanken seines Ansatzes herauszukristallisieren, lässt sich sein Standpunkt relativ einfach verstehen und seine Notwendigkeit nachvollziehen. Heute, nach der Katastrophe in New York und Washington mehr als je zuvor.

Der Ansatz Dupuys ist die Erkenntnis, dass die moderne Menschheit eine kaum zu ermessende Macht über sich selbst und über die Erde hat. Die Geschichte hat uns bis jetzt gelehrt, und dies mag vielleicht ein wenig naiv klingen, dass diese Hybris, diese Uebermacht eine ständige Bedrohung für uns und die Welt darstellt. Dupuy zitiert Hans Jonas, der sagt: «Es ist nicht mehr die Natur, die uns beängstigt, sondern unsere

Macht über sie für die Natur und für uns».

Daraus stellt sich für den Philosophen die Frage, wie mit dieser ständigen Bedrohung umzugehen sei, welche Ethik dem entgegnet werden müsste. In Frankreich gibt es relativ viele Denker, die sich dieser Fragestellung unterzogen haben, doch anstatt eine Rückkehr zu humanistischen Traditionen, so wie es zum Beispiel Jean-Claude Guillebaud in «La refondation du monde» fordert, verlangt Dupuy eine konzeptuelle Veränderung. Man soll der Katastrophe ins Auge schauen, sie jederzeit als möglich verstehen und unser Handeln dementsprechend anpassen.

Henri Bergson ist dafür ein gutes Beispiel. Dieser beschrieb bei Kriegsausbruch 1914 wie und mit welcher Einfachheit die als unmöglich erscheinende Kriegserklärung Deutschlands plötzlich eintraf. Die Katastrophe hatte sich ereignet. Daraus entwarf er die Idee einer zeitlichen Inversion, das heisst, dass das für uns unmöglich scheinende, da es plötzlich eintrifft, in der geschichtlichen Entwicklung doch als immer schon mögliches dagewesen und dementsprechend verstanden werden muss.

Die Möglichkeit einer Katastrophe geht dieser nicht voraus, sondern wird ihr vorausgegangen sein, wenn diese Katastrophe einmal eintritt. Dupuys Standpunkt, der bei Bergson ansetzt, ist also keineswegs fatalistisch, denn gerade in dieser Spannung zwischen Aktualisierung und Potenz sieht er die grosse Chance der Menschheit mit einer vernünftigen Betrachtungsweise die Kontrolle über ihre Macht wieder zu ergreifen, indem sie jederzeit mit einer Katastrophe rechnet.

Dies ist die eigentliche Grundidee Dupuys Prinzips einer Metaphysik der Realität der Zukunft («principe métaphysique de réalité de l'avenir»). Wir glauben an die Eventualität einer Katastrophe nur ab dem Moment, wo diese dann auch wirklich eintritt. Wir reagieren nur gegenüber ihrer Aktualität, dh. zu spät. In der traditionellen Metaphysik gibt es jedoch einen Begriff, der aus dieser Aporie führen kann. Die Katastrophe, da sie in Zukunft liegt, wäre zu verhindern, indem wir dieser Zukunft eine Realität verleihen, die nur die Gegenwart hat. Und dies ist genau das Ziel Dupuys metaphysischen Ansatzes.

von Nicolas Haesler

Untergrundkrieg

Haruki Murakami: Untergrundkrieg: Der Anschlag von Tokyo, du Mont, Köln 2002, 450 S.

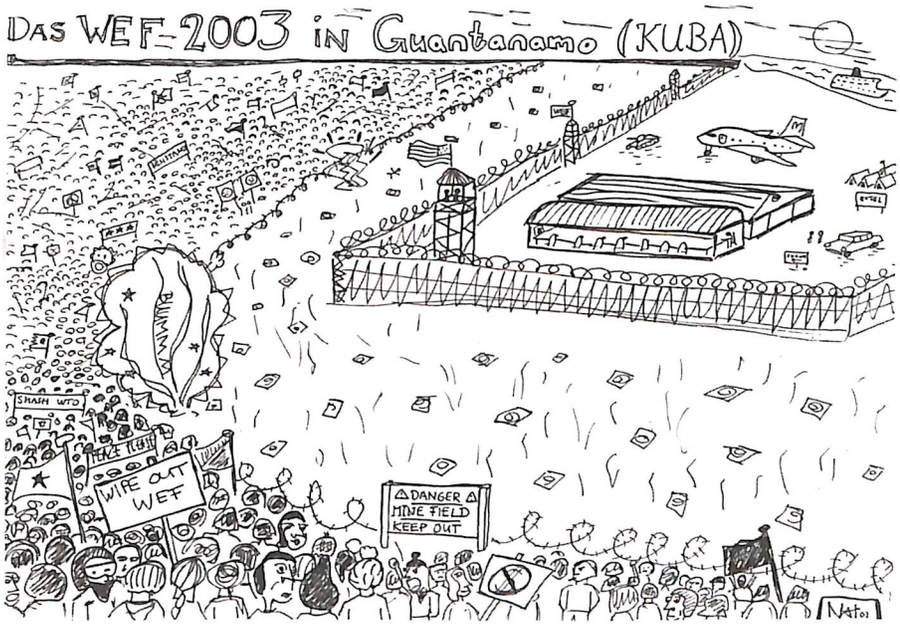
Strenggenommen ist «Untergrundkrieg» kein Buch über den vor sieben Jahren verübten Giftgasanschlag. Der Autor Haruki Murakami beabsichtigt weder den Hintergründen der buddhistischen Aum-Sekte noch den Beweggründen der in den Anschlag involvierten Sektenmitglieder auf den Grund zu gehen. Denn Murakami – so schreibt er, sich selbst erklärend – *«hat kein Interesse am so genannten* grossen Ganzen». Er ist Schriftsteller; gleichermassen beliebt bei Kritik und Publikum im japanischen In- und Ausland, wie es so schön heissen kann. Die Protagonisten von Murakamis Romanen entsprechen nicht dem hierzulande kursierenden Bild eines japanischen Durchschnitts-Ameisenmenschen. Stark beeinflusst durch die westliche Popkultur im Allgemeinen und die neuere amerikanische Literatur im Besonderen, beheimaten seine Romane den postmodernen Archetyp des Ewig-Suchenden. Dass sich ein solcher Autor eines Themas annimmt, das die japanische Öffentlichkeit ausgiebig beschäftigt hat, mag überraschen. Was weniger überrascht ist die Tatsache, dass eben jenes Buch diesen Frühling erstmals in deutscher Übersetzung erscheint. Allzuleicht erkennt man hinter den Geschehnissen die dieses Buch zum Anlass haben und der jüngsten Weltgeschichte den kleinsten gemeinsamen Nenner «Terrorismus» und dadurch das Kalkül des Verlags.

Nachdem man sich durch den Klappentext gekämpft hat, wo von «offenen» und «geschlossenen Geistessystemen» die Rede ist, man unliebsame Erinnerungen an – wer war das noch? – Popper niedergekämpft hat, bleibt einem nichts anderes übrig, als das Ding zu lesen. – Und wir werden überrascht. Die von Murakami zusammengestellten Interviews mit Betroffenen des Anschlages und Mitgliedern der Sekte, sowie die den zwei Teilen – in Japan wurden sie ursprünglich separat veröffentlicht – beigefügten Vor- und Nachworte entsprechen nicht den Drohungen des Verlegers. Das, was uns beeindruckt, ist paradoxerweise das Engagement, welches sich in den Aufzeichnungen bemerkbar macht. Es bleibt so bescheiden, dass die einzelnen Personen, die gewöhnlich unter den unbarmherzigen Blicken der Kameras zu einer homogenen Gruppe der Opfer verschmelzen, Kontur annehmen. Ohne einem Subjektivitätskult zu verfallen, befragt Murakami seine Interviewpartner weniger als dass er ihnen Zeit lässt ihre Geschichten zu erzählen. Die Geschichten erleiden keinen tragischen Höhepunkt an jenem Morgen. Das Leid und die Tragik breiten sich erst an jenem Morgen in den Leben der Betroffenen aus. Die häufig berichtete Marginalisierung der Opfer am Arbeitsplatz, das mangelnde Wissen über den weiteren Symptomverlauf einer Sarinvergiftung laden weniger ein, in einer kollektiven Hysterie aufzugehen, wie sie nach den Nahaufnahmen verheulter Gesichter auf den Fernsehschirmen, die nach dem elften September letzten Jahres zu sehen waren, verbreitete. Die Isoliertheit der Opfer wird sichtbar. Zwar gibt es einzelne Verbindungsstellen zwischen den Geschichten. Es sind dies beiläufige Gegenstände – ein rotes Taschentuch zum Beispiel – oder bestimmte Orte wie Halte- und Umsteigestellen des weitverzweigten Tokyoter U-Bahnnetzes, doch diese Zeichen können nicht mit Sinn aufgeladen werden: Es sind Berührungspunkte, welche die Abgeschnittenheit des einen Opfers vom Erleben des anderen deutlicher hervortreten lassen. Nicht die plötzliche Verbundenheit, die Dazugehörigkeit zu einer Nation oder zu einer «Kultur der Normalität» (welche gleichermassen Endzeitsekten, islamistische Selbstmordattentäter sowie alle «Extremisten» idiosynkratisch von sich weist) wird verschwiegen inszeniert und lauthals proklamiert wie in den elektronischen Medien. Murakamis InterviewpartnerInnen haben oft wenig Spektakuläres zu berichten. Was bleibt, ist die Frage nach dem Umgang mit der Sinnlosigkeit.

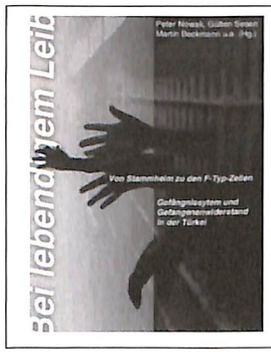
von Uli Koch

Zuschriften

Dieses Bild mit Kommentar wurde uns zugesandt von Nathanael Schindler, Schwyz



Neben dem schätzenswerten kubanischen Klima und der Transparenz, welche die Anlage bietet, war auch die Minimierung der Sicherheitskosten durch das vorhandene Minenfeld für den erneuten Umzug des WEF ausschlaggebend.



Bei lebendigem Leibe

Von Stammheim zu den F-Typ-Zellen

Gefängnissystem und Gefangenenwiderstand in der Türkei

von Peter Nowak, Gülten Sesen, Martin Beckmann (Hg.)

Gebunden I 173 Seiten I Unrast-Vlg., Münster I 2001

Impressum

Risse Magazin
Postfach 3119
CH-8021 Zürich

Tel. +41 (0)1 383 98 02
Fax +41 (0)1 383 97 88
risse@risse.info · www.risse.info

Redaktion
Pascal Germann (pg@risse.info)
Lukas Germann (lg@risse.info)
Alexander Hasgall (ah@risse.info)
Lukas Müller (lm@risse.info)
Nicole Peter (np@risse.info)
Thomas Schwendener (ts@risse.info)

Inserate
Nicole Peter (inserate@risse.info)

Layout
Thomas Schwendener, Lukas Müller

Druck
Teutsch Druck, Bregenz

Titelfotos
zvg

Abo-Preise
Jahresabo: 6 Ausgaben
30.– Fr. / 20.– Euro zzgl. Versandkosten

Postkonto
CHF: 87-79417-6
EUR: 91-81841-7

Bürozeiten:
Montag und Mittwoch 14 – 17 Uhr

Beiträge sind erwünscht und können per Post oder E-mail an uns geschickt werden. Risse haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte.

Ich bestelle Risse

- Jahresabo (6 Ausgaben für Fr. 30 / € 20 zzgl. Versandk.)
- Solidaritäts-abo für Fr./€ _____

Name/Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

Senden an

Risse Magazin
Postfach 3119
CH-8021 Zürich

Bestellen im Internet:

www.risse.info
abo@risse.info

Wiederverkäuferinnen erhalten 20% Rabat
Postkonto: CHF 87-79417-6 / EUR 91-81841-7

risse+++Verrisse+++Verrisse+++Verrisse+++Ver

«Sie, als die Juden, haben auch Selbstmordattentate gemacht», wusste **SP-Fraktionspräsident und Freund von lebenden Bomben Franco Cavalli,** den Vertretern der Israelischen Cultusgemeinde Zürich anlässlich einer Diskussionssendung im Fernsehen zu berichten. Eigenartigerweise waren die von Cavalli dergestalt Belehrten aber körperlich und geistig völlig unversehrt. Da Franco ausserdem der Meinung ist, dass Selbstmordattentate gegen ZivilistInnen zu jedem ernstzunehmenden Freiheitskampf gehören, ist zu befürchten, dass er sich im Namen des geknechteten Tessiner Volkes eines Tages mir nichts, dir nichts in die Luft sprengt. Lieber Herr Cavalli! Bitte zeigen Sie, als die Tessiner, sich bei Föhnlage nie, nie mehr öffentlich. Wir haben sonst einfach Angst.

Doch Herr Cavalli ist mit seinen Wahnvorstellungen nicht allein, auch **die 20-minuten-Zeitung** plaudert angesichts der Anschläge auf Jüdinnen und Juden in Frankreich frisch-fröhlich aus dem antisemitischen Nähkästchen: Es *«fürchten sich sich auch die Juden in Zürich vor Vergeltungsschlägen»*, deliriert das Gratisblatt am 3. April 2002. Aber zum Glück ist die 20minuten Zeitung ja – es ist kaum zu übersehen – ein waschechtes, hellblondes und blauäugiges Kind des christlichen Abendlandes, pflegt also die Tradition des Vergebens und Vergessens und führt darum gnädigerweise die seiner kranken und verdrehten Meinung nach offenbar tatsächlich *«Vergeltung»* zu nennenden Progrome nicht gleich auch noch selbst aus.

Die NZZ war also ihrer Zeit voraus, als sie sich schon am 21. März entblödete zu behaupten, *«dass die Ankläger eines »neuen Judenhasses« in Frankreich sich vor allem darüber empören, dass Israeli nun eben auch als Täter (...) kritisiert werden.»* Was bedeutet, dass brennende Synagogen in Frankreich nichts mit Antisemitismus zu tun haben, weil mit ihnen ja nur symbolische Israelis abgefackelt werden. Ob soviel schierer Intelligenz packt einen nur noch das nackte Grauen.

Die Weltwoche übertrifft sich in ihrem Behmühen, sich dem neurechten Zeitgeist anzupassen, immer wieder selbst. Mit ihrem pro Eugenik Artikel hinkt sie der Aktualität jedoch hoffnunglos hinterher, ist doch die pränatale Diagnostik mit dem Erscheinen dieses unsäglichen Artikels sowieso obsolet geworden. Bleibt zu hoffen, dass die «WoZ» ihr Übernahmeangebot wahr macht, Chefredaktor Köppel und seine gesamte marode Belegschaft entlässt, das Mobiliar verhökert, den Namen «Weltwoche» schützt und ein für alle Mal Gras über dieses finstere Kapitel schweizer Mediengeschichte wachsen lässt.

«Es gibt fast keine Infos mehr!», weinte noch vor zwei Monaten ein Benutzer der wegen einer Rassismusklage geschlossenen **AntiglobalisiererInnenwebseite indymedia.ch** bitterlich. Doch damit ist es jetzt vorbei. Indymedia.ch hat seine virtuellen Pforten neu geöffnet und darf sich nun ebenso heldenhaft wie todesmutig wieder dem Kampf gegen seine vier Hauptklassenfeinde widmen, die da sind: Lesen, Schreiben, Denken, Jüdische Weltverschwörung.

Die allgemeine politische Perspektivenlosigkeit macht auch vor der politischen Avantgarde nicht halt, nur ist erstere dort in objektiven Gesetzen ganz klar begründet, schreibt doch **der Revolutionäre Aufbau Zürich** in seinem neusten theoretischen Wurf, dem öffentlichen 1-Mai-Debattenpapier, tatsächlich von der *«Unvereinbarkeit der herrschenden Verhältnisse mit einer revolutionären Perspektive»*. Ja, so steht es geschrieben, es ist wirklich zum Weinen. Alle, die wir meinten, es könne sich etwas ändern, müssen uns dem gnadenlosen Gesetz der Logik beugen: Marx hat sich geirrt, der Kapitalismus wird uns für immer und ewig piesaken.

Traditionsbewusst zeigt sich das **schweizer Jugendhilfswerk Pro-Juventute** in seiner neusten Kampagne *«jung und stark»*, mittels derer junge Leute nicht, wie auf den ersten Blick anzunehmen, in Mordlust, Gewaltphantasien und Suizid getrieben, sondern von selbigen Arten des Fehlverhaltens abgehalten werden sollen. Der Name aber scheint doch ein wenig zu modern. Wie wäre es mit *«Kraft durch Freude»*? Man braucht sich doch für Traditionsbewusstsein nicht zu schämen!

Nachdem **Philipp Hadorn von der Gewerkschaft Comedia**, Region Bern-Oberwallis, eingesehen hat, dass er keine Arbeitsplätze erhalten kann, sorgt er sich im Gewerkschaftsblättchen nun wenigstens um die reibungslose *«Entsorgung»* derer, die, *«muss eine Kündigung (...) ausgesprochen werden»*, aus dem Produktionsprozess hinaus und aufs Pflaster geworfen werden. Denn *«echte Sozialpartnerschaft verlangt auch Risikoaufteilung!»*. Also, wenn ich entlassen werde, dann will ich auch entsorgt sein. Schliesslich habe ich, wenn schon keinen ökonomischen Wert, so doch einen *«sozial-ethischen»*. Und den zu entsorgen, dafür fühlt sich Philipp Hadorn, seine Wortwahl zeigt es überdeutlich, zuständig.

Aber wer ist denn das jetzt? Dieser Ausbund an offensichtlicher *«kultureller Kompetenz»* ist **Prof. Dr. Manfred Perlitz**. Er sorgt sich im Editorial der Kadermarktbeilage «Alpha» des Tagesanzeigers und auch an der Uni Mannheim und - ist zu befürchten - auch noch andernorts, um *«interkulturelles Management»*. Deshalb die souveräne Beherrschung der Weltsprache «Lächeln». Und das Lächeln zu behalten, obwohl *«die Diskrepanz zwischen politisch Notwendigem und Machbarem immer grösser wird»*, das können wir von Herrn Perlitz lernen.

von Gerhard Trudler

Zeitung für revolutionären Klassenkampf und Frauenkampf

26
Mai 2002
Fr. 2.–, Euro 1.50
www.aufbau.org

aufbau

In dieser Nummer

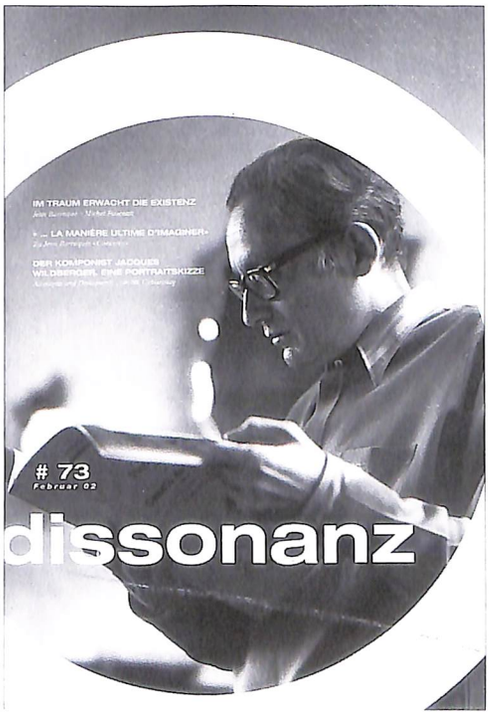
- ANTIZIONISMUS/ANTISEMITISMUS
  «Die Wüste lebt, die Linke schreibt»
- SCHWARZER BLOCK
  «Es steht schwarz um den Block»
- EXPO'02
  «Alles Bratwurst oder was?»
- AFGHANISTAN
  «Im Osten nichts Neues»
- FELTRINELLI
  «Ist ein toter Revolutionär ein guter Revolutionär?»

Und vieles mehr...

Abo CHF 20.–/Jahr, «aufbau», Postfach 8663, 8036 Zürich, PC-8033638-5

www.risse.info

dissonanz



Die Zeitschrift für aktuelle Musik

Dissonanz erscheint 6 x jährlich in je einer deutschen und einer französischen Ausgabe.

Abonnement für 6 Ausgaben:

in einer Version
CHF 50.–, Europa EUR 37.–, übrige Länder CHF 60.–

in beiden Versionen
CHF 75.–, Europa EUR 54.–, übrige Länder CHF 85.–

Bestellen bei:

Association Suisse des Musiciens (ASM/STV)
C.P. 177, CH-1000 Lausanne 13
Fax: 0041 (0) 21 601 13 58
E-Mail: dissonance@swissonline.ch

HESSKISS

LE MONDE
diplomatique

Wenn Sie Monat für Monat mehr über das politische Geschehen auf der Welt erfahren möchten, abonnieren Sie jetzt am besten «Le Monde diplomatique», die Monatszeitung für internationale Politik in deutscher Sprache. «Le Monde diplomatique» erhalten Sie, wenn Sie die «WochenZeitung, WoZ» abonnieren. ■ ein Jahresabo WoZ/Le Monde diplomatique für 235 Franken. «Le Monde diplomatique» gibt's aber auch ohne die WoZ: ■ ein Schnupperabo, 3 Ausgaben für 10 Franken. ■ ein Jahresabo für 72 Franken. ■ ein Jahresabo zum Ausbildungstarif für 48 Franken. (Bitte Kopie des Ausbildungsausweises beilegen). diploabo@woz.ch oder Le Monde diplomatique/WoZ, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 01 448 14 44, Fax 01 448 14 15. Coupon senden an: Le Monde diplomatique/WoZ, Postfach, 8031 Zürich. Weitere Informationen erhalten Sie unter: www.monde-diplomatique.ch

Name _____ Vorname _____
Strasse _____ PLZ/Ort _____
Telefon _____ E-Mail _____